



**Von der antiautoritären zur  
sozialistischen Bewegung . . S. 6**

**Streik ausländischer Arbeiter S. 3**

**Berufsperspektive der Schüler S. 2**

**Trotzkistische Arbeiterkontrolle S. 8**

**Technokratische Hochschulreform S. 1**

**Stadtteilbasisgruppen in Frankfurt S. 5**

**Kampf zweier Linien:**

**Eröffnungsgefecht der Revisionisten . . S. 7**

**Prüfungen – Instrument der Anpassung S. 2**

**Warum wurde die DM nicht aufgewertet? . S. 4**

**US-Armee-Einsatz im Innern / Erfolge der  
amerikanischen Studentenbewegung . . . . . S. 3**

**Kampagne gegen BRD-Imperialismus in Angola S. 4**

**Ingenieurstudenten Teil der politischen Bewegung S. 8**

# TECHNOKRATISCHE HOCHSCHULREFORM

Die Bindung der staatlichen Bildungspolitik an privatwirtschaftliche Profitinteressen hat in der Bundesrepublik die jüngste Krise verschärft. Solange die „Rekonstruktionsperiode“ hohe Profite ermöglichte und der kostenlose Zustrom von qualifizierten Arbeitskräften aus der DDR andauerte, wurde der Bildungssektor vernachlässigt. Erst die konjunkturelle Krise 1966/67 machte die Versäumnisse der Bildungspolitik und die zurückgebliebene Qualifikationsstruktur der Bevölkerung deutlich und erwies sich damit zugleich als eine Wachstumskrise. Es zeigte sich ein Circulus vitiosus: Auf Grund der Konjunkturlage war der Finanzierungsspielraum der Regierung für die dringend notwendigen Bildungsinvestitionen nur sehr beschränkt, die mangelnden Bildungsinvestitionen mußten aber die Wachstumskrise auf die Dauer verschärfen.

Die Strategie der Herrschenden gegenüber den Universitäten war bisher vorsichtig. Zwar mußten sie den bildungspolitischen Vorsprung der anderen Industrieländer schnellstens aufholen; zwar wollten sie so schnell wie möglich durch eine Hochschulreform der studentischen Protestbewegung ein Ende bereiten, aber die formale Autonomie der Universität wollten sie doch auf keinen Fall antasten. Die Universitäten sollten sich selbst reformieren. Wie, das wurde ihnen vielfältig und oft gesagt. Diese Versuche sind gescheitert. So hat z. B. die Uni FFM von 1966 (HHG 1) bis jetzt keine Satzung zustande gebracht. Auf der anderen Seite haben sich alle Prognosen von Zerfall und Zersplitterung der Protestbewegung als Illusionen erwiesen. Jetzt haben die Herrschenden ihre vorsichtige Strategie fallengelassen und sind auf allen Ebenen zum Angriff übergegangen: Kulturföderalismus, Autonomie der Universitäten, Ordinarienprinzip und die Einheit von Forschung und Lehre — bisher die geheiligten Prinzipien der Uni — fallen ihren „Reformen“ zum Opfer.

In schöner Offenheit heißt es dazu in den Sozialdemokratischen Perspektiven: „Die Autonomie der Hochschulen kann jedoch weder die Abkapselung der Uni-

versität von der Gesellschaft noch die Erhaltung antiquierter hierarchischer Strukturen . . . rechtfertigen“ (S. 69).

## Die Zerschlagung des Kulturföderalismus

In der mittelfristigen Finanzplanung sind die Bundesmittel für den Bildungssektor sprunghaft angestiegen. In dem Finanzausgleich des Bundes mit den Ländern ist als Gemeinschaftsaufgabe auch der Punkt „Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen“ aufgenommen, den ein Regierungsentwurf zu einem Ausführungsgesetz (Hochschulbauförderungsgesetz § 2) folgendermaßen konkretisiert:

- a) Bildung eines zusammenhängenden Systems der Hochschulen nach Fachrichtungen, Größe und Standort,
- b) ein ausgewogenes Verhältnis von Forschung und Lehre, eine funktionsgerechte Hochschulstruktur, die Neuordnung des Studiums,
- c) die Bildung von Forschungsschwerpunkten; Sonderforschungsbereiche,
- d) die Berücksichtigung der Nachfrage nach Studienplätzen und des Bedarfs an Akademikern,
- e) u. f) rationale Ausnutzung und Mittelverwendung.

Dazu soll ein bundeseinheitlicher Rahmenplan auf zehn Jahre ausgearbeitet und jährlich fortgeschrieben werden. Weiter wird in einem Arbeitspapier (vom 12. März 1969) über „Langfristige Tendenzen beim Hochschulausbau“, das der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Leussink, für die Mitglieder des beratenden Ausschusses für Hochschulpolitik hat anfertigen lassen, „auf die zur Zeit vom Wissenschaftsrat behandelte Konzentrierung der agrarwirtschaftlichen Ausbildungs- und Forschungsstätten“ hingewiesen. Die Planer rechnen hier aber noch mit dem Widerstand der Länder, besonders Schleswig-Holsteins und Bayerns. Der Absatz schließt aber optimistisch: „Es ist zu hoffen, daß die Vorschläge der B.-Reg. im genannten Gesetzentwurf sich in dieser Hinsicht durchsetzen“ (S. 10).

Die organisatorischen Voraussetzungen einer solchen Steuerung bestehen noch nicht, aber das bundeseinheitliche Ordnungsrecht spricht bereits eine deutliche Sprache über die schon bestehende Kooperation. Zur Vorbereitung der zentralen Planung existiert bereits ein Zentralarchiv für Hochschulbau. Andererseits ist z. B. im Hessischen Hochschulgesetz auch schon ein Landeshochschulrat vorgesehen, der Grundsätze der Hochschulreform, Empfehlungen zu den Entwicklungsplänen der Hochschulen und Grundsätze der Finanzplanung für das Gesamthochschulsystem ausarbeiten und diesbzgl. die Landesregierung beraten soll (§ 12 HHG 69). Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß mit der Vergabe der Bundesmittel für Forschung und Ausbildung auch eine bundeseinheitliche Bildungs- und Forschungspolitik durchgesetzt wird. So fragt Leussink in dem zitierten Papier, S. 3, bereits, ob die BRD nicht bereits ein zu kleiner

geographischer Planungsraum ist . . .“, und auch die SPD-Perspektiven projektieren „effektivere Mechanismen“, die Bund und Länder zur Zusammenarbeit „verpflichten“ (S. 74).

## Der Angriff auf die „Autonomie der Universität“

Nicht nur, daß das Gesetz detailliert die Organisation der Universität bestimmt und so in die Struktur der Hochschulen verändernd eingreift, sondern vor allem die relevantesten Gremien der Universität selbst sind mit Politikern und Vertretern des „öffentlichen Lebens“ sprich der Wirtschaft besetzt. So stehen im Kuratorium — das den Haushalt der Uni für die Finanzplanung des Landes entwirft, Personalstellen und Sachmittel an die Fachbereiche zuweist, also die wesentlichen finanziellen Entscheidungen trifft — sowohl die nicht schon vom Haushaltsplan des Landes festgelegt sind (Univ. Ges. § 16) — acht Landespolitiker sechs Vertreter der Uni (zwei Professoren, zwei Assistenten, zwei Studenten) gegenüber (UG § 17). Von diesem Gremium wird auch der Universitätspräsident vorgeschlagen, der dann mit einer 2/3-Mehrheit abgelehnt werden kann. Wieweit aber die staatliche Bildungs- und Forschungspolitik geht, wird deutlich aus obigem Arbeitspapier. Darin heißt es: „Weiter wird auch die Entwicklung der Forschungsskulpturen S. 10 zu nehmen sein. Hier wird eine Konzentration anzustreben sein, die erheblich über die Bildung von Sonderforschungsbereichen hinausgeht.“

Es muß gesagt werden, wo welches Fach besonders stark ausgebaut werden soll und wo es abzubauen ist. Und die Prinzipien, nach denen diese Entscheidungen zentral getroffen werden, sind: „Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus . . . Gewinnung wissenschaftlich ausgebildeter Kräfte und . . . Erzielung wirtschaftlich verwertbarer Forschungsergebnisse.“ (S. 2)

Damit werden Forschung und Ausbildung radikal den Interessen der privaten Wirtschaft unterworfen. Forschungsvorhaben, die rationalere und humanere Produktionsmethoden intendieren (Automation), werden nur dann gefördert, wenn sie zugleich gute Profite abwerfen. Die Forschungsvorhaben, die staatliche Ausgaben im sozialen Sektor zur Folge haben würden, seien es nun Programme gegen Luftverschmutzung oder solche zur Entwicklung von rationelleren Verkehrssystemen, können kaum Förderung erwarten.

Die staatliche Kontrolle geht im Hessischen Universitätsgesetz so weit, daß der Präsident der Universität entscheidet, ob eine frei gewordene Stelle überhaupt neu besetzt wird (§ 38), jede Berufung ist von der Genehmigung des Kultusministers abhängig (§ 38, VII). Damit die zentralen Forschungs-

programme auch wirklich durchgeführt werden können, hat der Präsident das Recht, wissenschaftliche Zentren einzurichten (§ 26). Letztlich wird sich praktisch die ganze Forschung oder zumindest ihr überwiegender Anteil auf Raumfahrt und Rüstungsindustrie konzentrieren. Eine gigantische Verschwendung der intellektuellen Kräfte zu destruktiven Zwecken. Auf der anderen Seite schließen diese Prinzipien jede kritische Gesellschaftswissenschaft aus. Es wird in Zukunft keine Forschungsprogramme für kritische Theorie mehr geben. Aber dieses Prinzip bestimmt auch die Ausbildung:

Die für die Produktion erforderlichen Kräfte haben eine von den jetzt bestehenden Berufsgruppen unterschiedene Qualifikationsstruktur. Gegliedert werden zukünftig die Betriebe und Verwaltungen in drei Ebenen. Auf der untersten die niedrigen Angestellten, die leichte Sortier- und Kontrollarbeiten ausführen, darüber ein mittlerer Kader von Technikern und Verwaltungsleuten, die mit ganz spezifischen Aufgaben betraut sind, die ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Konzentration erfordern, aber beschränkt bleiben auf ein gesondertes Gebiet, wobei es möglich ist bzw. in Zukunft wohl notwendig wird, daß die Spezialkenntnis für das jeweilige Gebiet kurzfristig gelernt werden muß. Qualifikationen also im herkömmlichen Sinn wie Erfahrung, Übersicht usw. spielen dann keine Rolle mehr.

Auf der nächsten Ebene wird der Führungskader eingesetzt, der auf Grund von Informationen die Entscheidungen fällt und Aufgaben verteilt. In diesem mittleren Kader sollen an Fachhochschulen und in den Ausbildungsbereichen der Universitäten in Kurzstudien herangezogen werden. Lediglich für die Elite wird es ein Studium geben, das dem heuligen Universitätsstudium ähnelt. Zu diesem elitären Bildungssystem findet Carlo Schmid in den „Perspektiven“ die zynische Bemerkung: „Wir brauchen mehr Akademiker in nahezu allen Berufen . . . Gleichzeitig brauchen wir aber mehr als jemals zuvor eine wissenschaftliche, technische, kulturelle und administrative Elite. Gerade diese Aufgabe ist demokratischen Gesellschaften nicht immer voll gegenwärtig . . .“

Die totale Eindimensionalität der Wissenschaft wird organisatorisch und finanziell vom Staat durchgesetzt. Mit dem letzten Schein der Autonomie der Wissenschaft ist es vorbei.

## Zerschlagung des Ordinarienprinzips

Damit ist natürlich nicht die Kontrolle der Ordinarien durch Assistenten oder Studenten gemeint, sondern lediglich die Abschaffung der individuellen Verfügung eines Ordinarius über sein Institut. Zum einen ist bei einer solchen Organisation nie auszuschließen, daß nicht doch

einmal einer kritische Theorien entwickelt. Zum ändern sind aber dabei der Verlust und die Unrentabilität der aufgewendeten Investitionen zu hoch. Kurz: Eine kollektive Organisation in den Fachbereichen erlaubt eine bessere Kontrolle der einzelnen Beteiligten, ihre Kooperation, eine effektivere Arbeit, und drittens ist die interfakultative Zusammenarbeit eine Notwendigkeit des Forschungsprozesses selbst. So heißt es in § 21 UG 69: „Sie sind verpflichtet, für eine Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen zu sorgen.“ Die Fachbereichskonferenz legt die Verteilung der zugewiesenen Gelder an die einzelnen Arbeitsgruppen und Betriebseinheiten fest (§ 20 IV).

## Trennung von Forschung und Lehre

In dem zitierten Arbeitspapier heißt es dazu: „... es scheint mir ausschlaggebend wichtig zu sein, daß die Fachhochschulen oder die etwaigen entsprechenden Bereiche in einem Gesamthochschulsystem definiert sind als Lehrstätten ohne Forschung.“ F. H. Tenbruck begründet diese Forderung in einem „Bericht über die Lage: Studentenunruhen“, den er für den Manager eines Großkonzerns angefertigt hat, in einer kaum verschleierte Weise: „Die Ausbildung von Massen auf den Universitäten, die traditionell für wissenschaftliche Spitzenpositionen ausgebildet werden, ist finanziell nicht tragbar, sachlich unsinnig, gesellschaftlich gefährlich und für die Wissenschaften ruinös.“ Erste Voraussetzung für jede Lösung ist die Schaffung kleiner Ausbildungsgänge für die Masse der Studenten . . . Nur (so) . . . kann gleichzeitig eine berufliche wie auch gesellschaftlich notwendige Ausbildung weiter Kreise finanziell, sozial und psychologisch geleistet werden.“ (S. 14.)

Hier wird der Sinn der „Reformen“ deutlich: Die Belastung der Eliteuniversität mit Studentenmassen stört die effektive Forschung und ist Verschwendung. Die Elite muß klein bleiben; den Massen zuviel Bildung zu geben, ist „sachlich sinnlos“ und für die Herrschaft der Eliten gefährlich. Nur wenn die Massen durch Kurzstudien gepreßt werden, bleiben sie so unaufgeklärt, wie man sie braucht, und so fähig, wie zur Erfüllung ihrer Positionen nötig. Nur unter dem Druck reglementierter Studiengänge behalten sie den nötigen Respekt vor der Autorität.

Das Hessische Hochschulgesetz sieht genau dieses „Gesamthochschulsystem“ vor. Nach § 6 dienen die Universitäten der Wissenschaft in Forschung und Lehre. Daneben werden aber vier Fachhochschulen geplant, die als eigenständige Einrichtungen des Bildungswesens im Hochschulbereich konzipiert sind (§ 8 HHG 69).

Fortsetzung Seite 2

# DISKUS

Frankfurter Studentenzeitung  
19. Jahrgang • Nr. 5/6 • Juni 1969  
50 Pfennig

# Technokratische Hochschulreform

Fortsetzung von Seite 1

**Stellenwert der staatlichen Formierung der Universität innerhalb der Strategie der Herrschenden gegen die Studentenrevolte.**

**Mit dem bundeseinheitlichen Ordnungsrecht wird ein Unterdrückungsinstrument geschaffen, das jegliche oppositionelle Tätigkeit von Studenten, und sei es auch nur die Kritik an Lehrveranstaltungen, mit Strafe bedroht.**

„Ordnungsmaßnahmen“, die von einer mündlichen Verwarnung bis zur dauernden Verweisung von allen Universitäten des Landes reichen, werden u. a. an den Tatbestand der Störung oder Behinderung von Veranstaltungen der Universität gebunden (§ 52 UG). Dieser Begriff ist so unpräzise und so ausdehnbar — auch im Kommentar der Regierung wird er nicht präzisiert —, daß man alles darunter subsumieren kann. Der Marburger Student Nolle „störte und behinderte“ eine Vorlesung, indem er eine Diskussion forderte. Er wurde relegiert. In Frankfurt brach der Historiker Schubert sein Seminar ab, nachdem 30 Teilnehmer eine Resolution vorlegten, in der sie seine Konzeption und Seminarführung ablehnten. Er begründete diesen Schritt damit, daß die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ nicht mehr gewährleistet sei. Die Unterschriftenliste gab er an den Rektor weiter, den Studenten verweigerte er die Seminarscheine. Die künftigen Lehrveranstaltungen sollen kritiklos und ohne Reibungen und Auseinandersetzungen ablaufen. Die absolut gesetzte Freiheit der Lehre — also der Ordinarien — wird alle Lerninteressen übergehen, jede Kritik kriminalisieren und so in den Universitätsveranstaltungen den perfekten Gesinnungsterror etablieren können. Das ist die Bedeutung der ersten Folgerung, die Tenbruck in seinem Gutachten zieht: „Man muß in den Universitäten wieder ein Verständnis für die Erfordernisse und Funktion der Wissenschaft durchsetzen...“ (S. 15). Nach § 55 UG kann der Kultusminister von jedem Professor, Assistenten und Studenten über alle einzelnen Fragen Auskunft verlangen. Nichtbeantwortung von Fragen ist selbst ein Verstoß gegen das Ordnungsrecht. Damit wird die Denunziation für jedes Mitglied der Universität zur Pflicht. Neben einem praktisch jederzeit verfügbaren Ordnungsausschuß (je zwei Stellvertreter, Sicherung gegen Verweigerung der Mitarbeit der studentischen Vertreter) kann der Universitätspräsident auch noch vorläufig Hausverbote aussprechen (§ 8, III UG).

**Spitzel, Denunziationspflicht und Schnellverfahren sind die polizeistaatlichen Mittel — die selbst das Ordnungsrecht an den Universitäten des faschistischen Griechenlands noch übertreffen —, mit denen die Opposition der aktiven Studenten an der Universität zerschlagen werden soll.**

Kuratorium in Verbindung mit dem Kultusminister. Bei diesem Wahlmodus ist garantiert, daß selbst eine Mehrheit der Assistenten und Studenten keinen Präsidenten durchsetzen könnte — es sei denn, sie wären ganz einig. Im Senat stehen sechs Assistenten und sechs Studenten den Dekanen von ca. 20 Fachbereichen gegenüber (§ 15). Trotzdem fallen ihm fast nur Koordinierungsfunktionen im Bereich der Forschung und bei Satzungs- und Geschäftsordnungsfragen zu. Die Fachbereichskonferenzen, die die zugewiesenen Mittel verteilen, Arbeitsgruppen und Betriebseinheiten für einzelne Projekte organisieren, haben eine Stimmenverteilung von 50 (Professoren) : 30 (Assistenten) : 20 (Studenten). Nur im Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten sind die Gruppen drittelparitätisch vertreten (§ 25, II). In keinem Gremium haben die studentischen

Vertreter ein imperatives Mandat, sie sind weder der Studentenschaft noch dem Parlament rechenschaftspflichtig. Nirgendwo haben sie reale Machtpositionen. Als Kasperl der Universität wird ihnen die Funktion zufallen, überall einen machtlosen wortradikalen Protest auszusprechen. Öffentlich tagen nur der Konvent, die Fachbereichskonferenzen und die Versammlungen der Professoren, Assistenten und Studenten (§ 7). Die Öffentlichkeit kann mit einfacher Mehrheit ausgeschlossen werden. Senat und Kuratorium tagen geheim. Sie können mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit zulassen, die aber in jedem Fall auf das Zuhören beschränkt bleibt. Die relevanten Gremien tagen also weiterhin geheim (§ 7). Von einer Kontrolle der Entscheidungen durch Studenten oder Assistenten kann in keinem Fall geredet werden. Soweit die Entscheidungen überhaupt der Universität noch belassen sind, sind die Ordinarien weiterhin die unumschränkten Herrscher. Da die studentischen Vertreter weder rechenschaftspflichtig sind, noch eine Informationspflicht besteht und sie zusätzlich durch Geschäftsordnungen leicht zu Vertraulichkeit verpflichtet sind, wird

## Ein Beispiel aus Berlin

Im Januar wurden in Berlin die ersten Relegationen gegen politisch unliebsame Studenten in der Geschichte der Freien Universität ausgesprochen, nämlich gegen die beiden Sprecher der Juristischen Fakultät, Christopher Hein und Michael Gesell. Ein viertel Jahr vorher hatte das Berliner Abgeordnetenhaus ein neues Disziplinarrecht zusammen mit einem dem eigentlichen Hochschulgesetz vorgeschalteten „Reform-Gesetz“ zur Absicherung der Otto-Suhr-Institutsatzung verabschiedet. Das janusköpfige „Vorschaltgesetz“ drohte disziplinarische Strafen bis hin zur unbefristeten Relegation für diejenigen an, die „vorsätzlich erhebliche Störungen des Lehr- und Forschungsbetriebes“ herbeiführen würden.

Die Universitätsbürokratie wertete bei Hein und Gesell folgendes als „erhebliche Störung“: 1. die Mitherausgeberschaft des „Juristen-Blattes“, in dem Ende November 1968 provokativ die Ordinarienherrschaft, die juristische Ausbildung als Ausbildung im Interesse des Monopolkapitals und die Unterdrückung wissenschaftlich-politischer Interessen der Studenten angegriffen wurde; 2. eine angebliche Äußerung von Hein, daß nichtöffentliche Fakultätssitzungen zukünftig nicht unbehindert stattfinden würden, solange er Sprecher sei; und 3. ein Go-in bei dem Staatsrechtler Quaritsch, das in Durchsetzung eines Streikbeschlusses der Vollversammlung der Juristen von mehreren hundert Studenten durchgeführt wurde.

Das Junktim zwischen „Reformgesetz“ und Ordnungsrecht, wie es im Berliner „Vorschaltgesetz“ in gleicher Weise wie jetzt im Hessischen Universitätsgesetz zum Ausdruck kommt, spiegelt sich im konkreten Fall der ausgesprochenen Relegationen: gerade diejenigen, die die Kritik am Ausbildungssystem formulierten und Aktionen zur Durchsetzung berechtigter studentischer Interessen (Mitbestimmung der Lehrinhalte in Seminaren, Öffentlichkeit von Entscheidungsgremien, Abschaffung der Zwangsexmatrikulation) inszenierten, wurden vom Ordnungsrecht betroffen.

Christopher Hein

## Prüfungen — Instrument der Anpassung

die institutionelle Kanalisierung der Konflikte perfekt sein: Die plebiszitären Legitimationsforderungen haben den Herrschenden immer schon zu sehr nach Gosse und Pöbel gerochen. Das wollen sie sich endgültig vom Halse schaffen.

Diese Grundzüge der technokratischen Hochschulreform werden hier aus dem Hessischen Hochschul- und Universitätsgesetz abgeleitet, aber die grundsätzliche Übereinstimmung der Hochschulgesetze ist nahezu vollständig. Beratende Beiräte für die Koordination der überregionalen Forschungsplanung sehen das bayerische ebenso wie das schleswig-holsteinische Gesetz vor. In den anderen Gesetzen verläßt man sich auf die Abhängigkeit der relevantesten Gremien, sei es nun der Präsident oder ein dem Kuratorium vergleichbares Gremium, von den staatlichen Stellen oder den Vertretern der Wirtschaft. So kann das Rektorat in dem Entwurf von Schleswig-Holstein alle relevanten Entscheidungen (Forschungsschwerpunkte, Stellen- und

Finanzplanung) nur im Einvernehmen mit dem Kultusminister treffen. Ebenso sind Präsidialverfassung und Fachbereichsorganisation Grundsätze aller Gesetze.

Abweichungen gibt es vor allem in der Beteiligung der Studentenschaft und im Grad ihrer Mitwirkung. Hier kann man sagen, das hessische Gesetz ist mit seiner weitesten Beteiligung am reaktionärsten: es treibt die Infamie auf die Spitze, ein guter Gag.

Die relevantesten Unterschiede liegen noch in der verschiedenen Stellung der Gesetze zur organisierten Studentenschaft. Hier zeigen das bayerische, schleswig-holsteinische und das Berliner Gesetz die künftige Entwicklung am klarsten: Sie zerschlagen die Studentenschaft und ermöglichen allenfalls noch eine freiwillige Neuorganisation, die dann aber auch auf die alten Grundsätze — kein politisches Mandat — verpflichtet ist.

Barbara Köster, Christoph Deutschmann, Michaela Wunderle, Hermann Lohaus

## Berufsperspektiven für Schüler

**Ein Artikel über die Problematik der Berufs- bzw. Studiumswahl bei Schülern hat innerhalb der Schülerbewegung zunächst die Funktion, die illusionären Berufserwartungen und -wünsche auszuräumen, die durch immer noch vorhandene Ideologien der humanistischen Bildung im Rahmen des geistes- wie auch naturwissenschaftlichen Unterrichts entstehen.**

Diese Diskussion erhält ihre Bedeutung, wenn in der Schülerbewegung die Kämpfe innerhalb der Schule verstanden werden als eine Vorbereitung auf spätere Auseinandersetzungen im Beruf selbst, also auf eine revolutionäre Berufspraxis. In diesem Zusammenhang müßte nicht nur eine Diskussion beginnen über die Relevanz der für Oberschüler offenstehenden Berufe und die Möglichkeiten der politischen Arbeit in diesen Berufen, sondern gleichzeitig müßte aufgezeigt werden, welche Normen, Verhaltensweisen und Fähigkeiten schon in der Schule selbst zur Ausübung bestimmter Berufe vermittelt werden und mit welchen Zwängen diese Programmierung durchgesetzt wird. Diese Diskussion zeigt den Verwertungszusammenhang auf, in dem die Schule steht, und kann ihn vielleicht an manchen Stellen aufbrechen. Auf alle Fälle aber macht sie es den Schülern möglich, den Verhältnissen im Beruf und weiteren Studium nicht mehr in der Weise hilflos gegenüberzustehen, wie das bisher der Fall war. Wenn wir zunächst ausgehen von der vorherrschenden Ausbildung in den traditionellen Gymnasien, so ist zu sagen, daß diese Ausbildung im Sinne ihrer Verwertbarkeit für die Wirtschaft längst disunktional geworden ist. Denn in keiner Weise werden hier die Qualifikationen und Verhaltensweisen gelernt, die tatsächlich im Interesse der Wirtschaft vonnöten sind. Eine Vorbereitung auf die Berufe, die die Gymnasiasten einmal innehaben werden, geht kaum in die Schulausbildung ein, da die Ausrichtung der Bildungsziele auf ein bildungshumanistisches Ideal noch alle Fächer durchzieht und sich erst in Ansätzen in der Auflockerung befindet. So haben die Beschäftigung mit Literatur und ihrem geschichtlichen Zusammenhang und die damit verbundene Vermittlung kultureller Wertvorstellungen

prozeß im Beruf um so leichter vonstatten gehen ließ. Weil die einzelnen Individuen keinerlei Einschätzung vom tatsächlichen Funktionieren der Institutionen hatten, in denen sie arbeiteten, waren sie gegenüber den vorhandenen Herrschaftsstrukturen und Funktionszusammenhängen hilflos und unfähig zu politischer Arbeit.

**In diesem Zusammenhang muß auch mit dem — gerade bei politisch aktiven Schülern — weitverbreiteten Wunsch aufgeräumt werden, die in der Schule betriebene Gesellschaftskritik als Beruf fortzusetzen und Soziologie zu studieren.**

Dieser Wunsch entsteht nicht aus den Ideologien, die die Lehrer in der Schule vertreten, sondern aus der Identifikation mit der Hochschulrevolte, was auch seine Auswirkungen auf die Arbeit in den Schulen selbst hat.

Das Studium gerade der „kritischen Soziologie“ bietet derart wenig Berufschancen, daß ein großer Teil der Studenten in seinem Beruf nach dem Abschluß keine Arbeit findet. Der Teil, der in der Industrie oder einzelnen Institutionen unterkommt, findet jedoch in keiner Weise die Möglichkeit, den kritischen Anspruch des Studiums verwirklichen zu können. Derlei Berufe für Soziologen sind etwa: a) Betriebssoziologie, Markt- und Meinungsforscher und weitere Berufe in der Werbung; b) Berufe in der Kulturindustrie — Film, Funk, Fernsehen, Verlagswesen; c) wissenschaftliche Laufbahn in der Uni. Die unter a) genannten Berufe können zwar viele Soziologen aufnehmen, sie sind aber reine Herrschaftsberufe, in denen eine kritische Funktion unmöglich ist. Die Möglichkeiten unter b) habe ich schon in bezug auf die Ausbildung im Geisteswissenschaftlichen behandelt. Für die Möglichkeit c) gilt, daß in der Uni kaum noch Assistentenstellen für Soziologen vergeben werden, also die Reproduktion in der Wissenschaft selbst im wesentlichen abgeschlossen ist, was einfach bedeutet, daß mit Gesellschaftskritik als Beruf in der Tat nichts anzufangen ist. Außerdem stellt diese Situation für die Kultusbürokratie eine derartige Fehlinvestition dar, daß in einiger Zeit eine Umstrukturierung des Studiums zu erwarten ist, die das Hauptfachstudium in Soziologie nur noch einer kleinen Elite zugänglich machen wird.

Ähnlich wie bei den Geisteswissenschaften ist auch die Funktion der Ausbildung in den

noch übertreffen —, mit denen die Opposition der aktiven Studenten an der Universität zerschlagen werden soll.

Neben diesem unmittelbaren Angriff auf die aktiven Studenten soll die radikale Verschulung des Studiums eine Politisierung der künftigen Studenten erschweren.

In aller Offenheit wird in dem Arbeitspapier die Straffung des individuellen Studiengangs als Studienreform ausgegeben. Auf Grund der geschilderten Qualifikationsstruktur braucht man ein straff gegliedertes, eng beschränktes Studium mit einem schnellen und hohen Ausstoß geschulter Arbeitskräfte. Dieser Ausbildungsgang kann darum gut von Fachhochschulen übernommen werden, die eine Verschulung des Studiums jetzt schon praktizieren. Aber auch an der Universität werden derartig verschulte Studiengänge für die Masse der Studenten eingerichtet. Wie diese „Studienreform“ genau aussieht, darüber werden die Fachbereiche entscheiden. Das Gesetz sieht lediglich die bewährten Zwangsmittel vor. Es enthält nach wie vor den Numerus clausus und legalisiert die Zwangsexmatrikulation. § 43 UG bestimmt: „Ein Student kann exmatrikuliert werden, wenn er nach einer unangemessen langen Studienzzeit eine vorgeschriebene Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung nicht ablegt oder endgültig nicht bestanden hat.“ Die kommenden Prüfungen werden hier nur angedeutet. Da die Fachhochschulen das Modell für den Ausbildungsbereich an der Universität darstellen, geben die Studiengänge der Ingenieurstudenten einen Begriff davon, wie ein Studium in Zukunft aussieht: 27 Prüfungen pro Semester, 40 Wochenstunden . . . Dieses Studium bereitet dann den Studenten adäquat auf seine Berufsrolle vor. Gewöhnt an rigide Leistungsbedingungen, soll er später sich willig allen Umschulungsprogrammen einfügen. Kritischen und umfassenden Denkens entwöhnt, soll er die Borniertheit seiner Arbeit nicht als entfremdet empfinden und jeweils für spezifische Aufgaben einsatzbereit sein.

Drittens soll die Legitimationsschwäche der Universität (sie entspricht nicht einmal den Anforderungen des kapitalistischen Systems) durch die „Reform“ beseitigt werden.

An einem reibungslos laufenden Betrieb, der effektiv seine ihm zudiktierten Aufgaben erfüllt, sollen alle Forderungen nach Legitimation abprallen. So heißt es in den Sozialdemokratischen Perspektiven: „Die Unruhe, die die Studentenschaft erfaßt hat, ist . . . nicht zuletzt auch das Ergebnis der Verzögerung dieser überfälligen Reform“ (S. 69). Aber die Anpassung der Universität an die Bedürfnisse der privaten Wirtschaft ist nur die eine Seite dieser Befriedung.

Mehr oder weniger versuchen alle Reformen, Konflikte durch institutionelle Kanalisierung zu managen. So werden die Forderungen nach Drittelparität formal zugestanden, gleichzeitig aber die so gebildeten Gremien entfunktionalisiert.

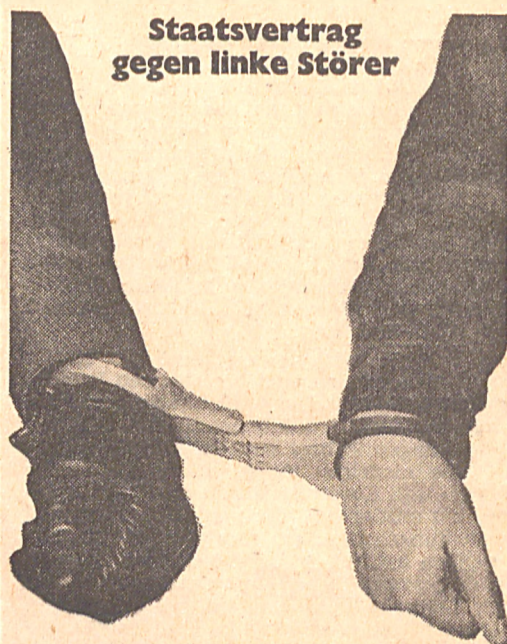
Der drittelparitätisch zusammengesetzte Konvent des Hess. UG kann lediglich personelle Entscheidungen treffen: Er wählt die sechs Universitätsvertreter in das mächtigste Gremium, das Kuratorium (§ 12). Zwar wählt der Konvent auch den Präsidenten — aber auf Vorschlag des Kuratoriums oder des Senats —, abwählen kann er ihn nur mit Dreiviertelmehrheit, Rechenschaft kann er weder vom Präsidenten noch vom Kuratorium verlangen. Damit der Konvent überhaupt noch etwas zu tun hat, „behandelt“ er „Hochschulpolitische Grundsatzfragen und Fragen der Hochschulreform“ (§ 12), das sogar öffentlich (§ 7), aber die Entscheidung dieser Fragen liegt bei dem

## Prüfungen — Instrument der Anpassung

Über die Rolle der Angst in Prüfungssituationen ist seit der Arbeit von M. L. Möller einiges bekannt. Sie leiten sich her aus den Pubertätsriten der Stämme als ritualisierte Auseinandersetzung der Generationen und dienen der endgültigen Aufnahme des Jünglings in die Gemeinschaft des Stammes. Ihre psychische Wirkung bestand darin, Angst zu erzeugen, ihre Funktion darin, die Fähigkeit zu messen, Angst zu ertragen. An dieser Funktion hat sich auf Grund der ähnlichen Struktur in den heutigen Prüfungen nicht viel geändert. Indem sie weiterhin Angst erzeugen, erfüllen sie nicht ihren Anspruch, die intellektuellen Fähigkeiten zu messen. Auf Stress reagiert das Individuum mit einer Rigidität im Denken, oft kommt es sogar zu einer totalen Hemmung, einer Blockierung des Ge-

(einige antworteten: „Einmal, aber nie wieder.“)

Je näher man dem Examen kommt, um so weniger kann man sich politische Aktionen „leisten“, besonders in den Fächern, bei denen die Examensnote über die weitere Existenz entscheidet, wo es zuwenig Arbeitsplätze und zu viele Studenten gibt (z. B. Soziologie, Psychologie). Die Diskussion über die Rolle der Angst und die Abhängigkeit von Professoren b-kommt aber erst dann ihre volle Bedeutung, wenn man sie über die Ebene von Reformbemühungen heraushebt, die sich für eine Humanisierung — und das bedeutet im allgemeinen Objektivierung — der Prüfungen einsetzt. Solange die Inhalte der Wissenschaft von den Reformen unberührt bleiben, attackiert man im Protest gegen die Autorität der Ordinarien nur einen (letztlich nicht so bedeutenden) Faktor in der Hierarchie der Manipulation von Wissenschaftsinhalten. Einige Professoren haben die Rolle der Angst in Prüfungen zugegeben. Im scheinbaren Bemühen um größere Objektivität wird folgendermaßen argumentiert: Die Flexibilität der intellektuellen Funktionen wird unter Stress stärker eingeschränkt als die Fähigkeit, einfach gelernten Stoff zu reproduzieren, besonders dann, wenn die Angst durch loyales Verhalten des Professors soweit gemindert wird, daß keine manifesten Blockierungen auftreten. In einer Prüfung sollte deshalb nicht die Begabung (allgemeine Denkfähigkeit, Verständnis etc.), sondern nur noch die Leistung (Fähigkeit, Gelerntes wiederzugeben) gemessen werden. Das, was reproduziert werden soll, wird durch die Lehrmeinung des Professors festgelegt.



Staatsvertrag gegen linke Störer

geklaut aus Semesterspiegel

Die Prüfung mißt dann das, was der Professor wissen will: inwieweit der Prüfling sich mit seiner Richtung identifiziert.

Die Qualifikation, die ein Hochschulstudium vermitteln sollte: Autonomie, Fähigkeit zur Vermittlung von Theorie und Praxis, Motivation, Arbeitsökonomie, meth. Sicherheit, Bereitschaft zur Kontrolle und Kritik gegenüber eigenem und fremdem Tun, Fähigkeit zur Kommunikation und Kooperation, Kreativität (zusammengestellt von der Bundesassistentenkonferenz) werden hier mit dem Argument zur Seite geschoben, sie seien nicht mit objektiven Methoden zu messen.

Eine Prüfung, die sich in falscher wissenschaftlicher Genügsamkeit auf das Reproduzieren von Professorenmeinungen beschränkt, verhindert noch einmal mehr die Ausbildung kritischer Denkfähigkeit, da diese jetzt in keinem Punkt während des Studiengangs mehr vom Studenten erwartet wird. Diese Entwicklung bedeutet eine Kapitulation der Wissenschaft vor ihren eigenen Möglichkeiten,

die Unterwerfung und damit die Beschränkung durch die Maximen, die einmal Wissenschaft und ihre Inhalte bestimmt haben: Kontrollierbarkeit, Objektivität, Verifizierbarkeit. Im Augenblick, wo sie sich verselbständigen und zum Absoluten erhoben werden, beschneiden sie die Wissenschaft in ihrer Aufgabe, die Emanzipation des Menschen voranzutreiben. Die Einsicht in die Mangelhaftigkeit der Mittel führt weniger zu deren Verbesserung als zu einer Begrenzung des Ziels. Die Frage, warum das so ist, führt konsequent zu der Analyse, in welchem Interesse es geschieht. Dazu fünf Thesen: 1. Es liegt im Interesse der Herrschenden, Intelligenz verwertbar zu machen;

den, kein Raum in die Schlußausdehnung ein, die Ausrichtung der Bildungsziele auf ein bildungshumanistisches Ideal noch alle Fächer durchzieht und sich erst in Ansätzen in der Auflockerung befindet. So haben die Beschäftigung mit Literatur und ihrem geschichtlichen Zusammenhang und die damit verbundene Vermittlung kultureller Wertvorstellungen (was sich später in Germanistik-, Anglistik- und auch Romanistik-Studium fortsetzt) wie auch Erlernen historischer Fakten und einzelne genauere Interpretationen geschichtlicher Zusammenhänge nicht einmal mehr wesentliche Bedeutung für die Berufe, die am Ende einer solchen Ausbildung hauptsächlich stehen. Diese Kenntnisse bedeuten etwa für den Lehrerberuf kaum eine Vorbereitung, weil ganz andere notwendig sind wie etwa Kenntnisse der Gruppenprozesse innerhalb der Schule, um Diskussionen und Gruppenarbeit in entsprechende Zielrichtungen lenken zu können, Kenntnisse über Erwecken von Lernmotivationen auch ohne unmittelbaren äußeren Zwang, Kenntnisse über den Umgang mit Tests und Methoden des programmierten Unterrichts etc. Ein weiterer Punkt ist, daß es durch diesen Unterricht für die Schüler gar nicht möglich ist, einzuschätzen, in welche Berufe sie schließlich gehen müssen. Diese Berufe wie Lehrer, höhere Beamte, Wirtschaftsfachleute, Werbemanager, bestimmte technische Berufe etc, bringt erst die Berufsberatung ins Blickfeld der Schüler, was auch mit entsprechender Ablehnung bewertet wird.

Statt dessen werden im traditionellen Unterricht durch die Vermittlung überholter bürgerlicher Ideologie lediglich Illusionen über bestimmte Berufsmöglichkeiten für Schüler erweckt, zusammen mit dem Wunsch, im Bereich der Kulturwissenschaften zu arbeiten, etwa in dem Sinne, man könne im Bereich der Massenmedien, als Journalist, im Verlagswesen etc. kulturell wirksam werden. Diese Illusionen abstrahieren davon, daß von dem Teil der Schüler, die diese Ausbildung einschlagen, nur der kleinste Teil tatsächlich in diesen Bereichen überhaupt unterkommt (etwa 80 Prozent der Germanistik-Studenten werden Lehrer, und nur der geringere Teil kann überhaupt Positionen in der Kulturindustrie erreichen). Zum anderen sind die Positionen mit derart geringen Einflußmöglichkeiten versehen, daß die Meinung, dort etwas verändern zu können — durch irgendwelche kritische Tätigkeit —, geradezu lächerlich wirkt. Doch gerade diese Illusion war es, die bisher den Anpassungs-

anpassung dar, daß in einiger Zeit eine Umstrukturierung des Studiums zu erwarten ist, die das Hauptfachstudium in Soziologie nur noch einer kleinen Elite zugänglich machen wird. Ähnlich wie bei den Geisteswissenschaften ist auch die Funktion der Ausbildung in den naturwissenschaftlichen Fächern während der Schulzeit. Die Kenntnisse, die hier vermittelt werden, vom stupiden Formelwissen bis zu langen Ableitungen einiger Gesetzmäßigkeiten und deren angedeutete Anwendung (etwa der Differentialrechnung auf Gebiete der Physik) sind nicht mehr relevant für die Ausübung technischer Berufe oder Positionen im mittleren Management. Nicht umsonst ist die wichtige Ausbildung in bezug auf die Berufe innerhalb der Wirtschaft bereits aus Schulen und Unis ausgelagert und wird in betriebs eigenen Ausbildungsstätten direkt vollzogen, und nicht umsonst sind ständige Klagen der Wirtschaftsbosse über die schlechte Ausbildung der Anfänger zu hören, weil diese für sie einfach die Notwendigkeit eigener Investitionen in die Ausbildung bedeuten. So ist die Illusion, die hier in der Schule in bezug auf die Berufsbilder erzeugt wird, von der Realität ähnlich weit entfernt wie die der geisteswissenschaftlichen Fächer. Die vorhandenen Vorstellungen, später als „reiner Mathematiker“ oder Forscher und Entdecker tätig sein zu können, bedeuten heute die fungible Einsetzbarkeit dieser Individuen, weil sie in keiner Weise ihre eigene Position einschätzen können, als eine, die auf alle Fälle im kapitalistischen Verwendungszusammenhang steht. Diese Fehleinschätzung macht es diesen Individuen unmöglich, die Produktionszusammenhänge zu durchschauen, das Endprodukt der eigenen Forschung überhaupt noch zu erkennen, noch weniger dessen Verwertung zu kontrollieren. Diese Hilflosigkeit macht den Naturwissenschaftler nur noch dazu fähig, zu versuchen, die „Verantwortung“ auf irgendwelche anderen Instanzen abzuschieben und gelegentlich moralische Proteste abzuleisten.

So erklärt sich die bekannte Argumentation: Der Naturwissenschaftler betreibe Grundlagenforschung, weitere Verwertung sei Sache der Technik, die letztlich Verantwortung für die Anwendung schließlich liege in den Händen der Politiker. Diese Argumentation übersieht, daß erstens die Trennung von Grundlagenforschung und Anwendungstechnik bei der heutigen Pro-

Fortsetzung auf Seite 3

2. dazu müssen Methoden entwickelt werden, Intelligenz zu steuern und zu messen;
3. die Richtung der Steuerung und damit die Art der Meßmethoden wird bestimmt durch die Interessen der Herrschenden unter Ausnutzung ihrer Machtposition (Vergabe und Finanzierung von Forschungsaufträgen);
4. indem die Psychologen die Kriterien zur Messung von Intelligenz akzeptieren und als wissenschaftlich wertfrei ausgeben, machen sie sich zum Instrument der Herrschenden;
5. wenn diese Kriterien in Prüfungen gegenüber den Studenten durchgesetzt werden, beeinflussen sie deren Lernverhalten und über den Weg der Identifikation auch deren Denken.

Es zeigt sich hier, daß es nicht nur darum gehen kann, die Prüfungsangst zu reduzieren. Dadurch wird die Funktion der Prüfung als Instrument der Anpassung nicht wesentlich erschüttert. Die Bestrebungen von seiten der Professoren und Reformern, Prüfungen „objektiver“ zu machen, laufen — wie gezeigt — letztlich darauf hinaus, die Konditionierung des Denkens um so effektiver zu gestalten. Für die technokratischen Hochschulreformer ist die Ordinariatsuniversität nur deshalb ein alter Zopf, der abgeschafft werden muß, weil dann die Verwertung der Wissenschaft noch rationeller vor sich gehen kann, ohne Umweg über manchmal starrköpfige Professoren, die ihre persönliche Machtposition nicht aufgeben wollen. Die Freiheit der Forschung ist aber schon längst ein Mythos.

Die Forschungsaufträge der US-Army an deutschen Universitäten sind seit 1967 von 200 000 DM auf 2,5 Mill. DM gestiegen, das bedeutet einen Anstieg auf ca. 1180 % in 2 Jahren. Das Postulat von der freien Wissenschaft als Mittel zur Befreiung des Menschen kann nur dann verwirklicht werden, wenn mit der Neubestimmung der Formen auch eine Neubestimmung der Inhalte einhergeht. Man kann nicht erwarten, daß solche Impulse von den Herrschenden gebilligt werden, da für sie die Wissenschaft in ihrer jetzigen Form ein Instrument der Unterdrückung ist. Das Modell der Arbeitsgruppen, in denen sich angstfreie Kommunikation zusammen mit einer Neubestimmung der Inhalte realisiert, kann nur ein Moment der Strategie werden, wenn sie nicht neben dem Lehrbetrieb als Konkurrenzveranstaltungen einherlaufen. Der Versuch der Soziologen, das Vordiplom kollektiv zu schreiben, gibt einen weiteren Orientierungspunkt für die Taktik in der nächsten Zeit. (Das Aktionskomitee „Vordiplom“ wird in Kürze ein Papier herausgeben, das an alle Basisgruppen verteilt werden soll.) Literatur: M. L. Möller: Psychische Funktion und Wirkung von Prüfungen. A. M. Stimpel: Die Unvernunft des Prüfungswesens. Beides in Broschüre. Blickpunkt: Hochschuldidaktik 1969. Die pol. und gesellschaftliche Rolle der Angst, Politische Psychologie; EVA. R. De Clerck



1948: Mitglieder des Komitees für unamerikanische Umtriebe (rechts: Nixon)

Foto: Liberation News Service

# US-ARMEE

## Einsatz im Innern

## Erfolge der amerikanischen Studentenbewegung

### Polizeiterror wie in Spanien und Griechenland — Ganze Stadt in giftige Gase gehüllt, Krankenhaus mußte geräumt werden

Wochenlang war die amerikanische Universitätsstadt Berkeley in Kalifornien von Truppen besetzt, die Panzerfahrzeuge aufgeföhren haben und die Stadt mit automatischen Waffen, mit aufgeföplanzten Bajonetten und mit Hubschraubern in Schach halten. Wie in Vietnam patrouillieren sie auf den Straßen. Der Gouverneur (der frühere Western-Star Ronald Reagan) hat den verschärfen Ausnahmezustand mit nächtlicher Ausgangssperre und Versammlungsverbot verhängt.

Die rund 3000 Mann starke Armee „der Ordnung“ (die sich aus Polizisten, aus Hilfssheriffen aus der reaktionären Bürgerschaft rekrutiert und aus Soldaten der Nationalgarde besteht) hat bereits zwei Studenten kaltblütig erschossen; Tausende wurden verletzt. Neben Tränengas, Pfeffergas und den in Vietnam und Frankreich (seit Mai 1968) eingesetzten CB- und CN-Gasen schießen sie mit Kleinkaliber- und Schrotgewehren — nach übereinstimmenden Berichten — auf kürzeste Entfernung in die Gesichter der Demonstranten. Die Zahl der Schwerverletzten wuchs von Tag zu Tag. Mehrere Studenten sind durch Schrotkugeln erblindet.

Was hat diese Welle offenen faschistischen Terrors, den bisherigen Höhepunkt einer Reihe von immer brutaleren polizeistaatlichen Maßnahmen in den USA provoziert?

Studenten und antiautoritäre Jugendliche außerhalb der Universität hatten ein Grundstück, das leerstand und zu einem der häßlichsten Flecken der Stadt gehört, in einen Volkspark (People's Park) umgestaltet. Seit Mitte April hatten jeden Sonntag Hunderte von Studenten, Hippies und Leute aus der Bevölkerung auf dem desolaten Grundstück gearbeitet, Bäume und Blumen gepflanzt, ein „revolutionäres Weizenfeld“, neben einem Fischteich und Schaukeln und Rutschbahnen für die Kinder angelegt. In der Mitte des Parks brannte abends ein Feuer — darum herum Diskussionen, Lieder und Musik. Diese Versammlungen und ein riesiges Anschlagbrett mit Mitteilungen und Anzeigen sollten die Verständigungs-

schrift: „Die bedeutendste Erneuerung in der Freizeitgestaltung seit der Entstehung des großen Volksparks im 19. und frühen 20. Jahrhundert.“ Es war der einzige Park in diesem Armenviertel. In dem Stadtteil des gehobenen Mittelstandes gab es dafür drei öffentliche Parks.

Aber man hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die reaktionäre Universitätsbürokratie war auf dem Grundstück der Boß. Sie hatte das Gelände gekauft, ein Jahr zuvor die Leute, die dort wohnten, davongejagt und die Häuser einreißen lassen. Jetzt gaben sie Order, den Park zu vernichten und einen Zaun mit Verbotsschildern aufzustellen. Und wie überall auf der Welt wurden Polizei und Armee eingesetzt, um den Besitzverhältnissen Geltung zu verschaffen. Noch werden nicht ganze Landstriche mit Bomben und Napalm verwüstet wie in Vietnam. Aber schon werden Demonstranten kaltblütig erschossen, wie in den Negerghettos der USA, in Santo Domingo, in Argentinien und in Bolivien und in Berlin.

### Der Kapitalismus wird zum offenen Faschismus, wenn die Leute anfangen, auch nur einen kleinen Teil ihrer Interessen selbst in die Hand zu nehmen und die Ödflächen und Schrotthaufen der Profitgesellschaft (oder ihrer Diener, wie hier die Universität) sich nutzbar zu machen.

Dann kommen die Bulldozer und planieren wie im „People's Park“ in Berkeley. Inzwischen haben die Soldaten der Nationalgarde dort ihre Zelte aufgeschlagen. Doch der Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus hat seine erfolgreichen Beispiele: Fidel Castro und Mao Tse-tung haben ihre Nationen den kapitalistischen Herrschafts- und Profitinteressen entrissen; das vietnamesische Volk hat die gewaltige Kriegsmaschine des Pentagons bis an den Rand der offenen Niederlage zerschlagen.

Der Widerstand in den westlichen Ländern selbst wächst: Die sozialistischen (nicht-revisionistischen) Bewegungen in Europa und den USA beginnen ihn zu organisieren. Die revolutionären Afro-Amerikaner der „Black Panther Party“ und an den schwarzen Universitäten, wie z. B. Cornell, haben sich bewaffnet.

ten Demonstranten behandelt. Am vorletzten Tag räumte die Polizei das gesamte Stockwerk und trieb die McCarthy Kids auf die Straße, die damit einsahen, daß sich nur noch dort Politik betreiben läßt. Ihr Glaube an eine partei-interne Opposition und system-immanente Gesellschaftsveränderung verflüchtigte sich sehr schnell in einer Rauchwolke aus Tränengas. Der Kampf in Chicago war ein Kampf um politische Mandate: Die jungen Demokraten sahen, daß sie es in der von der Humphrey-Daley-Bürokratie beherrschten Partei nicht ausführen konnten, und verwirklichten es deshalb auf der Straße. Die Yippies zeigten, daß es Grenzen der repressiven Macht des Polizeistaates gibt, und obwohl die in Chicago mobilisierten Jugendlichen weder vom SDS noch von den Yippies organisatorisch aufgefangen werden konnten, so vergrößerten sie doch ihr Potential, dem sie die Einübung des Faschismus vor Augen geführt hatten. Die Folgen des Massakers von Chicago zeigten sich im letzten Semester an fast allen größeren Universitäten.

Ende letzten Jahres stellte eine Gruppe farbiger Studenten in San Francisco einen Forderungskatalog auf, in dem sie eine von ihnen kontrollierte Fakultät für ethnische Studien forderten, die unterteilt werden sollte in schwarze, asiatische und lateinamerikanische Departements. Die Forderungen wurden aufgestellt von der TWLF, eine Befreiungsbewegung amerikanischer Studenten, die ursprünglich aus Ländern der Dritten Welt stammten. Als den Forderungen nicht nachgegeben wurde, traten die Studenten in einen Streik, der viereinhalb Monate dauerte. In dieser Zeit kam es jeden Tag zu Konfrontationen mit der Polizei und der Armee. Die anfangs heftigen und brutalen Auseinandersetzungen schwächten sich im Verlauf der fünf Monate immer mehr ab, obwohl die Uni ständig von der Polizei besetzt blieb. In San Francisco waren es erstmals die Farbigen, die die Avantgarde der Studentengruppen bildeten. Für die weißen Radikalen war es schwierig, eigene Forderungen aufzustellen und hinreichend für die Unibesetzung des farbigen Streiks zu mobilisieren, da sie nicht klar machen konnten, daß die Emanzipation der Schwarzen eine Bedingung ihrer eigenen Emanzipation ist.

### Steik an der Harvard-Universität

Im April dieses Jahres ergriff die Studentenrevolte auch die elitärste der amerikanischen Elite-Universitäten: die Bostoner Harvard-Universität. Die Studenten protestierten gegen die Expansionsabsichten der Uni-Bürokratie und gegen die Offiziersausbildung auf dem Campus. Sie organisierten einen eine Woche lang anhaltenden Streik und besetzten das Rektorat.

Hier wurde erstmals in der Argumentation der Studenten die Universität als Elite-Produzent und Mittelpunkt der Wissens-Industrie begriffen. Sie offenbarten die Uni als Institution zur Ausführung der expliziten ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse bzw. deren Handlanger in Regierung und Pentagon. Die Studenten weigerten sich, die Elite der amerikanischen Unterdrückungsmaschinerie im Inland und die Exekutive des Imperialismus im Ausland zu liefern. In Harvard wurden bei der Rektoratsbesetzung Briefe gefunden und veröffentlicht, die enge Kontakte zwischen der Uni-Bürokratie und dem CIA und dem Pentagon aufzeigten. In der PL-Zeitschrift „Old Mole“ schrieben sie dazu: „Diese Dokumente beweisen, daß Harvard in erster Linie eine Institution der herrschenden Klasse ist, ein Spielzeug des gekoppelten Klüngels aus Regierung, Pentagon und Universität, der bestimmend ist für die amerikanische Außenpolitik. Harvard ist ein Dynamo der amerikanischen Imperialismus-Maschinerie.“ Zu ihrem Kampf gegen die Offiziersausbildung auf dem Campus schrieben sie: „ROTC bildet 70% der jungen Offiziere der Armee aus, die in den Kampf gegen die Vietnamesen und andere Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt geschickt werden. ROTC ist zwar nur der am wenigsten subtile Beitrag der Universitäten zu Amerikas Politik der Dominierung, doch unser Kampf gegen die Offiziersausbildung bedroht den Status quo in den Vorlesungen, den Zulassungsbestimmungen, Forschung, Investitionen und Disziplinierungen.“ Die Studenten begriffen ihren Kampf gegen die autoritären Leistungsstrukturen der Uni als Kampf auch gegen deren Entsprechung in

allen anderen gesellschaftlichen Bereichen und machten die Uni zum Zentrum des antikapitalistischen Widerstandes.

### Besetzung der Cornell-Universität

Die bisher militanteste Phase der Studentenbewegung, in diesem Fall der revolutionären schwarzen Studenten wurde eingeleitet durch die bewaffnete Besetzung der Cornell-Universität in New York, die ebenfalls eine organisatorische Wende war.

In der Nacht zum 18. April besetzte eine kleine Gruppe schwarzer Studenten eines der Universitätsgebäude. Im Laufe der Nacht kamen etwa 20 neue hinzu, die selbst bewaffnet waren und Gewehre und Munition für die anderen mitbrachten. Am nächsten Tag, der zusätzlich noch der alljährliche Besuchstag der Eltern war, hielt der SDS eine Solidaritätskundgebung vor dem Gebäude ab. Die Forderungen der Schwarzen waren: Amnestie für alle bisherigen politischen Delikte, verstärkte Aufnahme schwarzer Studenten und der Ausbau der black-studies Fakultät.

Die Hysterie und Angst, die sich auf Grund der Besetzung auf dem Campus verbreitete, führte den Kanzler der Uni dazu, eine Delegation zu den Studenten zu schicken und alle ihre Forderungen unverändert zu akzeptieren. Die Schwarzen verließen daraufhin mit erhobenen Fäusten und aufgestützten Gewehren in Begleitung der Delegation das Gebäude und erzwangen die Unterzeichnung ihrer Forderungen auf einer Kundgebung, wo sie von 2000 Weißen unterstützt wurden. Was in Cornell von den schwarzen Studenten praktiziert wurde und für nicht-universitäre Gruppen schon lange selbstverständlich ist, wurde auch für die übrige Studentenbewegung zur Notwendigkeit: Die Organisierung in kleinen, militanten Gruppen und das Vermeiden einer massiven Auseinandersetzung mit der Polizei auf großen Demonstrationen.

Spätestens nach dem Konvent in Chicago und sicherlich nach den Ereignissen der letzten drei Wochen in Berkeley wurde den Studenten klar, daß sie nicht mehr in die Bajonette der Armee und Polizei hineinlaufen können, daß sie eine Konfrontation, wie es die bisherigen Demonstrationen waren, nicht überstehen würden. Sie sind gezwungen, sich in kleinen Gruppen zu organisieren, um effektiv Widerstand leisten zu können.

Die Folgen daraus zeigten sich schon letzte Woche: In der TU in Greensboro in N.C. verteidigten 200 Studenten in einem 50stündigen Feuergefecht, in dem ein Student erschossen wurde, eine von ihnen besetzte Halle. Nachdem die Studenten, auf Grund des massiven Einsatzes von Nationalgarde und Tränengas sprühendem Polizeihubschrauber, gezwungen wurden, das Gebäude aufzugeben, war die Bilanz: für jeden verletzten Studenten drei verletzte Polizisten.

In der Southern University in Baton Rouge kam es nach einer Rede des Black-Power-Führers Rap Brown zur Auseinandersetzung mit der Polizei. Nachdem Studenten einen Lastwagen einer Universitäts-Baufirma angezündet hatten, kamen acht Hilfssheriffs auf den Campus, um die Feuerwehr zu schützen. Sie wurden daraufhin von den Studenten festgenommen. Danach hielten etwa 1000 Studenten einige hundert Polizisten vom Anmarsch auf den Campus ab, indem sie sich mit Molotow-Cocktails, Steinen und Flaschen verteidigten. Erst durch den Einsatz von drei Panzerwagen und 600 Nationalgardisten konnte der Aufstand der Studenten niedergeschlagen werden. Arbeitsgruppe Berkeley

### Ergebnis des Streiks

Schon am Montagnachmittag wurden fast alle Forderungen erfüllt. Nur die Forderung nach Zahlung des Lohnausfalls war nicht erfüllt worden und konnte auch im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen nicht

tionäres Weizenfeld“ neben einem Fischteich und Schaukeln und Rutschbahnen für die Kinder angelegt. In der Mitte des Parks brannte abends ein Feuer — darum herum Diskussionen, Lieder und Musik. Diese Versammlungen und ein riesiges Anschlagbrett mit Mitteilungen und Anzeigen sollten die Verständigungsbarrieren zwischen Studenten und Hippies, zwischen Schülern und Arbeitern, zwischen Schwarz und Weiß überwinden helfen.

Als der Volkspark fertig war, wurde er von Studenten und Bürgern gleichermaßen bewundert und gelobt; ein Architekturkritiker

**Die wichtigsten Ereignisse in der amerikanischen Bewegung seit dem Streik in Columbia, von denen zwei eine neue Phase des Widerstandes einleiteten, waren der demokratische Parteikonvent in Chicago, die Streiks in Harvard und San Francisco und die Besetzung von Cornell.**

## Parteikonvent in Chicago

In Chicago hatten sich im September 1968 etwa 5000 Studenten und Hippies anlässlich des Parteikonvents der Demokraten getroffen. Die meisten waren „Hippies“, d. h. Mitglieder der Youth International Party, die die Ideologie der neuen Linken mit einer psychedelischen Lebensweise verbunden haben. Sie besetzten einen Park in der Altstadt und begriffen sich

als Gegenveranstaltung zum Konvent. Nach mehreren kleinen friedlichen Demonstrationen wurden sie zerschlagen und mehrere verhaftet. Am nächsten Tag glich die belagerte Stadt einem Konzentrationslager. Die Demonstranten beschränken sich jetzt auf die Mobilisierung der jungen Demokraten, in erster Linie die Studenten, die in der McCarthy-Kampagne tätig waren und im Hilton-Hotel wohnten. Hier hatten sie einige Tage lang die verletz-

In Berkeley fand ein Demonstrationzug statt mit 10 000 Teilnehmern, darunter neben Studenten und Hippies viele Bürger. Verhandlungen sind angelaufen, die Demonstranten sind entschlossen, den Park für das Volk zurückzugewinnen.

als Gegenveranstaltung zum Konvent. Nach mehreren kleinen friedlichen Demonstrationen wurden sie zerschlagen und mehrere verhaftet. Am nächsten Tag glich die belagerte Stadt einem Konzentrationslager. Die Demonstranten beschränken sich jetzt auf die Mobilisierung der jungen Demokraten, in erster Linie die Studenten, die in der McCarthy-Kampagne tätig waren und im Hilton-Hotel wohnten. Hier hatten sie einige Tage lang die verletz-

## Berufsperspektiven für Schüler

### Fortsetzung von Seite 2

duktionsweise überhaupt nicht mehr in dieser Weise zu vollziehen ist, der Techniker zum 2. genau sowenig das Endprodukt seiner Arbeit kennt und hier etwa irgend etwas kontrollieren könnte, und daß die Politiker schon gar nicht eine öffentlich kontrollierbare Verantwortungsinstanz darstellen.

Die betriebseigene Auftragsforschung hat heute zwar teilweise noch klar definierte Zielsetzungen, aber sie wird bereits derart aufgegliedert betrieben, daß die einzelnen am Forschungs- und Entwicklungsprozeß Beteiligten heute schon kaum mehr überschauen können, zu welchem Endergebnis ihre Arbeit letztlich führt. Diese Verhältnisse werden sich noch mehr verändern, denn der Ausbau einer großangelegten Forschungs- und Entwicklungsarbeit, nicht mehr nur betriebseigen, sondern in Kooperation innerhalb der Wirtschaft selbst mit den Universitäten und Staatsorganen in zentraler Planung, hat für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums im Spätkapitalismus zentrale Bedeutung. In diesem Zusammenhang — in den USA bereits weit fortgeschritten — entsteht auch in der BRD die noch organisiertere Methode der Systemforschung, deren Zielsetzung Erarbeitung von Grundkategorien der technischen Verwertung ist (d. h. eine erweiterte Grundlagenforschung, die die bisherige Trennung deutlich aufhebt) und in Zusammenarbeit von einzelnen Wissenschaftlern, Unternehmern und Staatsbeamten betrieben wird, wobei etwa Spitzenfunktionäre der Staatsbürokratie selbst nicht mehr in der Lage sind, klare Aufträge zu vergeben, sondern diese erst in Zusammenarbeit von Unternehmern und Wissenschaftlern erarbeitet und angeboten werden. Noch viel weniger wird es hier einzelnen, in diesen Zusammenhang eingesperrten Wissenschaftlern möglich sein, die Zielrichtung ihrer Forschung zu erkennen, geschweige denn selbst zu bestimmen. Die Prozesse in der Wirtschaft machen eine totale Umstrukturierung der Schule sowohl in ihrer Or-

ganisation, in ihren Lehrmethoden, als auch ihrer gesamten Inhalte und Bildungskonzeption erforderlich. Hierbei ist ein Moment auch eine direktere Ausbildung für mögliche Berufspositionen, was sich in den einzelnen Vorschlägen zur Gesamtschule klar zeigt. (SPD, GEW, Evers-Plan etc.)

Nun ist es die Aufgabe der Schülergruppen, die Diskussion über ihre Berufsaussichten und die Möglichkeiten der politischen Arbeit im Beruf aufzunehmen, um die gerade aufgezeigten Illusionen der Schüler über ihre Berufserwartungen zu zerstören, auch die Illusionen innerhalb der Schülergruppen selbst, gerade in bezug auf das Soziologiestudium. Diese Diskussion muß auch in die Schule hineingetragen werden und ist dort hauptsächlich für die Oberstufen und Abgangsklassen interessant.

**Aber diese Diskussion beinhaltet auch noch eine andere Möglichkeit, die sie für die gesamte Schülerschaft interessant macht. Sie besteht darin, während des Unterrichts zu zeigen, wie schon in der gesamten Ausbildung in der Schule bestimmte Normen, Verhaltensweisen und Fähigkeiten den Schülern beigebracht werden, die sie für bestimmte Arbeiten verwertbar machen.**

Welche Ideologien es sind, die sie dort unfähig machen, die Zusammenhänge, in denen ihre Arbeit steht, zu durchschauen. Weiterhin müßten danach Diskussionen begonnen werden, in denen die Strukturen von Betrieben, Ausbildungsinstitutionen und anderen untersucht werden, in denen man die Funktionen einzelner Berufe untersucht und noch zahlreiche andere Punkte. Dabei ist es wichtig, daß die Schülergruppen mit anderen Gruppen zusammenarbeiten, etwa Ingenieurstudenten, Stadtteilbasisgruppen und einzelnen Basisgruppen an der Uni, die sich mit diesen Problemen schon beschäftigt haben, nach Möglichkeit auch mit schon vorhandenen sozialistischen Berufsgruppen, um die Arbeit der Schülergruppen tatsächlich über die Schulen hinauszutragen.

**Clara Schmidt**

ig, eigene Forderungen aufzustellen und nicht reichend für die Unibesetzung des farbigen Streiks zu mobilisieren, da sie nicht klarmachen konnten, daß die Emanzipation der Schwarzen eine Bedingung ihrer eigenen Emanzipation ist.

# STREIK ausländischer Arbeiter

**Bei dem Großbetrieb John Deere (Lanz) in Mannheim streikten am Montag, dem 19. 5. 1969, 180 ausländische Arbeiter.**

Diese 180 ausländischen Arbeiter — Spanier, Türken, Italiener — arbeiten alle in der Gießerei und verrichten dort die schwerste und dreckigste Arbeit im Betrieb. Sie produzieren dort die Gußteile für den Mannheimer Traktorenbau sowie für alle westeuropäischen Betriebe dieses Konzerns. Durch ihren Streik sind somit diese Arbeiter — sie machen 80 Prozent der in der Gießerei Beschäftigten aus — in der Lage, innerhalb von zwei Tagen den ganzen Mannheimer Betrieb mit einer Belegschaft von ca. 3000 Beschäftigten lahmzulegen und innerhalb von zwei Wochen die Produktion des Konzerns in ganz Westeuropa.

## Was waren die Hintergründe dieses Streiks?

Diese 180 ausländischen Arbeiter leben in drei Baracken auf dem Werksgelände der Firma John-Deere. Jede Baracke hat 15 Zimmer, in denen vier Mann „wohnen“. Jedes Zimmer ist etwa 14 qm groß. Dafür verlangt die Fabrik von jedem Arbeiter im Monat DM 35 und einen Umlagen- und Reparaturanteil von 15 DM. Im Monat erbringt also jedes Zimmer 140 DM Miete, jede Baracke 2100 DM.

**Die ausländischen Arbeiter bezahlen damit pro qm an Wohnraum 6,40 an die Fabrik. Und das bei 5,5 qm Wohnfläche pro Mann. Die deutschen Arbeiter bezahlen einen durchschnittlichen qm-Preis von DM 2,90. Bei durchschnittlich 70 qm Wohnfläche für sich und ihre Familien. Hier zeigt sich noch einmal die besondere Ausbeutung der ausländischen Arbeiter, die der Fabrik noch einen Zusatzprofit verschafft.**

Dabei gab es bisher in jeder Baracke einen gemeinsamen Aufenthaltsraum von 48 qm mit Fernsehapparat und Radio. Nachdem 1966 550 ausländische Arbeiter in 10 Baracken untergebracht waren, sind es heute noch 180 Arbeiter in 3 Baracken. Die anderen waren während der Rezession zusammen mit deutschen Kollegen auf die Straße geflogen.

Doch heute haben wir wieder „Hochkonjunktur“, das heißt steigende Gewinne für die Unternehmer, verstärkte Ausbeutung der Arbeiter. Um größere Profite zu erzielen, brauchte man neue Arbeiter. Um größere Investitionen zu vermeiden, ging die Geschäftsleitung folgendermaßen vor:

Zuerst wurden die Fernsehapparate abgeschafft, obwohl den Arbeitern noch zuvor, als der Fernsehapparat in Reparatur kam, eine Reparaturumlage abverlangt wurde, die dem Preis eines neuen Fernsehapparats entspricht. Dann wird am Schwarzen Brett von der Geschäftsleitung am 14. Mai angekündigt, daß sie die Aufenthaltsräume zu Zimmern umbau, und dadurch zusätzlich je 12 Schlafplätze zu schaffen. In diesem Aushang heißt

„... wir bitten um Verständnis für diese Maßnahme... Sie helfen dadurch mit, für Ihre Arbeitskollegen weiter preisgünstige Unterkunftsmöglichkeiten zu schaffen.“

## Doch die ausländischen Arbeiter zeigten kein Verständnis

Nach Diskussionen mit der Betriebsprojektgruppe Mannheim beschlossen sie auf einer Vollversammlung am 15. Mai:

1. Die Aufenthaltsräume müssen in ihrem früheren Zustand bleiben.
  2. Senkung der zu hohen Mieten.
- Diese Forderungen wurden der Betriebsleitung, dem Betriebsrat und der IG-Metall-Ortsverwaltung bekanntgemacht. Gleichzeitig wurden weitergehende Maßnahmen angekündigt, falls diese Forderungen nicht erfüllt würden.

Die Reaktion der Institutionen auf diese Forderungen war gleich Null; am Freitag, dem 16. Mai, wurde in den Baracken weitergebaut. Die ausländischen Arbeiter, denen hierdurch klar wurde, daß die traditionellen Arbeiterorganisationen nicht einmal mehr den Namen „Interessenvertretung“ verdienen, riefen für Sonntag, dem 18. Mai, eine neue Vollversammlung zusammen.

## Der Übergang von der Petition zum Widerstand

Auf dieser Vollversammlung, an der mehrere Mitglieder der Betriebsprojektgruppe teilnahmen, wurde beschlossen, am Montagmorgen ab 5 Uhr zu streiken.

**Der Streik sollte erst abgebrochen werden, wenn folgende 6 Forderungen erfüllt würden:**

1. Die Aufenthaltsräume werden nicht verändert. Die bereits im Bau befindliche Holzwand in der ersten Baracke wird auf Kosten der Geschäftsleitung entfernt.
2. Die überhöhte Miete wird gesenkt.
3. Fernsehapparate und Radios werden wieder in die Aufenthaltsräume zurückgebracht.
4. Wenn irgendwelche Veränderungen in den Baracken geplant werden, muß dies mindestens eine Woche vorher am Schwarzen Brett bekanntgemacht werden.
5. Durch diesen Streik darf kein ausländischer Kollege irgendwelchen Repressalien ausgesetzt werden.
6. Der durch den Streik bedingte Lohnausfall wird von der Firma in voller Höhe vergütet.

Um diese Forderungen auch den deutschen Kollegen zu vermitteln, verteilten die Genossen der Betriebsprojektgruppe am Montagmorgen ein Flugblatt für die 3000 deutschen Arbeiter und Angestellten des Betriebs.

## Ergebnis des Streiks

Schon am Montagnachmittag wurden fast alle Forderungen erfüllt. Nur die Forderung nach Zahlung des Lohnausfalls war nicht erfüllt worden und konnte auch im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen nicht durchgesetzt werden.

Am Montagabend auf einer neuerlich einberufenen Vollversammlung beglückwünschte dann ein Vertreter der IG Metall-Ortsverwaltung die ausländischen Arbeiter zu ihrem Erfolg. An diesem Abend wurde beschlossen, den Streik für einen Tag auszusetzen, und eine Vertretung von drei Spaniern, drei Italienern und drei Türken zu wählen. Diese Vertretung sollte am Dienstag mit der Betriebsleitung über die Bezahlung des Lohnausfalls verhandeln.

## Warum konnten diese Verhandlungen kein Ergebnis bringen?

Während die fünf erfüllten defensiven Forderungen sich auf den Freiheitsspielraum erstreckten, den der Kapitalismus zwar immer einzuschränken versucht, den er aber prinzipiell zugesteht, überstieg die 6. Forderung den vorgegebenen Rahmen. Mit dieser Forderung gingen die ausländischen Arbeiter zum Gegenangriff über.

**Da man nach kapitalistischen Marktgesetzen nur Lohn erhalten kann, wenn man seine Arbeitskraft verkauft, bedeutet diese Forderung: Teilnahme der Arbeiter an den kapitalistischen Profiten.**

Die Betriebsleitung mußte hier exemplarisch ihre Macht und ihr Prestige gegenüber den Arbeitern verteidigen. In ihrem Kampf wurden die Kapitalisten von den Gewerkschaften unterstützt, die sich weigerten, den streikenden Arbeitern Streikgelder zu zahlen. Daher mußte der Streik am Mittwoch abgebrochen werden. Sammlungen der SDS Heidelberg und Mannheim in den Universitäten sowie eine Sammlung der BPG vor Mannheimer Betrieben erbrachten etwa 1100 DM.

## Was können wir daraus lernen?

Nur der gemeinsame Kampf von Arbeitern und Studenten kann zum Erfolg führen. Das erfordert: Weitere Politisierung und Organisation der schon Politisierten an Hand konkreter Konflikte. Es muß hierbei aber beachtet werden, daß nicht, wie bei diesem Streik, reformistische und weiterführende Forderungen unvermittelt nebeneinander stehen. Die Forderungen müssen im wesentlichen drei Bedingungen erfüllen:

1. Sie müssen ganz oder teilweise erreichbar sein.
2. Sie dürfen nicht sofort und ohne Schwierigkeiten erfüllbar sein.
3. Sie müssen inhaltlich über den augenblicklichen Konflikt hinausweisen.

Solange es aber nicht gelingt, die Isolierung der ausländischen Arbeiter untereinander und gegenüber ihren deutschen Kollegen zu durchbrechen, bleiben auch diese Aktionsformen beschränkt.

## NUR IM INTERNATIONALEN KAMPF DER ARBEITER-KLASSE KANN DIE HERRSCHAFT DES KAPITALS GEBROCHEN WERDEN!

Betriebsprojektgruppe Mannheim

# Kampagne gegen den BRD-Imperialismus in Angola

Der portugiesische Ultra-Kolonialismus hat zwar mächtige Verbündete, aber — abgesehen von bundesdeutschen und südafrikanischen Rassisten — kaum mehr einen öffentlichen Verteidiger gefunden. Im Gegenteil: die verbale Verurteilung des portugiesischen Kolonialismus, der seit Jahren regelmäßig „am Pranger“ der Weltöffentlichkeit angeklagt wird, ist zur allgemeinen Übung geworden.

Im Zeitalter des Neokolonialismus gibt dieses anachronistische Relikt traditioneller Kolonialherrschaft nicht nur den neuen Agenten neokolonialer Ausbeutung (von Mobutu bis Senghor) den willkommenen Anlaß, ihre Herrschaft als schon vollzogene Befreiung auszugeben und vorteilhaft gegen den portugiesischen Ultra-Kolonialismus abzusetzen; auch die US-Imperialisten und ihre Verbündeten, die längst begonnen haben, das „lusitanische Imperium“ aufzukaufen, haben sich scheinheilig an dem Spektakel ebenso einstimmiger wie folgenloser Verurteilungen Portugals durch die UN-Vollversammlung beteiligt.

Um nicht bei derselben Verbalrhetorik stehen zu bleiben, die auch die larmoyanten Broschüren und Erklärungen aus dem revisionistischen Lager mit der neokolonialen Propaganda teilen, kann es nicht Aufgabe einer Kampagne sein, Portugal nur ein weiteres Mal moralisierend „an den Pranger“ zu stellen.

Ein Teach-in über den revolutionären Befreiungskrieg in den portugiesischen Kolonien, veranstaltet nicht für die „friedliebenden Kräfte“ der Bundesrepublik, sondern spezifisch für die Gruppen der Arbeiter, Schüler und Studenten, die den antikolonialistischen Kampf praktisch führen, hat zwei Funktionen zu erfüllen: Einerseits die notwendige erste Information über den Anachronismus des portugiesischen Kolonialsystems sowie über die Geschichte und den gegenwärtigen Stand der revolutionären Befreiungsbewegungen in Angola, Guinea (B) und Mozambique zu geben, andererseits aber gerade mit der Analyse des im Süden Afrikas involvierten BRD-Imperialismus Voraussetzungen für die Entwicklung eines nicht nur verbal-rhetorischen oder abstrakten Internationalismus zu schaffen.

Die Vermittlung von partikulärer anti-kapitalistischer und anti-imperialistischer Praxis erneut herzustellen, erscheint uns so notwendiger, als nach der „Liquidation“ des abstrakten Internationalismus, der die erste Phase der Studentenbewegung kennzeichnete, die Tendenz zur Partikularisierung und Provinzialisierung der Bewegung im letzten Jahr zugleich einen Verlust ihrer internationalistischen Dimension bedingte.

Weniger zur Rechtfertigung einer von „Spezialisten“ ausgedachten „Angola-Kampagne“ als viel mehr zur Klärung des Stellenwertes internationalistischer Praxis scheint es uns darum angebracht, die Thesen noch einmal zusammenzufassen, die wir auf der Frankfurter Arbeitskonferenz von VDS und SDS im April d. J. zur „Liquidation des abstrakten Internationalismus“ vorgelegt haben.

## Zur „Liquidation“ des abstrakten Internationalismus

„Eine zweite revolutionäre Front gegen den Imperialismus in dessen Metropolen kann nur dann aufgebaut werden, wenn die anti-imperialistische Oppositionsbewegung lernt, die spät-kapitalistischen Widersprüche politisch zu aktualisieren und den Kampf um revolutionäre Lösungen in Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen aufzunehmen.“ Diese These — beziehungsweise deren Kurzfassung: Vom Protest zum Widerstand — aus der Schlussfolgerung des Vietnam-Kongresses vom Februar 1968 bezeichnet genau den Umschlagpunkt, den dieser Kongreß in der Geschichte der sozialistischen Studentenbewegung bedeutete: Als Höhepunkt der Phase des abstrakt-moralischen Internationalismus war er zugleich deren Abschluß und leitete die Phase des partikularen Kampfes an der Basis ein.

Die Wendung zur Basis zum Zwecke der Aktualisierung der dort vorhandenen Widersprüche führte zwar zur Mobilisierung von Sektoren, die vorher nicht gesehen wurden, und damit auch zu einer

gewissen Verbreiterung der Basis. Diese Verbreiterung wurde aber erkaufte mit einer Partikularisierung der gesamten Arbeiter-, Schüler- und Studentenbewegung in verschiedene, kaum mehr aufeinander bezogene und durch keine theoretisch und strategisch verbindliche Diskussion, geschweige denn Organisation vermittelten Bereiche sogenannter arbeitender Gruppen.

Der Protest, der vor allem in den Vietnam-Demonstrationen zum Ausdruck kam, war in der Tat moralisch und einigermaßen abstrakt, außerdem in seiner beanspruchten internationalistischen-solidarischen Wirkung beschränkt, d. h. er äußerte sich symbolisch etwa gegen Amerika-Häuser und war auf Anlässe wie Staatsbesuche etc. angewiesen.

Andererseits ist denen entgegenzuhalten, die den abstrakt-moralischen Internationalismus undialektisch „liquidieren“ wollen (um sich damit dem internationalistischen Anspruch überhaupt zu entziehen), daß dieser Internationalismus immerhin einen der wichtigsten Mobilisierungsfaktoren der Studenten- und Schülerbewegung darstellte, daß er durch die provozierte Entlarvung des bundesrepublikanischen Polizei- und Staatsapparates zur Radikalisierung derer führte, die an den Demonstrationen teilnahmen, und daß schließlich dieser abstrakte Internationalismus diejenigen Formen militanter Demonstration entwickelte, die wir heute anwenden. Einem Mißverständnis ist hier gleich vorzubeugen: Es geht uns nicht darum, die nach dem Vietnam-Kongreß vollzogene Wendung zur Basis zurückzunehmen oder auch den abstrakten Internationalismus zu rekonstruieren. Was geleistet werden muß, ist nicht die Zurücknahme des im letzten Jahr prinzipiell richtig gewonnenen Ansatzes, sondern die Entwicklung eines konkreten Internationalismus, in dem die Erfahrungen aus der Phase des abstrakten Internationalismus ebenso aufgehoben werden wie die inzwischen durch die partikularen Gruppen gewonnenen, um die Vermittlung von anti-kapitalistischem und anti-imperialistischem Kampf auf einer neuen Ebene herzustellen.

Die Abstraktheit des alten Internationalismus scheint uns nicht zuletzt dadurch bedingt gewesen zu sein, daß er sich vor allem gegen den durch den US-Imperialismus verübten „Völkermord“ in Vietnam richtete, während der BRD-Imperialismus in Vietnam nur mittelbar beteiligt ist, kaum greifbar wurde. Verkürzt gesagt: Wir haben immer die Zweigstellen von Dow-Chemical gesucht, und nie gefunden — während Krupp, AEG und Siemens die Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Völker betreiben, deutsche Werften und Rüstungsbetriebe Waffen an das Salazar-Regime liefern und bundesdeutsche „Entwicklungshilfe“ — und Universitätsinstitute ihre konterrevolutionäre, kulturimperialistische Aktivität ungeschoren entfalten konnten.

Die nach dem Vietnam-Kongreß vollzogene Wendung zur Basis hat zwar in der ersten Phase dazu geführt, daß mit der Partikularisierung der Gesamtzusammenhang des Imperialismus aus den Augen geriet, hat aber — gerade wegen des Übergangs vom Protest zum verstärkten Widerstand an der Basis — die Möglichkeit eröffnet, in der neu zu bestimmenden Phase tatsächlich (wie in der Schlussfolgerung des Vietnam-Kongresses postuliert) eine „zweite revolutionäre Front gegen den Imperialismus in dessen Metropolen“ effektiver aufzubauen.

Wir gehen dabei davon aus, daß beim Aufbau dieser zweiten Front vorerst nicht eine zentrale Organisation die Vermittlungsinstanz sein kann, sondern zentral zu führende Kampagnen, die den partikularen Kampf in Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen miteinander verbinden und damit zugleich organisierend wirken.

Die von uns vorgeschlagene Kampagne zur Unterstützung der revolutionären Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien verstehen wir als Teil einer umfassend zu führenden Kampagne gegen den BRD-Imperialismus in seiner spezifischen Form der „Entwicklungshilfe“. Aus dieser Zielsetzung und den unterschiedlichen Mobilisierungsbedingungen in den verschiedenen Bereichen ergibt sich die Notwendigkeit bzw. Möglichkeit der Entwicklung verschiedener Praxisformen.

## a) Aktion

### „befreite Gebiete in Afrika“

Evident ist die Notwendigkeit direkter konkreter Hilfe und Propaganda für die revolutionären Befreiungsbewegungen. Dieses könnte als Medikamente- und Geldsammlung von Ad-hoc-Gruppen vor allem der Mediziner organisiert werden, um damit zugleich Politisierung der Mediziner voranzutreiben.

Schon bei der Initiierung einer solchen Sammlung ist aber gegenüber dem verbreiteten Albert-Schweitzer-Komplex deutlich zu machen, daß Unterernährung, Epidemien, Seuchen und hohe Kindersterblichkeit als Symptome der Unterentwicklung nur „heilbar“ sind, in dem man ihre politischen und ökonomischen Ursachen bekämpft: die koloniale und neokoloniale Unterdrückung und Ausbeutung der Dritten Welt durch die Metropolen; daß auch die Wunden, die von bundesdeutschen Flugzeugen aus durch Napalm- und Splitterbombenabwürfe auf die befreiten Gebiete Angolas, Guineas und Mozambiques täglich hervorgerufen werden, die brutale Verdeutlichung dessen sind, was im kolonialen Alltag sonst „nur“ als Zwangsarbeit, Unterernährung und niedrige Lebenserwartung erscheint; daß der bewaffnete Kampf um nationale Befreiung die einzige und grundlegende Therapie der kolonialen Krankheit ist und daß die „humanitäre“ Hilfe keinen Freibrief darstellen kann für den Verzicht auf hiesige anti-kapitalistische Praxis.

Die gezielte und planmäßige Versorgung der Ambulanzen und Krankenhäuser der Befreiungsorganisation mit dem „Überfluß“ der kapitalistischen Arzneimittelindustrie ist notwendig und sinnvoll deswegen, weil sie nicht nur die Bedürfnisse der Befreiungsbewegungen, die ihren bisher nur mangelhaft versorgten „Gesundheitsdienst als politischen Faktor ersten Ranges für die Konsolidierung (ihrer) befreiten Regionen und für die Entwicklung (ihres) Kampfes“ (Cabral) begreifen, in Rechnung stellt, sondern zugleich den Anlaß abgeben kann, zur Entwicklung eines „revolutionären Humanismus“ der Mediziner.

## b) Anti-imperialistische

### Agitation in Betrieben

Dem bisher in der Arbeit der Betriebsbasisgruppen benutzten Ansatz, Widersprüche im Betrieb zu aktualisieren, ist selbstverständlich nicht die simple Forderung entgegenzuhalten, daß ein „internationalistischer Anspruch“ zu erfüllen sei. Man muß sich aber darüber klar werden, daß die Aktualisierung nur

innerbetrieblicher Widersprüche Gefahr läuft, sich revisionistisch zu beschränken, daß etwa die Forderung nach Sicherung des Arbeitsplatzes, unreflektiert erhoben, zugleich die Forderung nach Sicherung der Partizipation der Arbeiter in den Metropolen an der Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Völker enthält. Um den Arbeitern ein reales Verständnis ihrer Lage im Rahmen einer längerfristigen nicht-revisionistischen Strategie zu geben, muß der internationale Ausbeutungszusammenhang des imperialistischen Kapitals aufgedeckt werden bzw. an den Stellen, wo er am unverhülltesten in Erscheinung tritt, zum zweiten Anknüpfungspunkt der Agitation in Betrieben gemacht werden.

Der nächstliegende Ansatz solcher anti-imperialistischer Agitation ergibt sich in den Großbetrieben der Schwerindustrie, die auf Rüstungsproduktion spezialisiert sind. Die Hamburger Genossen haben hiermit angefangen, in dem sie ihre innerbetriebliche Agitation bei „Blohm & Voss“ auf die Frage der Rüstungsproduktion ausdehnten, als bekannt wurde, daß diese Werft im Auftrage des portugiesischen Kolonialregimes drei Kriegsschiffe (mit speziell niedrigem Tiefgang zum Einsatz auf Flüssen, raketenbestückt) baut.

Diese Art, Rüstungsbetriebe, die z. T. in als „Sondermaschinenbau“ getarnte Produktionssektoren Rüstungsmaterial für die kolonialen und neokolonialen Regime herstellen, gibt es aber nicht nur in Hamburg, sondern in der ganzen Bundesrepublik und auch in West-Berlin. Sie ausfindig zu machen und in Zusammenarbeit der Betriebsbasis-, Ad-hoc- und Internationalismus-Gruppen zu Agitations- und Aktionszielen zu machen, ist eine der wichtigsten Formen konkreter Solidarität, die wir mit den revolutionären Befreiungsbewegungen der unterentwickelt gehaltenen Völker üben können.

Eine wichtige Funktion bei der Planung und Konsolidierung imperialistischer Herrschaft über die unterentwickelt gehaltenen Völker haben die zahlreichen Institute, Stiftungen und Lehrstühle übernommen, die im Zuge der neokolonialen Machtexpansion des bundesrepublikanischen Monopolkapitals neu oder wieder entstanden sind und in dessen Auftrag mehr oder weniger offen ihre konterrevolutionäre Tätigkeit in Form von wissenschaftlicher Vorarbeit und ideologischer Propaganda entfalten.

Die Liste dieser Institute (vom „Forschungsinstitut für internationale technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit“ an der TU Aachen, über die „Sozialpsychologische Forschungsstelle für Entwicklungsplanung“ an der Uni Saarbrücken, das „Institut für soziale Zusammenarbeit“ an der Uni Freiburg, das „Arnold-Bergstraesser-Institut“ in Freiburg bis zum „Deut-

FRANKFURTER  
BÜCHERSTUBE

SCHUMANN U. COBET

FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 2814 94

Den unsichtbaren, aber weitaus größeren Teil bilden die zahlreichen Universitäts- und sonstigen Forschungsinstitute, die in ihren jeweiligen Fachgebieten (z. B. Wirtschaftsgeographie, Agronomie, Entwicklungssoziologie, Bildungsforschung, Afrikanistik, Ethnologie etc.) dieselbe Funktion wie die obengenannten Spezialinstitute, nur weniger koordiniert ausüben. In „Fallstudien“, „Länderstudien“, „Studien über afrikanische Eliten“, „Studien über Reintegrationsprobleme und Nationenwerdung“, über „Erziehungswesen und Dekolonisierung“, „Rentabilitätsgrenzen für ausländische Investitionen“ etc. machen diese Institute ihre positivistische Wissenschaft imperialistischen Interessen nutzbar.

In diesen Zusammenhang gehören aber auch die verschiedenen Stiftungen (Friedrich-Ebert-, Konrad-Adenauer-, Friedrich-Naumann-), Gesellschaften (Carl-Duisberg-etc.), Dienste (DAAD, Deutscher Entwicklungsdienst etc.) und Vereine (Afrika-, Ibero-Amerika-, etc.), die mit spezifischen Aufgabenstellungen (von Praktikantenbetreuung bis Counterinsurgency-Forschung) Handlangerdienste für das BRD-Monopolkapital leisten.

Diese Institute und Stiftungen zu entlarven, zu boykottieren und schließlich zu zerschlagen, ist eine Form konkreter Solidarität, die es im Zuge der Funktionsbestimmung revolutionärer Wissenschaft, d. h. im Kampf gegen den konterrevolutionären Mißbrauch von Wissenschaft, zu entwickeln gilt.

Offensiv muß die Kampagne zur Zerschlagung der „Entwicklungshilfe“ aber auch in der Hinsicht werden, daß sie die Versuche des Epperschen „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)“ unmöglich macht, die auf der Grundlage des neuen Entwicklungshelfer-Gesetzes den mit einem humanitären Anstrich versehenen, aber objektiv konterrevolutionären „Entwicklungshilfe-Dienst“ als „revolutionäre“ Alternative zum Wehrdienst anbieten.

Dieses Projekt dient mehreren Zwecken: a. Der Schaffung infra-struktureller und sozio-ökonomischer Voraussetzungen für profitabile und gesicherte Privat-

EXKLUSIV  
TOBACCO

kostenlos probieren!

Kleine Tabakbar mit sechs

# Warum wurde die DM nicht aufgewertet?

In den letzten Wochen waren die Zeitungen mit Schlagzeilen über die Aufwertungsfrage voll. Aber jeder von uns konnte feststellen: es stand nichts drin! In der Folge erfuhr Allensbach durch eine Meinungsumfrage, daß sich 87% der Bevölkerung gegen eine Aufwertung der DM aussprechen. Die Befragten kamen aber auch unzweideutig zu dem Schluß, daß kaum einer der Befragten richtig sagen konnte, was Aufwertung heißt oder was aus dem Ausbleiben einer Aufwertung folgt. Gewiß ist jedermann offenbar, daß hier Strauß und dessen Propagandatrommel, die Bild-Zeitung, einen Erfolg verbuchen konnten. Andererseits wird hier deutlich, daß Gewerkschaft und SPD keinen umfassenden Beitrag zur Aufklärung leisteten und sich scheuten, die Auseinandersetzung in die Bevölkerung zu tragen.

Um einerseits etwas Aufklärung nachzuholen und andererseits die Rolle der SPD und der Gewerkschaft zu erklären, müssen wir hier einige Zusammenhänge sichtbar machen, die in der Aufwertungsfrage wichtig sind.

## 1. Was sind und bedeuten Wechselkurse?

Im gegenwärtigen Währungssystem gibt es für jede Währung genau festgelegte Wechselkurse. Für eine DM erhält man z. B. 1,30 Franc oder 0,25 Dollar bzw. für einen Dollar 4,— DM. Der Wechselkurs gibt also an, welcher Betrag einer ausländischen Währung für soundsoviel DM zu bekommen ist. Für einen internationalen Warenaustausch sind Wechselkurse immer nötig; sie machen eine Berechnung der DM-Preise in ausländische Währung möglich. (Kostet ein Fahrrad z. B. 100 DM, so können wir den Preis in Dollar ausrechnen. Kostet ein Dollar z. B. 4,—DM, so kosten 100,— DM 25 Dollar. Das Fahrrad kostet dann 25 Dollar.) Abgesehen von einem minimalen Spielraum sind Wechselkurse gegenwärtig starr; d. h. sie können nur durch Auf- und Abwertung geändert werden.

Eine **Aufwertung** heißt, daß die DM für ausländische Währungen teurer wird. Für eine DM erhalten wir somit **mehr** Dollar oder Franc; um eine DM zu kaufen, müssen die Ausländer mehr Geld ihrer Währung ausgeben. Deshalb macht eine Aufwertung die von uns produzierten Güter teurer für die Ausländer. Die im Ausland produzierten Güter werden für uns billiger.

Eine **Abwertung** heißt, daß die DM für ausländische Währungen billiger wird. Für eine DM erhalten wir also **weniger** Dollar oder Franc; um eine DM zu kaufen, müssen die Ausländer **weniger** Geld ihrer Währung ausgeben. Eine **Abwertung** senkt daher die Exportpreise und erhöht die Importpreise.

## 2. Wann ist eine Währung unterbewertet?

Jede Währung hat also einen Wert, den wir an den Wechselkursen ablesen können (eine DM hat z. B. den Wert 0,25 Dollar). Dieser Wert einer Währung kann durch Auf- und Abwertung geändert werden.

Liegt wie augenblicklich in der BRD ein Exportüberschuß vor (d. h. die Ausfuhr ist größer als die Einfuhr), dann ist das darauf zurückzuführen, daß die Preise (in ausländischer Währung) der von uns produzierten Güter niedriger sind als die Preise derselben Güter, die im Ausland hergestellt werden. Daher kaufen die Ausländer sehr viele Güter von uns (Exporte), und wir kaufen weniger Güter aus dem Ausland (Importe). In diesem Fall sagen wir, daß unsere Währung **unterbewertet** ist. Denn durch eine **Aufwertung** würden die Preise unserer Güter im Ausland steigen, und die Importpreise würden sinken. Damit

würden die Exporte vermindert und die Importe vermehrt. Ob eine Währung unterbewertet ist, können wir also immer am Exportüberschuß erkennen.

## 3. Was sind die Folgen einer unterbewerteten Währung?

Ein Außenhandelsüberschuß bzw. -defizit kann jederzeit durch eine Aufwertung bzw. Abwertung beseitigt werden. Warum aber soll eine Gleichheit zwischen Exporten und Importen hergestellt werden? Sind denn Exportüberschüsse nicht für uns alle vorteilhaft?

Eine hohe Auslandsnachfrage (Exporte) schlägt sich in dicken Auftragsbüchern der Exportindustrie nieder. Um diese Bestellungen ausführen zu können, werden dort Überstunden eingeführt, neue Arbeitskräfte eingestellt und neue Maschinen bestellt. Die Lohnzahlungen an die neu eingestellten Arbeitskräfte führen zu einer Erhöhung der Nachfrage nach Konsumgütern; die Bestellung neuer Maschinen zu einer Erhöhung der Nachfrage nach Investitionsgütern. Die erhöhte Nachfrage nach Konsumgütern veranlaßt die Konsumgüterindustrie wiederum zur Einstellung neuer Arbeitskräfte und zur Bestellung neuer Maschinen. In der Investitionsgüterindustrie passiert ähnliches: die vermehrten Bestellungen von Maschinen können nur ausgeführt werden, wenn neue Arbeitskräfte eingestellt werden und die Kapazität der Investitionsgüterindustrie selbst erhöht wird. Die Lohnzahlungen an die neu eingestellten Arbeitskräfte in der Investitionsgüterindustrie führen ebenso zu einer Erhöhung der Nachfrage nach Konsumgütern usw.... Die überhöhte Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern kann aber aus zwei Gründen nicht zu einer entsprechenden Produktionserhöhung führen. **Zum ersten** erfordert die Erhöhung der Produktionskapazität viel Zeit, da die Kapazität der Investitionsgüterindustrie sehr schnell ausgelastet ist. **Zum zweiten** ist das Arbeitskräftereservoir (vor allem für qualifizierte Arbeitskräfte) äußerst begrenzt und nach kurzer Zeit ausgeschöpft. Die erhöhte Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern kann daher nur durch gewaltige Preissteigerungen aufgefangen werden. Zwar steigen auch die Lohnsätze, da sich die einzelnen Kapitalisten mit ihren Lohnangeboten übertreiben, um profitable Aufträge ausführen zu können. Aber der Nachfrageüberhang erlaubt den Kapitalisten eine Überwälzung der gestiegenen Lohnkosten auf die Preise. Die Lohn-erhöhungen stehen also in keinem Verhältnis zu den Erhöhungen der Umsätze. Folglich bleiben die Lohnerhöhungen hinter den Profiterhöhungen zurück: der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sinkt, und der Anteil der Profite steigt.

Eine unterbewertete Währung, wie augenblicklich die DM, führt also zu einer überhitzten Konjunktur mit:

- sinkendem Anteil der Löhne am Volkseinkommen (d. h. die Erhöhung der Profite ist stärker als die Erhöhung der Löhne)
- einer hohen Rate der Geldentwertung (Inflation; also Instabilität der DM).

Bei einem Exportüberschuß muß der Lohnanteil sinken, da das inländische Güterangebot gerade um den Betrag des Exportüberschusses kleiner ist als unsere Güterproduktion. Ein Exportüberschuß ist immer ein Geschenk an die Kapitalisten! Als weitere Folge eines Exportüberschusses steigen die Preise im Inland, da die beabsichtigte Expansion an die Grenzen der Vollbeschäftigung (von Arbeitern und Produktionskapazität) stößt und der Nachfragedruck nur durch Preissteigerungen abgefangen werden kann.

**Das Ausbleiben einer Aufwertung schadet der lohnabhängigen Bevölkerung**

und führt zu einer einseitigen Bereicherung der Kapitalisten.

## 4. Wer war dagegen?

Die Absage der Bundesregierung an eine Aufwertung hat somit nichts mit den Interessen der Arbeiter und Angestellten zu tun. Die Bundesregierung vertritt eindeutig die Interessen des Kapitals: der Banken, der Unternehmer und vor allem der Exportindustrie. Das Interesse der Exportindustrie an einer Verhinderung der Aufwertung liegt auf der Hand. Die Auftragseingänge in der Exportindustrie waren im letzten Monat um ca. 50% höher als im Vorjahr. Dank der unterbewerteten DM kann die Exportindustrie hier unglaubliche Profite machen.

Soweit die Banken mit der Exportindustrie verflochten sind, haben auch die Banken ein handfestes Interesse an der Verhinderung einer Aufwertung. Darüber hinaus sind aber auch alle jene Unternehmer an der Verhinderung einer Aufwertung interessiert, die sich bei einer Aufwertung mit verstärkter **Importkonkurrenz** auseinandersetzen müßten. Im Schutz einer unterbewerteten DM schieben viele Kapitalisten eine relativ ruhige Kugel und stecken hohe Monopolprofite ein. Eine Aufwertung würde die Konkurrenz etwas beleben. Nur so war es denkbar, daß die Einzelinteressen der Banken, der Exportindustrie und anderer Industriezweige zu einem Ausgleich kamen und die geplante Aufwertung verhindert werden konnte.

**Die Herren Abs und Strauß waren wieder einmal erfolgreiche Vertreter ihrer Klasse.**

## 5. Die Perspektive für das kommende Jahr

Für das kommende Jahr können wir also einige schwerwiegende Veränderungen voraussagen:

- (1) Auf dem Güter- und Arbeitsmarkt entwickelt sich eine überhitzte Konjunktur.
- (2) Um den Nachfragedruck abzuwehren, findet eine starke Geldentwertung (Inflation) statt. Die Lebenshaltungskosten werden um ca. 6% steigen.
- (3) Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sinkt um einige Prozent; bzw. der Anteil der Profite steigt.
- (4) Bei gegebenen Wechselkursen führt die Geldentwertung zu einem Ausgleich des ausländischen Preisniveaus mit dem deutschen Preisniveau (Inflation). In der Folge wird die Auslandsnachfrage (Export) sehr stark sinken, und die Exportindustrie muß die Beschäftigung senken (Arbeitslosigkeit).
- (5) Die Verhinderung der Aufwertung kann somit leicht zu einer Krise wie 1966/67 führen.

Zunächst werden wir also eine starke Konjunkturbelebungs erleben, die zwar eine Erhöhung der Löhne, aber auch gewaltige Preissteigerungen mit sich bringt. Die Geldentwertung (Inflation) kommt erst dann zum Stillstand, wenn das deutsche Preisniveau (bei gegebenen Wechselkursen) an das ausländi-

- (1) Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben nur so lange einen Einfluß auf politisch wirksame Entscheidungen, als ihre Politik mit den Interessen der Kapitalisten übereinstimmt.
- (2) Weder die SPD noch die Gewerkschaft haben versucht, die Lohnabhängigen über die Zusammenhänge aufzuklären. Folglich konnten auch beide Organisationen keine umfassenderen Maßnahmen für eine Aufwertung ergreifen (z. B. Streiks oder gar Generalstreik).
- (3) Ohne Beziehung zu den Lohnabhängigen sind SPD und Gewerkschaften keine wirksamen politischen Organisationen mehr. Sie werden zu bürokratischen Leerkörpern, die nur noch von Managern betrieben werden.

Elmar Wolfstätter

sche Preisniveau angepaßt ist; diese Art von Inflation wird daher auch oft **Anpassungs-inflation** genannt. (Diese Inflation könnte durch eine Aufwertung wirksam vermieden werden, da hierdurch ein Ausgleich des Preisniveaus hergestellt würde.) Da die Exportindustrie bis zu diesem Zeitpunkt noch mehr aufgebläht ist als bisher, müssen wir dann aber mit einer Arbeitslosigkeit rechnen, die sich auf alle Bereiche der Wirtschaft ausbreitet. Was dabei herauskommt, kennen wir nicht zuletzt aus den Jahren 1966/67.

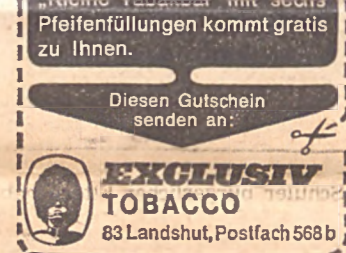
## 6. Die Aufwertungsdiskussion: ein Beispiel für die Rolle der Sozialdemokratie im Kapitalismus

Angesichts der drohenden Krise, die langfristig auf die Verhinderung der Aufwertung folgt, muß man sich fragen, ob die Kapitalisten und ihre Vertreter Strauß und Abs nicht einfach kurzsichtig sind. Eine Krise sollte doch ein zu hoher Preis für kurzfristig übergroße Profite sein.

Die Wirtschaftspolitik unter Schiller hat den Kapitalisten aber gezeigt, daß jede Krise ihren Arzt und ihre Krankenkasse findet. Durch entsprechende Ausgaben- und Finanzpolitik pumpt der Staat die fehlende Nachfrage in den Wirtschaftskreislauf und sorgt dadurch für weitgehende Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum. Für einige Zeit gibt es zwar Arbeitslosigkeit und eine Schrumpfung der Effektivlöhne auf die Tariftlöhne, aber schon bald wird die staatliche Politik wirksam. Über kurz oder lang wird diese Politik zu einem großen Teil aus den Steuerzahlungen der Lohnabhängigen bezahlt. Ein großer Teil unserer Steuern dient also nur dazu, die Folgen einer kapitalistischen Produktion zu beseitigen.

**Wenn nun die Kapitalisten wirksam eine Aufwertung verhindern konnten, so geschah dies mit der Gewissheit, daß die Wirtschaftspolitik im Falle einer Krise die größten Schädigungen der Profite ausbügeln wird.**

1966/67 konnte die SPD (und mit ihr Schiller) eine Verschärfung der Krise verhindern und durch eine entsprechende Ausgabenpolitik einen erneuten Aufschwung einleiten. Damals fiel das Wort von der „Sozialen Symmetrie“, wobei nach erfolgtem Aufschwung ein kräftiges Wachstum der Löhne verwirklicht werden sollte. Mit der „konzertierten Aktion“ hatten die Gewerkschaften und Schiller dieses Konzept unterstützt. Jetzt sind die Kapitalisten nicht mehr auf ihre Spielgefährten (Schiller und die Gewerkschaften) angewiesen; die Auftragsbücher sind wieder voll, und die „Herren“ fühlen sich wieder wohl im Sattel. Daraus müssen Lehren über die Sozialdemokratie und die Politik der Gewerkschaften gezogen werden. Die Aufwertungsauseinandersetzung hat gezeigt:



investitionen in den Ländern der Dritten Welt.

- Der Nutzbarmachung unreflektierter jugendlicher Hilfsbereitschaft in Organisationen, die mit ihrem altruistischen Anstrich der Verschleierung des neokolonialen Ausbeutungszusammenhangs dienen,
- dem Fernhalten potentieller Wehrdienstverweigerer und „Unruhestifter“ aus der Bundeswehr,
- der Absorbierung „kritischer Intelligenz“ zum Aufbau von Ausbildungsinstituten für zukünftige „Entwicklungshelfer“.

**Die Agitation gegen den „Entwicklungshilfe-Dienst“ wird die Rolle des „Entwicklungshelfers“ als die eines Soldaten des Imperialismus klarstellen, gegenüber dieser falschen Alternative den Eintritt in die Bundeswehr zum Zwecke der Verunsicherung des militärischen Apparates propagieren und die Zusammenarbeit der „kritischen Intelligenz“ mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit als konterrevolutionäre Berufspraxis entlarven.**

Die zentral geführte Kampagne zur Unterstützung der revolutionären Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien wird sowohl ihr erklärtes Ziel als auch ihre organisierende Funktion nur dann erfüllen, wenn sie sich konkretisiert in der Teilnahme am Kampf an der Hochschule zur Funktionsbestimmung revolutionärer Wissenschaft, an nicht-revisionistischer Betriebsbasisarbeit und an der Kampagne „Zerschlagt die Entwicklungshilfe“.

Projektgruppe Afrika im INFI (Berlin)

**RÖMER KLISCHEE OFFSET**

Vom grafischen Entwurf bis zur fertigen Druckplatte

**RÖMER-KLISCHEEANSTALT GMBH**

FRANKFURT/MAIN MAINZER LANDSTR. 216

**23 46 72  
25 29 14**



Frankfurt:

# Stadtteilbasisgruppen

## Entwicklung der Basisgruppe Bornheim

In Bornheim existierte seit Herbst 1967 eine „Sozialistische Gruppe“, die über Vietnam arbeitete. Sie wandte sich mit Aufklärungsaktionen an die Öffentlichkeit, verteilte Flugblätter an „die Bevölkerung“ und diskutierte mit „Leuten“ auf der Straße. Die Gruppe ging an inneren Streitereien und an der allgemeinen Resignation nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze ein.

Im August bildeten einige Genossen dieser Gruppe eine Stadtteilbasisgruppe in Bornheim. Sie hatten das Ziel, die Lehrlinge und Jungarbeiter zu organisieren, die durch die vorangegangenen Aktionen mobilisiert waren, auf SDS-Mitgliederversammlungen und in der Betriebsprojektgruppe aber nur frustriert wurden.

Zwischen Uni und Stadtteilbasisgruppe bestand zunächst keine Verbindung. Erst als der aktive Streik auf seine Grenzen stieß (Kompromißlosigkeit der Professoren, Studienzwänge bei den Studenten, rückte die außeruniversitäre Arbeit ins Zentrum. Mit dem Abbröckeln des Streiks wurde die Propaganda für Stadtteilbasisgruppen gegen die universitären Arbeitsgruppen (Hochschulborniertheit) immer heftiger. In dieser Zeit gründeten sich schon zwei weitere Stadtteilbasisgruppen, Nie-

**Um die Ansatzpunkte der Politisierung von Lehrlingen besser verstehen zu können, müssen wir auf die materielle Situation in ihrer Ausbildung und ihrer Freizeit eingehen.**

## Zur materiellen Situation der Lehrlinge

### Sozialisation

Wenn das kurzfristige Ziel der Stadtteilbasisgruppen die Politisierung der Lehrlinge ist, muß auch die autoritäre Erziehung in der Lehrlingszeit berücksichtigt werden. Schon in der Familie gibt es den, der befiehlt, und den, der gehorchen muß. Zwang, Strafen und Prügel bringen dem Kind bei, daß das Recht der Stärkere hat. Auch im Kindergarten wird nicht auf Bedürfnisse Rücksicht genommen, Höflichkeit und Benehmen üben die Unterordnung ein. Die Schule kennt nur die Tugenden Fleiß, Ehrgeiz und die Fähigkeit, irgendwelche Dinge auswendig zu lernen, ohne zu erklären, war-

derrad und Nordend. Bald folgten ihnen weitere.

### Stadtteilbasisgruppen und Betriebsarbeit

Die Stadtteilbasisgruppen setzen politisch in der Freizeitsphäre an. Ihr langfristiges Ziel bleibt jedoch die Rückkehr in die Produktionssphäre. Die Betriebsarbeit kann in großem Stil erst wiederaufgenommen werden, wenn eine längerfristige Mobilisierung von Lehrlingen, auf die sich die Stadtteilbasisgruppen im Gegensatz zur ehemaligen Betriebsprojektgruppe zunächst konzentrieren, stattgefunden und neue Voraussetzungen geschaffen hat. Zweitens ist die in Gang befindliche Mobilisierung von Ingenieurstudenten, mit denen zum Beispiel die Basisgruppe Nordend zusammenarbeitet, zu berücksichtigen. Drittens muß einer Wiederaufnahme der Betriebsarbeit eine Klassenanalyse, die auf einer Untersuchung des Produktionsprozesses im Spätkapitalismus aufbaut, vorausgehen, damit wir nicht wieder einfach „die Arbeiter“ mobilisieren wollen, sondern wissen, welche Gruppen von ihrer Funktion im Produktionsprozeß her eine zentrale Rolle in unserer Arbeit und welche eine untergeordnete Rolle spielen, und in etwa abschätzen können, wie groß die Chancen von Mobilisierungsversuchen sind.

heimen schon geprügelt wird, ist das dort die normale Erziehungsmethode.

### Situation im Betrieb

Die Ausbildung im Betrieb wird nicht im geringsten den Erfordernissen einer guten Berufsausbildung gerecht. Ein Großteil der Arbeitszeit wird verbraucht mit Werkstattaufbauten, Bierholen und Kaffeekochen. Unnötigerweise müssen bestimmte Fertigkeiten bis zur Perfektion erlernt werden, beispielsweise müssen Mechaniker wochenlang nur feilen, obwohl das in der Produktion fast nur maschinell gemacht wird. Große Betriebe geben eine bessere Ausbildung, allerdings nur zu dem Zweck, daß die Lehrlinge schneller vollwertige Arbeitskräfte werden, die Konzernherren verdienen dann mehr an ihnen. Im-

men haben sich Wohngemeinschaften erwiesen. Durch das Zusammenleben von mehreren Genossen lassen sich die Lebenshaltungskosten reduzieren, so daß dem Verlassen der Heime keine finanziellen Grenzen mehr gesetzt sind. Die Bildung von Wohngemeinschaften hilft nicht nur individuelle Probleme bewältigen, sondern stellt zugleich einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Organisationsproblematik dar. Die Wohngemeinschaft übernimmt einen Projektbereich der Basisgruppenarbeit: eine Schule, ein Jugend- oder Lehrlingsheim. Sie ist besonders dazu geeignet, da sich ihre Mitglieder nicht nur zu einzelnen Terminen treffen, sondern permanent kommunizieren können.

### Kommunikation

Allgemein ist heute eine Abnahme von Möglichkeiten zur Kommunikation, genauer der beiderseitigen Kommunikation zu verzeichnen. Gerade bei den sogenannten Kommunikationsmitteln, wie Fernsehen, Film, Rundfunk, Zeitschriften, Zeitungen und so weiter, gibt es nur noch Sender und Empfänger. Ein Gespräch findet nicht mehr statt. In vielen Beatlokalen verhindert die Lautstärke der Musik jegliche Unterhaltung. Die Möglichkeiten der Diskussion und Reflexion werden auf diese Weise zunehmend eingeschränkt. Die Basisgruppen selbst stellen eine Stätte der Kommunikation dar, einen gesellschaftlichen Freiraum, wo man sich leichter der Manipulation entziehen kann. Aus diesem Grunde hat es sich als besonders günstig herausgestellt, wenn eine Basisgruppe über einen Raum innerhalb einer Wohngemeinschaft verfügen kann. Man hat dann jederzeit die Möglichkeit, sich vor den Repressionen der Familie, des Wohnheimes, vor dem Fernsehgerät zurückzuziehen oder auch einfach nur Genossen anzutreffen, bei denen man sich eine Zeitlang aufhalten und eventuell übernachten kann.

Städtische, konfessionelle und Gewerkschaftsjugendhäuser sind Orte, an denen sich noch Jugendliche versammeln und wo sie für uns ansprechbar sind. Die Arbeit in solchen städtischen Jugendheimen stellte bei den Stadtteilbasisgruppen den ersten praktischen Ansatz dar. Zunächst versuchten wir, Kontakt zu den Jugendlichen zu bekommen. Das geschah durch kollektive Teilnahme an Tanzveranstaltungen. So ist es gelungen, mit einigen Rockers ins Gespräch zu kommen, Informationen über ihre

Der folgende Artikel versucht, die Organisationsbedingungen, die Praxis und einige Organisationsprobleme der Stadtteilbasisgruppen zu analysieren. Dabei kommen zunächst die Fragen zu kurz, die die strategischen Perspektiven und den grundsätzlichen Ansatz der Stadtteilbasisgruppen betreffen. Dazu ist es unbedingt notwendig, eine Analyse der Bedingungen zu leisten, die die Betriebspolitik reformistisch werden lassen. Zur Diskussion der weiteren Strategie ist eine Vorbedingung, die organisatorische Praxis der Stadtteilbasisgruppen noch genauer zu analysieren und zu prüfen, ob sie die Grundlage einer revolutionären Jugendorganisation und/oder einer Partei sein kann.

seits ihre Angriffe nicht gegen die Ursachen der Unterdrückung wenden, also nicht politisch werden. Die Aggressionen kann man sicherlich von ihren falschen Objekten, den Genossen, lösen und sie produktiv werden lassen, wenn die Konflikte des einzelnen in der Gruppe diskutiert werden und man solidarisch versucht, seine Lebensumstände direkt zu verändern.

Eine zweite Art, Aggressionen relativ unreflektiert auszutoben, äußert sich in dem Verlangen nach möglichst militanten Aktionen, das besonders bei gewerblichen Lehrlingen stark ist. Der Vorzug dieser Gruppe, daß sie nämlich nicht wie mittelständische kaufmännische Lehrlinge, Schüler und Studenten Hemmungen vor praktischen Aktionen haben, kann zu einer Gefahr werden, wenn die Anwendung von Gewalt nicht auf ihren politischen Stellenwert hin untersucht wird, sondern in jeder Situation mit irgendwelchen Rationalisierungen befürwortet wird, weil sie Lustgewinn bringt. Dann glauben die Genossen kurzschlüssig, die Gesellschaft um so stärker bekämpfen zu können, je mehr Putz sie machen. Sie haben die „ewigen Diskussionen“ satt und meinen, es sei überflüssig, Aktionen ausführlich theoretisch zu begründen und vorzubereiten. Sie müßten lernen, die Frustrationen, die theoretische Arbeit in gewisser Weise mit sich bringt, zu ertragen. Es ist ein Problem der Schulung, den praktischen Nutzen der Theorie aufzuzeigen und dadurch an den Interessen anzuknüpfen.

### Reine Theorie

Das Ziel der BG, Aufklärung und Aktionen miteinander zu verbinden, kann ebenso von der entgegengesetzten Seite her behindert werden, nämlich von Gruppen, die ihre Arbeit auf die Theorie beschränken wollen. Das sind Genossen aus dem Kleinbürgertum, die auf Grund ihrer Erziehung und ihrer Arbeitssituation (Büro, Schule, Universität) zu unmittelbar praktischen Tätigkeiten kein direktes Verhältnis haben. Da für ihre politische Einstellung häufig theoretische Einsichten entscheidend waren, haben sie vor allem das Bedürfnis, ihre Erkenntnisse zu erweitern. Unter ihrem Einfluß kann die BG zu einem bloßen Arbeitskreis herabsinken. Als politische Arbeit bevorzugen sie Aufklärungskampagnen, Demonstrationen, die nur an die Öffentlichkeit appellieren, während sie sich vor direkten

gen befähigt. Die jetzt diskutierte Schulung soll kontinuierlich und systematisch durchgeführt werden und sich nicht von den Problemen der politischen Praxis entfernen. Einige Gruppen haben begonnen, die ersten Vorschläge des Programms der KPD-ML (einige Mao-Schriften zur Methode des Studiums) aufzugreifen. Diese Vorschläge sind aber umstritten. Ein allgemein akzeptiertes Schulungsprogramm ist noch nicht aufgestellt. In der Diskussion um die Schulung ist auch behauptet worden, daß, wenn es den Basisgruppen selbst gelänge, fundierte theoretische Kenntnisse zu vermitteln, Lehrlinge nicht mehr versuchen würden, über den Zweiten Bildungsweg aufzusteigen. Daß Lehrlinge, die in die BG kommen, häufig das Abitur nachholen wollen, kann unter Umständen eine spätere Agitation und Kaderbildung in Betrieben behindern. Durch eine Schulung allein ist das Problem aber nicht zu lösen. Denn die Lehrlinge wollen nicht nur ihr Wissen erweitern, sondern auch den Repressionen im Betrieb ausweichen und durch die privilegierte Stellung der Schüler und Studenten ihre Fähigkeiten entfalten.

### Unmittelbarkeit der Bedürfnisbefriedigung

Ein anderer Kreis von Problemen entspringt dem unklaren Wunsch, in der BG unmittelbar Befreiung zu finden. Das äußert sich relativ harmlos darin, daß Genossen glauben, sich ganz nach dem Lustprinzip verhalten zu können, ohne einzusehen, daß die kontinuierliche Arbeit in einer politischen Organisation eine gewisse Disziplin verlangt. Chaotische Diskussionen, in denen manche ihren Spieltrieb befriedigen und andere ihren gemühtlichen Schwatz halten, stören eine effektive Arbeit. In diesem Zusammenhang tauchen aber noch weit schwerer wiegende Probleme als die der Diskussionsführung auf.

Wenn man Lehrlingen in der Agitation klar macht, daß objektiv eine Abschaffung der Arbeit möglich ist und im Kapitalismus der einzelne zu überflüssigen Arbeitsleistungen gezwungen wird, entsteht verständlicherweise der Wunsch, diese Befreiung hier und jetzt zu vollziehen. So ist es verschiedentlich vorgekommen, daß Lehrlinge, die aus politischen Gründen aus ihrem Betrieb rausflogen, sich versucht, hier und jetzt schon innerhalb des kapitalistischen Systems Glück zu verwirklichen, will gesellschaftliche Probleme für sich



um. Die Schüler bürgerlicher Eltern haben zu Hause den Umgang mit der Sprache besser gelernt, Arbeiterkinder sind dadurch benachteiligt, die Klassenunterschiede der Eltern setzen sich in der Schule fort. Höhepunkt nach der Lehrzeit dieser Einübung in Unterdrückung, die fraglos erduldet wird, ist die Zeit bei der Bundeswehr. Das Prinzip von oben und unten findet hier seine deutlichste Darstellung. Nach alledem ist man fertig dressiert, die nächsten 40 oder 50 Jahre als gehorsame Lohnsklaven den Reichtum der Herren zu erschuften.

#### Wohnsituation

Dieser Effekt wird unterstützt durch das, was Lehrlinge dort, wo sie wohnen, zu erdulden haben. Selbst in der Freizeit zu Hause nehmen den Lehrlingen die Schikanen die Möglichkeit, die Notwendigkeit dieser allgegenwärtigen Unterdrückung zu überlegen und Mittel zu finden, sich dagegen zu wehren. Sie bekommen ihr Taschengeld entzogen, werden frühabends wieder nach Hause befohlen, und es wird ihnen unmöglich gemacht, mit anderen Lehrlingen zu Hause über ihre Probleme zu diskutieren oder mit Mädchen zu schlafen, um ihre sexuellen Bedürfnisse zu befriedigen. In Lehrlingsheimen ist dasselbe um ein Vielfaches schlimmer, und die Möglichkeiten, sich gegen die Hausordnung, die Ungerechtigkeit des Heimleiters oder das schlechte Essen zu wehren, sind viel geringer. Am schlimmsten sind die dran, bei denen das Jugendamt ganz die Erziehungsberechtigung hat. Wenn sie auffallen, vor allem politisch, wird mit dem Erziehungsheim gedroht, das mit dem Arbeitslager vergleichbar ist. Obwohl auch in Lehrlings-

### Praxisansätze der Stadtteilbasisgruppen

#### Freisprechungsfeiern

In den letzten Wochen wurden von uns zwei Freisprechungsfeiern gestört unter der Parole: „Drei Jahre Zuchthaus — lebenslänglich Zwangsarbeit“. Wir wollten die Ideologie zerstören, daß nach drei harten Lehrjahren ein neuer Lebensabschnitt anfinke, in dem die ehemaligen Lehrlinge tatsächlich von Zwang und Unterdrückung „freigesprochen“ seien.

Damit dieses System funktioniert, muß es die Lehrlinge so gefügig machen, daß sie als Arbeiter willenlos selbst sinnlose und langweilige Arbeiten verrichten, auch Erzeugnisse herzustellen, die auf Grund eingebauter Verschleißdauer schon nach kurzer Lebenszeit wieder kaputtgehen. Die technische Möglichkeit, praktisch unzerstörbare Waren herzustellen, wie Glühlampen, Autoreifen, Strümpfe etc., liegt nicht im Profitinteresse der Kapitalisten. Ihr Interesse nach langer Arbeitszeit und kurzlebigen Produkten steht dem Interesse der Lohnabhängigen nach langlebigen Produkten und kurzer Arbeitszeit entgegen.

Dieser fundamentale Widerspruch läßt sich nicht durch ein besseres Berufsausbildungsgesetz lösen, auf dessen Forderung sich Gewerkschaft und SDAJ beschränken. Dieses stabilisiert das System vielmehr, weil es vorgibt, mit der Abschaffung einiger Mißstände schon entscheidende Veränderungen durchgesetzt zu haben. Am Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital ändert sich aber nicht das geringste.

Durch die Störungen der beiden Freisprechungsfeiern versuchten wir das aufzuzeigen. Die erste Feier konnte erfolgreich gesprengt werden. Die zweite Aktion mißlang, weil sich nur 50 Genossen unter den 6000 Freizusprechenden befanden, die sich zudem einem riesigen Polizeiaufgebot gegenübersehen. Der Erfolg oder Mißerfolg — die Wirkung dieser Aktion — läßt sich nicht genau abschätzen. Ein Anwachsen der Basisgruppen wurde

Gegensatz zu den älteren Arbeitern verdienen die Lehrlinge nur einen Bruchteil, trotz später annähernd gleicher Arbeitsleistung und trotz der gleichen Bedürfnisse, die ihnen von der Werbung eingeredet werden. Sie müssen so dauernden Verzicht leisten.

#### Reaktionsweisen

Die Lehrzeit verhindert zu begreifen, was es heißt, über seine eigene Arbeitskraft zu verfügen, was es heißt, sich gegen die eigene und die Unterdrückung anderer zu wehren. Im Gegenteil, die einzige Erfahrung von menschlichem Zusammenleben ist die von Machtkonflikten, mit Aggression und Brutalität ausgetragen. Man akzeptiert die eigene Rolle als die Rolle des Schwächeren. Rocker beispielsweise finden es durchaus in Ordnung, daß sie eingelocht werden, wenn man sie beim Auto- oder Automatenknacken erwischt. Sie haben noch nicht begriffen, wer wie unterdrückt, und reagieren sprachlos ihre Aggression an ihrer Umgebung, der es auch nicht besser geht, oder untereinander ab. Im Betrieb der schwächste Lehrling zu sein, bedeutet dann auch, von allen anderen Lehrlingen verprügelt zu werden. Kaufmännische Lehrlinge reagieren durch andere Erziehung anders, weniger mit Gewalt als mit Intrigen. Sie sind auch bei der Basisgruppenarbeit viel ansprechbarer auf theoretisch-politische Aufklärung. Sobald in der Gruppe Bornheim Aktionen in die politische Praxis einbezogen wurden, verlagerte sich die Gruppenzusammensetzung zugunsten der gewerblichen Lehrlinge.

Wie hat die Praxis der Stadtteilbasisgruppen an diesem objektiven politischen Potential angesetzt?

dadurch nicht erreicht. In der nächsten Zeit werden die Stadtteilbasisgruppen sich verstärkt der Berufsschularbeit zuwenden, um die Lehrlinge noch während der Lehrzeit zu mobilisieren. Aus ähnlichen Gründen werden sie auch Agitation in den letzten Volksschulklassen betreiben.

#### Lehrlingsheime

Die Arbeit im Wohnbereich, in Lehrlingsheimen wurde uns praktisch aufgezwungen. Genossen drohte man den Rausschmiß aus einem Wohnheim und Einweisung ins Erziehungsheim an. Durch Interventionen beim Jugendamt und bei den Eltern erreichten wir, daß sie in Frankfurt bleiben und sich ein Zimmer nehmen konnten. In einem dieser Lehrlingsheime veranstalteten wir dann eine Fete; wir brachten Freibier mit, zeigten einen Pornofilm, diskutierten mit den Jugendlichen in kleinen Gruppen und zwangen schließlich den Heimleiter, das erste Mal den Heimbewohnern für sein autoritäres Verhalten Rede und Antwort zu stehen. Die Fete hatte großen Erfolg. Zahlreiche Lehrlinge wurden Mitglieder der Basisgruppe, die daraufhin in diesem Stadtteil entstand. Inzwischen fanden weitere Go-ins statt. Im Verlaufe unserer Arbeit stellte es sich heraus, daß wir von falschen Voraussetzungen ausgegangen waren. Das Wohnheim unterstand nicht dem Städtischen Jugendamt, wie wir angenommen hatten, sondern dem Katholischen Stadtjugendamt. Nur ein Drittel der Lehrlinge waren zwangsweise angewiesen worden, und nicht alle, wie wir angenommen hatten. Wir haben daraus gelernt, daß wir eigene Untersuchungen anstellen müssen, bevor wir beginnen, in einem für uns neuen politischen Bereich zu arbeiten. Die Sachsenhäuser Basisgruppe unternimmt zur Zeit eine Untersuchung über sämtliche Frankfurter Lehrlingswohnheime.

Als praktische Alternativen zu den Wohnhei-

täglichen Probleme zu erhalten, einzelnen bei Prozessen zu helfen und regelmäßig Diskussionen beziehungsweise Arbeitskreise zu machen. Die besondere Schwierigkeit besteht darin, sie aus ihrem Konsumentenverhalten herauszureißen, das heißt, gemeinsame militante Aktionen zu unternehmen, bei denen sie ihre körperliche Aggressivität auf geeignete Objekte richten können. (Ein einziges Mal ist es bei der Dörnigheim-Aktion gegen die griechischen Faschisten gelungen.) Im Idealfall müßte durch solche Aktionen eine unmittelbare Verbesserung der materiellen Situation der Jugendlichen erreicht werden.

#### Sexualarbeit

Eine solche sofortige Hilfe konnte durch einen Sexualarbeitskreis, den wir in einem der Jugendhäuser versuchten, nicht geleistet werden. Wahrscheinlich hätte selbst eine Pillenversteigerung keinen Erfolg gehabt, da die Vorurteile gegen die Antibabypille dort noch sehr verbreitet sind und sich nur wenige Mädchen im Heim aufhalten. Die Sexualität nimmt im Bewußtsein dieser Jugendlichen keine zentrale Stellung ein. So erwies sich der Sexualarbeitskreis als ziemlich unreflektierte Übertragung eines Modells von Schülern auf Jungarbeiter und Lehrlinge aus der Unterschicht. Im übrigen sind auch dort die Versuche einer politischen Sexualaufklärung gescheitert, weil die objektiven Schwierigkeiten einer agitatorischen Vermittlung von Sexualität und Herrschaft ungeheuer groß sind. Eine Arbeit mit Jugendlichen aus der Unterschicht hätte bei deren zentralen Problemen anzusetzen, die in Konflikten mit Jugendamt, Fürsorge, Polizei und Justiz bestehen.

#### Gewerkschaften / Ostermarsch

Am Vorabend des 1. Mai, auf einer Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend, gelang es uns nur unzureichend, eine Diskussion über die Stadtteilbasisgruppen zu führen, weil wir uns zuwenig vorbereitet und unsere Stärke unterschätzt hatten. Letzteres gilt auch für die 1.-Mai-Kundgebung der Gewerkschaft, die wir nur störten, wenn auch erheblich. Bei einer richtigen Einschätzung der Lage hätten wir darauf verzichtet, uns an die Gewerkschaft anzuhängen und eine eigene Veranstaltung gemacht. Die Propagierung des Stadtteilbasisgruppenkonzepts braucht nur so lange auf dem Veranstaltungen von traditionalistischen und reformistischen Organisationen zu erfolgen, wie die Stadtteilbasisgruppen nicht stark genug sind, eigene Veranstaltungen zu machen. Eine weitere Möglichkeit für die Stadtteilbasisgruppen, Aktionen zu machen und ihr Konzept zu propagieren, war der Ostermarsch („Der Ostermarsch ist tot — organisiert euch in Basisgruppen“). Der Erfolg war die Vergrößerung der schon bestehenden und die Entstehung einiger weiterer Basisgruppen. Außerdem wurde bekannt, daß sich bereits in einigen kleineren Städten Basisgruppen gebildet haben.

### Organisationsprobleme

Aus der Schwierigkeit, unreflektierte Verhaltensweisen und Bedürfnisse einzelner Mitglieder mit den praktisch-politischen Zielen der Basisgruppen zu vermitteln, ergeben sich verschiedene innere Probleme.

#### Unkontrollierte Aggressivität

Für manche von uns bietet die BG die Möglichkeit, Aggressionen, die durch Versagungen und Enttäuschungen in Betrieb, Schule oder Elternhaus erzeugt werden, an den Genossen auszulassen, weil sie solche Ausbrüche nicht unterdrücken können und auch nicht wollen. Wenn einzelne in dieser Weise die nicht repressive Atmosphäre in den Gruppen ausnutzen, behindern sie die Arbeit dadurch, daß sie sachliche Diskussionen stören und anderer-

Kampf- und Widerstandshandlungen scheuen, vor denen die proletarischen Genossen keine Hemmungen haben. Die Mittelständler verlieren ihre Scheu am ehesten durch politische Erfahrung des Erfolgs einer Aktion und besonders durch die Erfahrung terroristischer Gewalt von seiten der Polizei.

#### Schulung

Die hier genannten Probleme entstehen aus der Schwierigkeit, Theorie und Praxis zu vermitteln. Diese Schwierigkeit versucht man durch eine kontinuierliche Schulung zu überwinden, über die zur Zeit in den Stadtteilbasisgruppen diskutiert wird. Die theoretische Arbeit, die bisher schon geleistet wurde, beschränkt sich auf vereinzelte Ansätze. Man merkte, daß die Kenntnisse unzureichend waren, und griff ziemlich beliebige Themen und Texte heraus, die die Studenten der Gruppen für wichtig hielten. So war in Bornheim die Lektüre von Reiches „Sexualität und Klassenkampf“ oder der „Deutschen Ideologie“ in Niederrad einfach aufgesetzt. Zum einen setzten die Texte zuviel voraus und waren zum anderen nicht oder nur abstrakt mit den praktischen Zielsetzungen der Basisgruppen verbunden.

Die heutige Situation ist jedoch verändert. Durch das Unbehagen an Aktionen, deren theoretische Begründung nicht allen einsichtig ist, ist auch bei den „Aktionisten“ das Bedürfnis nach theoretischer Grundlage entstanden, das die einzelnen zu selbständigen Beurteilun-

keine neue Stelle suchten und sich mit Gammeln und Hasch eine Subkultur aufbauten, in der sie dann meist unpolitisch wurden. Wer privat lösen; er wird, wenn er sich von der revolutionären Bewegung löst, scheitern oder mit Scheinbefriedigung vorliebnehmen müssen. Aber es wäre unsinnig, den Genossen zu sagen: Gebt eure privaten Ansprüche gefälligst auf! Wir können den Widerspruch zwischen den individuellen Bedürfnissen nach unmittelbarer Befriedigung und den Notwendigkeiten der revolutionären Arbeit nicht auflösen, nach keiner Seite. Wir müssen ihn in dieser Scheißgesellschaft, aus der wir nicht herauspringen können, ertragen. Die einzelnen Genossen dazu zu befähigen, ist ein wesentliches Organisationsproblem der Basisgruppen, für die revolutionäre Politik nicht arbeitsteilig vom Privatleben abgespalten sein kann. Aus der Verurteilung der antiautoritären Subkultur kann man nicht einfach die Liquidierung der antiautoritären Phase fordern und als Heilmittel straffe Disziplin anbieten.

Ohne der Illusion zu verfallen, die Widersprüche des Kapitalismus im Leben des einzelnen aufheben zu können, und von den psychologischen Problemen die politische Arbeit verdrängen zu lassen, müßten die BG Formen des kollektiven Lebens suchen, die den einzelnen für die revolutionäre Politik stärken.

**Mitglieder der Stadtteilbasisgruppen**  
Bockenheim, Bornheim, Niederrad,  
Nordend

Die Buchhandlung  
für den Mediziner

# JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10  
Gartenstraße 134

## Frankfurter Rundschau

die große liberale tageszeitung, die zeitung, die von studentischen lesern bevorzugt wird. warum?

#### aktuelle information:

eigene korrespondenten und berichterstatler an den wichtigsten punkten des in- und auslands, täglich das weltgeschehen aus erster hand.

#### gründliche analyse:

leitartikel, glossen und kommentare von journalisten, deren namen über deutschland hinaus klang haben. die „dritte seite“ — als gütezeichen für sauberen, engagierten journalismus ein begriff.

#### mut zur offenheit:

unabhängig von parteien und interessengruppen, eine zeitung mit eigener meinung und dem mut, auch heiße eisen anzufassen. ein blatt, das kein blatt vor den mund nimmt.

eine zeitung mit mut — eine zeitung für Sie! bilden Sie sich selbst ein urteil. lesen Sie die FRANKFURTER RUNDSCHAU eine woche lang kostenlos und unverbindlich. gutscheln umseitig.

## Frankfurter Rundschau

vertriebsabteilung — 6 frankfurt am main 1 — postfach 3685 — telefon 21 99 513

### vorzugspreis für studierende

monatlich DM 3,15 als abholabonnement

monatlich DM 3,40 bei postzustellung

monatlich DM 3,80 durch träger

in berlin, bochum-querenburg, bonn, braunschweig, clusthal-zellerfeld, coburg, darmstadt, erlangen, frankfurt, freiburg, gleßen, göttingen, hamburg, heidelberg, karlsruhe, kiel, köln, mainz, mannheim, marburg, münchen, münster, nürnberg, sluttgart, lübingen, wehrda und würzburg können studierende die FRANKFURTER RUNDSCHAU bei autorisierten abholstellen erhalten, deren genaue anschriften wir auf wunsch gerne mitteilen.

# Von der antiautoritären zur sozialistischen Bewegung

Mit der Kritik an der Theorie und Praxis der Studentenbewegung wendete sich ein Teil der Ad-hoc-Gruppe Romanistik an die „Rote Presse-Korrespondenz“, „das Kampfblatt der sozialistischen Bewegung“. Wir haben diesen Anspruch ernst genommen und glaubten einen Artikel für die ganze linke Bewegung schreiben zu können. Drei verschiedene Fassungen wurden von einigen Autoritäten der Antiautoritären Bewegung abgelehnt: „Schematisch“ ... „theoretisch unter aller Kritik“, ... „ideologische Leerformeln, denunziatorisch, nichts über die Praxis! ...“, „wüste Leninzitate, Lenin ist wohl Eure Bibel!“. Der Kommentar zu einigen Mao-Tse-tung-Zitaten lautet: „Jede Bewegung hat ihre Säulenheiligen.“ „Die RPK ist nicht für Sektierer da.“ Wir haben aus der Ablehnung und ihrer Begründung gelernt, daß die RPK das Kampfbblatt einer Fraktion ist. Wir sind dabei, die organisatorischen Konsequenzen zu ziehen.

## I. Die alten Fehler in neuem Gewand

Auch die schönste revolutionäre Phrase kann nicht länger darüber hinwegtäuschen, daß sich die Studentenbewegung in einer Phase der Demobilisierung befindet. Dem hektischen Aktivismus einiger Altgenossen steht die Passivität der Mehrheit der „linken“ Studenten gegenüber. Selbstliquidierung der „Avantgarde“ (Strafverfahren, Relegation) bei gleichzeitiger Liquidierung der Basis (Schließung der Universität, das ist die „großartige Perspektive“, die sich heute anbietet. Resigniert arbeiten einige Genossen nur noch außerhalb der Universität in den Überbauberufen, um dort die alten Fehler zu wiederholen, oder sie gehen individuell in die Fabriken, um das Arbeiterdasein zu erleben. Mancher besonders frustrierte Antiautoritäre wirft sich sogar in die liebevoll geöffnete Arme der SEW.

Die Einsicht verbreitet sich, daß gewisse „Theorien“ der Studentenbewegung falsch sind, die „Theorien“ von der isolierten Veränderung der Hochschule, von der Intelligenz als dem Stellvertreter des Proletariats, von der Spontaneität, die „irgendwie“ die Arbeiterklasse ergreift. Die Hochschule kann nicht verändert werden, ohne daß die Gesellschaft verändert wird. Die Gesellschaft kann nicht allein von den Studenten verändert werden, sondern nur von der Arbeiterklasse. Den Arbeitern fällt die Revolution nicht vom Himmel, sie können sie nur durch den organisierten Kampf erringen. Dies sind fast schon Banalitäten, seit die Basisgruppen das Proletariat und die Germanisten die Berufspraxis „entdeckt“ haben. Aber hat man aus diesen für viele Studenten wahrhaft umwerfenden „Entdeckungen“, aus den richtigen abstrakten Einsichten auch die richtigen Konsequenzen gezogen, oder verbergen sich hinter dem „revolutionären“ Habitus nur die alten Fehler? Wir wollen dies anhand der jüngsten Vorstellungen von Berufspraxis und Basisarbeit prüfen.

Gewisse Leute reden davon, daß die Auseinandersetzungen an den Universitäten zum „unmittelbaren“ Kampf gegen das „Kapital“ geworden sind. Meinen sie als Studenten isoliert an der Universität revolutionär im marxistischen Sinne sein zu können? Wenn die proklamierte „Universität des Volkes“ erreicht werden soll, indem wir die Parole „Es wird eine Universität gegen den Kapitalismus geben oder keine“ verwirklichen können, wollen und sollen, als „Zerschlagung“, „vollständige Paralyse“ der Universität, so ist das bestenfalls ein Konzept für das nächste Se-

durch „die“ Produzenten, er erennt den anarcho-syndikalistischen Kampf zum einzig politischen und wendet sich antimarxistisch gegen die revolutionäre Diktatur des Proletariats. Das ist nur ein Umweg zum Reformismus: Die Kapitalistenklasse und ihre staatlichen Organe wiederlegen praktisch den Traum vom nur-gewerkschaftlichen, „revolutionären“ Kampf. Die Positionen von „Überbaurevolution“ und Ökonomismus gehen ineinander über wie Rechts- und Linksopportunistismus.

Es wurden im Beitrag „Bereitet im Studium revolutionäre Berufspraxis vor“ (Diskus 4) drei „Hauptquartiere“ erfunden. Hier soll nur auf das „dritte Hauptquartier“ eingegangen werden, das der revolutionären Jugendorganisationen. Diese Jugendorganisation gibt es, sie braucht nicht erfunden zu werden. Dieses „zu schaffende“ Hauptquartier ist die Rote Garde Berlin, und wer da meint, er könne mit der studentischen „Wir-sind-für-alles-zuständig-Ideologie“ dort landen, dürfte sich schwer tun, diese Jugendorganisation zum Objekt organisatorischer Bemühungen von Ad-hoc-Gruppen zu machen. Es gilt nun für die Ad-hoc-Gruppen nicht naiv-opportunistisch und voraussetzungslos mit ihnen „zusammenzuarbeiten“, sondern zu diskutieren, ob deren strategische Perspektive übernehmbar ist: Diese Gruppe versteht sich nicht als Haufen rebellisch-antiautoritärer Schüler, sondern als marxistisch-leninistische Jugendorganisationen. Sie haben begriffen, daß die Konflikte an Universitäten und Schulen nur als Kampf in Bereichen eines Sektors der kapitalistischen Gesellschaft ausgetragen werden können, geführt von einer zentralistischen „Organisation von Organisationen“, in der Kontrolle die andere Seite der Verbindlichkeit der Beschlüsse ist. Und sie haben begriffen, daß die Identifikation mit den Interessen des Proletariats für „die“ Studenten nicht organisatorische Einheit mit der Avantgarde des Proletariats meint.

Das 3-rote-Banner-Papier (Diskus 4) bestimmt Lehrer und Schüler als „Agenten eines Subjekts, das sie selber nicht sind“, das heißt einfach als Agenten des Proletariats. Dennoch aber ist die Konsequenz aus dieser „Erkenntnis“: „Zu denken wäre an eine Basisgruppe, die der Ad-hoc-Gruppe der Lehramtskandidaten direkt angeschlossen ist, die es Studenten ermöglicht, auf ein bis zwei Semester in einen Betrieb zu gehen, um da selbst Erfahrungen der Organisation und Kaderausbildung unter

## II. Die Organisationsfrage

Die Frage nach der Organisation der Studenten unabhängig von der Frage der Organisation des Proletariats stellen, heißt bereits sie falsch beantworten, denn dann unterstellt man schon die Studenten als selbständige Klasse oder gar als führende Kraft in der Revolution. Das Problem, das sich jedem „Linken“ zunächst stellen muß, ist folgendes: Braucht die Arbeiterklasse eine marxistisch-leninistische Partei, um in der Revolution den Sieg erringen zu können?

Die Antiautoritären meinen, es gehe auch ohne. Sie glauben, daß „Apparate“ sich unweigerlich verselbständigen und die Initiative der Massen lähmen. Unter der Unterdrückung im Kapitalismus leidend, haben sie eine Aversion gegen jede Disziplin. Ihr Grundfehler besteht darin, daß sie meinen, sich individuell oder in kleinen Gruppen antizipatorisch befreien zu können. Die Befreiung des Kleinbürgertums kann nur einhergehen mit der Selbstbefreiung des Proletariats.

Diese Selbstbefreiung kann nicht in einem einzigen spontanen Ausbruch geschehen. Die Kapitalisten konzentrieren eine ungeheure Macht in ihren Händen: staatliche Verwaltung, Polizei, Armee, Massenmedien. Sie treten nicht freiwillig ab, sondern werden auch den Bürgerkrieg riskieren, um sich an der Macht zu halten. Ihr Sturz kann nur das Ergebnis langwieriger Kämpfe sein, in denen sich das Klassenbewußtsein der Arbeiter festigt und sich die klassenbewußtesten Arbeiter zusammenschließen. Ihre Stärke ist ihre Geschlossenheit.

Die marxistisch-leninistische Partei ist der Ausdruck dieses einheitlichen Willens. Nur die Partei kann in jeder Teilbewegung die Interessen der Gesamtbewegung, des Endzieles vertreten. Nur die Partei kann die notwendige konspirative Arbeit in der Verwaltung, in Armee, Polizei usw. koordinieren. Nur die Partei kann die oppositionellen Schichten des Kleinbürgertums zum Bündnis mit dem Proletariat führen.

Disziplin und persönliche Freiheit bilden eine dialektische Einheit. Im „Haufen“ ist der einzelne der Manipulation durch „Rädelsführer“ ausgesetzt, er bleibt passiv. Man sehe sich die studentischen Vollversammlungen an. In der Organisation dagegen kann jeder mitdiskutieren, mitentscheiden und mitkontrollieren. Die Disziplin aller ist hier die Voraussetzung der Freiheit des einzelnen.

Spontaneität und Organisation bilden ebenfalls eine dialektische Einheit. Spontane Massenbewegungen gehen stets Perioden voraus, in denen organisatorische Arbeit und Agitation geleistet werden. Die dann spontan entstehenden Bewegungen können nur dann erfolgreich sein, wenn sie von bereits bestehenden Klassenorganisationen geleitet werden. „... an der Schaffung einer Kampforganisation arbeiten und politische Agitation treiben, ist unbedingt notwendig in jeder Situation, mag sie auch noch so ‚alltäglich, friedlich‘ sein, in jeder Periode, mag in ihr der ‚revolutionäre Geist‘ auch noch so ‚gesunken‘ sein; mehr als das: gerade in einer solchen Situation und in solchen Perioden ist die genannte Arbeit besonders notwendig, denn in der Zeit der Explosionen und Ausbrüche ist es schon zu spät, eine Organisation zu schaffen; sie muß in Bereit-

„linke“ Studenten ist ein Reflex ihrer Klassenbasis. Die meisten kommen aus dem Kleinbürgertum und werden kleinbürgerliche Berufe ausüben. Sie denken vor allem an ihre persönliche Freiheit, an die Interessen ihres Klüngels. Sie sind zwar zum Teil bereit, gegen die sie unterdrückende Diktatur der Bourgeoisie zu kämpfen, aber sie sind nicht willens, diese Diktatur durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen, dann müßten sie sich ja der proletarischen Disziplin beugen und auf manche Privilegien verzichten. Die Revolution darf niemals vom Kleinbürgertum geführt werden, da dieses als Klasse überhaupt kein Interesse an ihrem vollständigen Sieg hat. Nur das Proletariat kann die Revolution bis zu Ende führen, es hat keine Privilegien zu verlieren.

Natürlich kann der einzelne Kleinbürger auf den Standpunkt des Proletariats übergehen. Die Anerkennung der Notwendigkeit einer revolutionären Partei ist ein Prüfstein für die Scheidung zwischen kleinbürgerlichen und marxistisch-leninistischen Intellektuellen. Aber die verbale Anerkennung allein besagt noch nicht viel. Revisionisten und gewisse Trotzlisten reden auch viel von der Notwendigkeit einer Partei.

Die Führung von SEW, DKP und KPD erhofft sich alles vom „Beispiel“ der DDR. Sie kann sich Revolution in Deutschland allenfalls noch als Einverleibung in die DDR oder als Sieg in Parlamentswahlen vorstellen. Den Klassenkampf reduziert sie auf den „friedlichen Wettbewerb“ zweier Gesellschaftssysteme in der „technischen Revolution“ und zweier „Lager“ im Wahlkampf.

Gewisse Trotzlisten erwarten das Heil von der „Avantgarde“ der Intellektuellen, die die revolutionären Ideen in die Arbeiterklasse trägt. Sie haben kleinbürgerliche Vorstellungen von der wirklichen Bewegung des Klassenkampfes, von den möglichen Bündnispartnern des Proletariats und von der Machtausübung unter der Diktatur des Proletariats. In der alltäglichen Praxis sind sie rechtsopportunistisch und halten jede ökonomische Forderung für eine zwangsläufig politische. In Krisensituationen sind sie „links“-radikal und verwechseln die Teilbewegung (Intelligenz, fortgeschrittene Betriebe) mit der Gesamtbewegung.

„Links“-radikale und Rechtsopportunisten lösen auf entgegengesetzte Weise die dialektische Einheit von Partei und Massen auf.

„Linksradikale“ begreifen Klassenbewußtsein nicht als Prozeß mit Momenten, sie trennen sich „antizipatorisch“ von den Massen, von ihrem historisch-relativen Bewußtsein; sie „vergessen“, daß die Aufgabe kommunistischer Kader das praktisch-theoretische Aufbrechen des „stummen Zwanges der Verhältnisse“, die Erziehung zur Selbsterziehung der Massen sein muß. Die Rechtsopportunisten dagegen bleiben beim Kampf im Rahmen des Symptoms stehen, verkaufen die objektiven Interessen der Klasse für Zugeständnisse der Kapitalisten und machen aus dem Nichtüberschreiten des Kampfes im Rahmen des Systems revisionistische Theorien (Mitbestimmung). Ihre „revolutionäre Perspektive“ geht im historisch-relativen Bewußtsein der Massen auf.

Rechts- und Linksopportunisten haben eines gemeinsam: sie meinen, daß die Revolution

oder als Kader der sich im Klassenkampf herausbildenden Marxistisch-Leninistischen Partei den gewerkschaftlichen Kampf in ihren zukünftigen Überbauberufen, den Kampf am Arbeitsplatz politisch zu entwickeln und zu verschärfen, als „bewußte Träger des unbewußten politischen Prozesses“ (Streiks, Aktionen, Agitprop). Wie kann nun an den Universitäten gesichert werden, daß für weitere Studentengenerationen sich das problematisiert, wie es für uns zum Problem sich entwickelt hat?

Die Phase des „antiautoritären“ Kampfes an der Universität und an den einzelnen Instituten kann als beendet — wenn auch nicht als überwunden angesehen werden mit der „Entdeckung“, daß die Studienzeit nur eine Durchgangsphase ist. Unter diesem Aspekt hat sich jede studentische Politik an den „individuellen Perspektiven“ (vgl. Diskus 4, S. 6) zu situieren, indem sich diese in einer kollektiven Perspektive aufhebt. Diese Perspektive kann nur die jeweilige Berufspraxis sein. Die Loslösung von den objektiven studentischen Interessen — das zeigt die bisherige Praxis der Ad-hoc-Gruppen — läßt die Kadergruppen zu Sekten werden, die nicht mit der Masse der Studenten verbunden sind. Sozialistische und kommunistische Studenten, die sich als politische Avantgarde der Studenten begreifen, haben nicht stellvertretend für diese zu handeln, sondern als Kader deren praktisch-theoretisches Lernen zu initiieren, zu entwickeln und anzuleiten. Sie müssen die Studenten in den Lehrveranstaltungen agitieren, Propaganda und Schulung der Marxistisch-Leninistischen Studienkollektive für Kader und Sympathisanten betreiben.

Marxistische Wissenschaft muß als generelle Theorie und als Methode, d. h. als Fähigkeit, diese im Besonderen konkret anzuwenden zu können, von Arbeitsgruppen in möglichst jede Lehrveranstaltung eingebracht werden, unter Berücksichtigung der an den einzelnen Instituten entwickelten Möglichkeiten. Diese Arbeitsgruppen haben als Aufgabe, den ideologischen Kampf gegen den Dozenten und gegen Kommilitonen zu führen, sowie sich ergebende Auseinandersetzungen zu entwickeln und zu leiten. Spontaneität und Organisation bedingen schon auf dieser Ebene einander. Der ideologische Kampf der Arbeitsgruppen kann nur heißen: die Ausbildung der Studenten im Marxismus-Leninismus zu initiieren und zu leiten. Das bedeutet aber auch: die Gruppen können nicht Kommilitonen agitieren, wenn sie sich nicht selbst ausbilden — die kommunistische Theorie ist eine Wissenschaft. Das schließt mit ein die propagandistische Information über — als Teil der Vorbereitung auf — die Berufspraxis. Die Ad-hoc-Gruppen (Nachfolgeorganisationen) an anderen Instituten. Gruppen hätten in Projektgruppen Kampagnen zu organisieren (Prüfungen, Berufspraxis in Zusammenarbeit mit sozialistischen Schülern, Lehrern und der rev. Jugendorganisation), die Projekt- und Arbeitsgruppen zu koordinieren, in Verbindung mit anderen Ad-hoc-Gruppen (Nachfolgeorganisationen) und deren gesamtuniversitärer Vertretung.

„Antiautoritäre“ Konflikte an Instituten und in Lehrveranstaltungen sind weiterhin zu entwickeln und auszutragen sowie Kampf um „Reformen“ — um praktisch das ohnmächtige Bewußtsein der Studenten zu verändern, um unsere „Lehrerausbildung“ institutionell zu sichern und zu entwickeln. Aber Aktionen dürfen nicht länger Selbstzweck sein. Konflikte auf allen Ebenen und die daran

geben oder keine verwirklichen können, wollen und sollen, als „Zerschlagung“, „vollständige Paralyisierung“ der Universität, so ist das bestenfalls ein Konzept für das nächste Semester. Als „Strategie“ erfüllt es nur die Funktion, uns von der Perspektive des wirklichen Klassenkampfes abzulenken. Gerade diese Parole zeigt, daß man Marcuse immer noch nicht überwunden, wenn auch fallengelassen hat. Dahinter steht immer noch „die große Verweigerung“, als Synonym für „Widerstand“ (vgl. dazu den INFI-Beitrag in RPK). Dort heißt es anstelle „zentraler Organisation“ brauchten wir „zentrale Kampagnen“: „Massenaufklärung, moralische (!) Entrüstung, Identifizierung mit den sozialistischen (?) Zielen, Widerstand“. Wir meinen, daß mit diesen konterrevolutionären Scheißhausparolen die richtige Fragestellung nicht beantwortet ist. „Alle Berufspraxis ist nur insoweit revolutionär, als sie einen wie kleinen Beitrag auch immer zur Organisation und zum Sieg der Arbeiterklasse leistet.“ (Diskus 4/69: Bereitet im Studium revolutionäre Berufspraxis vor.)

Während einerseits die Rebellion im Überbau immer noch „kulturrevolutionär“ verabsolutiert wird, sehen andererseits andere (und sogar die gleichen Leute) die Aufgabe der Linken an der Universität darin, Nachwuchs in die Basisgruppen zu schicken. „Jeder Student ein Jahr in einem Betrieb...“ Aber als Hilfsarbeiter und schlecht oder gar nicht theoretisch ausgebildet, was soll er dort tun? Erleben wie das so ist, wenn man „Arbeiter“ ist, mit dem beruhigenden Bewußtsein der begrenzten Zeit im Betrieb? Und nach diesem Jahr? Wenn der studentische Kampf an der Uni immer noch verabsolutiert wird und damit die Klassenlage sozialistischer Studenten rationalisiert wird, so ist die Kehrseite davon der studentische Ökonomismus, der zu meinen scheint, daß Arbeiter-sein schon Revolutionär-sein heißt und damit das schlechte kleinbürgerliche Gewissen linker Intellektueller verdrängt. Dieser Ökonomismus überläßt objektiv „die Politik“ entweder den „Linken“ in der SPD-DGB und den Revisionisten (SEW/DKP), oder aber er träumt von der „unmittelbaren“ Aneignung der Produktionsmittel

ten direkt angeschlossen ist, die es Studenten ermöglicht, auf ein bis zwei Semester in einen Betrieb zu gehen, um da selbst Erfahrungen der Organisation und Kaderausbildung unter den Jugendlichen der Arbeiterklasse zu sammeln“ (RPK 12, S. 8). Die Studenten werden weiterhin als das wichtigste Element des Klassenkampfes gesehen; er entfaltet sich von den Ad-hoc-Gruppen her! Daran (!) angeschlossen eine Basisgruppe... Dort sollen sie Erfahrungen unter Arbeitern sammeln, mit denen sie im Beruf nichts mehr zu tun haben. Hier ist nämlich ihre Funktion, „in der Schülerschaft Aktivitäten zu fördern, die den Zusammenbruch des Kapitalismus und den Sieg des Proletariats zum Ziel haben“. (RPK 12, S. 7).

Es scheint so, als ob die antiautoritär-existenzielle Perspektive der ersten Phase des studentischen Kampfes trotz aller Verbalismen (Revolution, Proletariat, Organisation...) beibehalten wird. Das Gerede von „revolutionärer Berufspraxis“ und der „Revolutionierung der (Studenten-)Revolutionäre“ trennt Bewußtsein von der Praxis, „revidiert“ die marxistische These vom Proletariat als einzig objektiv revolutionärer Klasse und tut so, als sei der studentische Kampf, der aus besonderen Widersprüchen entstand, ein mikrokosmischer Klassenkampf. Aber in Universitäten und Schulen wird kein Mehrwert produziert, sie leben vielmehr vom umverteilten Mehrwert und helfen, den gesamtgesellschaftlichen Rahmen seiner herrschaftlichen Aneignung sichern und entwickeln. Es gibt hier keine revolutionäre Auflösung von Krisen. Aber gerade das scheinen die bisherigen Konzepte des „Studentensozialismus“ zu meinen.

„Wenn wir die Ursachen der Fehler, die wir begangen haben, untersuchen, zeigt sich, daß sie alle entstanden sind, weil wir uns von den zur gegebenen Zeit und am gegebenen Ort herrschenden realen Verhältnissen losgelöst und die Richtlinien für unsere Arbeit subjektiv festgelegt haben... Mit Idealismus und Metaphysik kommt man in der Welt am leichtesten durch; denn man kann dann soviel Unsinn zusammenschwätzen, wie man nur will, ohne sich auf die objektive Realität stützen zu müssen und ohne der Prüfung durch diese unterworfen zu sein“ (Mao Tse-tung).

den Perioden ist die „Kritik“ nicht notwendig, denn in der Zeit der Explosionen und Ausbrüche ist es schon zu spät, eine Organisation zu schaffen; sie muß in Bereitschaft stehen, um sofort ihre Tätigkeit entfalten zu können.“ (Lenin, „Was tun“.)

Die Mairevolte in Frankreich, auf die sich manche Spontaneitäts„theoretiker“ gern berufen, ist das beste Beispiel für unsere These. Die Studentenrebellion konnte auf die Arbeiter übergreifen, weil diese, im Gegensatz zu Deutschland, in Klassenorganisationen zusammengeschlossen sind, die sich noch verbal auf den Marxismus berufen und die zumindest noch einen ökonomischen Klassenkampf führen. Die Bewegung konnte so schnell gestoppt werden, weil die Führung dieser Organisationen in den Händen von Rechtsopportunisten ist, die auf Weisung der Machthaber in der UdSSR ihren Frieden mit den Kapitalisten geschlossen haben.

Marxistisch-leninistische Parteien werden nicht automatisch zu revisionistischen. Es gibt kein Naturgesetz, nach dem „Apparate“ sich zwangsläufig verselbständigen. „Apparate“ sind nicht das Böse an sich, das fortwährend nur Böses gebiert. Ob eine Partei sich von den Massen isoliert, hängt von dem Ausgang des ideologischen Kampfes zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Linie innerhalb der Partei ab. Diese Kämpfe zwischen zwei Linien wird es immer geben, aber wenn die proletarische Linie sich auf die richtige Theorie und Praxis stützt, wird sie siegen, und die Partei wird nicht degenerieren. Der Sieg der großen proletarischen Kulturrevolution in China beweist, daß die bürgerliche Linie in der Partei niedergekämpft werden kann.

Die Leugnung der Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Partei durch viele

tionäre Perspektive“ geht im historischen realen Bewußtsein der Massen auf.

Rechts- und Linksoportunismus haben eines gemeinsam: sie meinen stellvertretend für das Proletariat handeln zu müssen, anstatt sein Klassenbewußtsein entwickeln zu helfen, seine Selbsterziehung zu initiieren und anzuleiten. „Jede Tätigkeit, bei der die Teilnahme der Massen erforderlich ist, wird zu einer bloßen Formsache werden und Schiffbruch erleiden, wenn das Bewußtsein und der Wille der Massen fehlen... Hier gibt es zwei Prinzipien. Das eine lautet: Man muß von den realen Bedürfnissen der Massen ausgehen, nicht aber von solchen, die wir uns einbilden. Das andere besagt: Die Massen müssen es selbst wünschen, der Entschluß muß von den Massen selbst gefaßt werden, nicht aber von uns an ihrer Statt. Wenn das Bewußtsein der Massen noch nicht geweckt ist und wir dennoch einen Angriff unternehmen, dann ist das Abenteuerium. Wenn wir die Massen stur zu etwas veranlassen, das sie selbst nicht zu tun wünschen, so wird das Ergebnis unweigerlich eine Niederlage sein. Wenn die Massen vorwärtsmarschieren wollen, wir aber nicht weitergehen, dann ist das Rechtsopportunistikum“ (Mao Tse-tung).

Revisionisten und Trotzkisten verbergen ihre Abkehr von den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus unter dem Deckmantel einer Kritik am „Stalinismus“: Fehler Stalins werden zum Vorwand genommen, den Marxismus zu revidieren. Die „Links“radikalen sind nicht in der Lage, den Revisionismus wirksam zu bekämpfen, da sie ja den gleichen Fehler begehen: Die Verabsolutierung der relativen „Integration“ eines Teiles der Arbeiterklasse in das Kleinbürgertum. Diesen Fehler haben sie übrigens mit bürgerlichen Soziologen gemeinsam.

### III. Die revolutionäre Perspektive für Lehrer und Studenten

Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch den Übergang der Studentenbewegung von der antiautoritären zur sozialistischen Phase. Die erste Phase ist von vielen bisher nur in der Phrase überwunden worden, sie muß endlich in Theorie und Praxis liquidiert werden. Niemand leugnet die historische Berechtigung und die historischen Verdienste der vergangenen Phase, niemand leugnet, daß auch künftig „antiautoritäre Aktionen“ notwendig sein werden, nur müssen sie sich einer revolutionären Perspektive unterordnen. Durch die antiautoritäre Bewegung haben viele den Charakter des Kapitalismus erkannt, jetzt muß bewußt gemacht werden, wie er beseitigt werden kann.

Eklettizismus in ideologischen Fragen (ein bißchen Mao, ein bißchen Marcuse, ein bißchen Marx), Improvisation und informelle Organisation, was in der Vergangenheit schwer zu vermeiden war, müssen jetzt bekämpft werden. Reorganisation und Kampf gegen alle Formen bürgerlicher Ideologie stehen jetzt auf der Tagesordnung. Wir müssen begreifen, daß Handwerkelei nur die andere Seite des ideologischen „Sumpfes“ ist. Wer die Frage nach der Organisation der Studenten unabhängig von der Frage des ideologischen Kampfes innerhalb der Bewegung stellt, geht formal an das Problem heran und wird scheitern. Organisationseinheit kann nicht mehr heißen umstrukturierter „Haufen“ all jener, die „dagegen“ sind, sondern nur Einheit in der Verschiedenheit auf der Basis des ideologischen Kampfes um die richtige Linie. Aufgabe sozialistischer Lehrer ist die politische Entwicklung des gewerkschaftlichen Kampfes

sichern und zu entwickeln. Aber Aktionen dürfen nicht länger Selbstzweck sein. Konflikte auf allen Ebenen und die daran ansetzende Agitation und Propaganda bedingen einander. Die falsche Alternative „Seminar marxismus“ oder „Aktionen“ hebt sich auf. Die Möglichkeit der Entwicklung von Konflikten hängt vom Stand unserer Agitation ab (Streik, Prüfungsboykott...), die Quantität der an ihnen Teilnehmenden ist ein qualitatives Moment: Je mehr Kommilitonen ideologisch neutralisiert sind, desto besser (das gilt besonders hinsichtlich möglicher Formierungen von mit Scheinentzug und ähnlichem erpreßten Studenten gegen die „Linken“); je mehr wir überzeugt haben, desto mehr nehmen an Aktionen teil, das heißt desto geringer ist das Risiko („Rädelsführertheorie“) für den einzelnen — je geringer das Risiko für den einzelnen, desto mehr nehmen teil, desto mehr lernen und fangen an zu lernen.

Wie in der „APO“, so wird auch in den Ad-hoc-Gruppen-Nachfolgeorganisationen die Frage der Aktionseinheit der sich herausbildenden Fraktionen immer wichtiger. Auf Institutionsebene formierten sich Fraktionen bisher meist aus taktischen Differenzen heraus. Jetzt aber geht es nicht darum, daß jede Fraktion ihre eigene Massenorganisation gründet — das wäre Sektierertum — sondern, daß die ideologischen Auseinandersetzungen in einer gemeinsamen Massenorganisation ausgetragen werden.

Aus dem Institutspartikularismus herauskommen heißt, für die Ad-hoc-Gruppen sich selbst zu verändern. Damit ist nicht das Erfinden neuer Organisationsformen gemeint, sondern das Konsequenzen-Ziehen aus der Tatsache, daß die alte Ad-hoc(!)-Gruppen-Ideologie uns praktisch widerlegt worden ist, das heißt, den Prozeß von der „antiautoritären“ zur sozialistischen Studienbewegung voranzutreiben und das Wichtigste der ersten Phase zu bewahren, die Verbindung zu der Masse der Studenten. Das bedeutet: die Studenten eines Instituts und der Universität als allgemeinpolitische, linke Bewegung zu organisieren, und damit die Voraussetzung schaffen zur Arbeit von in Fraktionen organisierten sozialistischen und kommunistischen Kadern. Aus dem Institutspartikularismus herauskommen heißt für die Nachfolgeorganisationen der Ad-hoc-Gruppen: Verbindung untereinander, zu sozialistischen Lehrern und zu der marxistisch-leninistischen Jugendorganisation, das heißt: den Kampf und die theoretische Arbeit auf Instituts- und Universitätsebene nicht mehr subjektivistisch als „unmittelbaren Klassenkampf“ auszugeben, sondern endlich als Arbeit auf einem Sektor des politischen Klassenkampfes, in der Perspektive einer revolutionären „Organisation von Organisationen“ zu begreifen, einer Partei, in der dann auch Lehrer und Studenten kämpfen.

**Marxistisch-Leninistische Studentengruppe (MLS) an der FU Berlin.**  
**Kontaktadresse: Andreas Illner**  
**1 Berlin 20, Wunsdorfer Platz 14**  
**Telefon 361 24 51**

<b>DISKUS</b>	<b>GUTSCHEIN</b> für eine kostenlose probelleferung	<b>F</b>
<p>ich bin noch nicht abonnent der FRANKFURTER RUNDSCHAU und möchte sechs tage kostenlos und unverbindlich die FRANKFURTER RUNDSCHAU lesen.</p> <p>im anschluß an die 6-tage-probelleferung wünsche ich:</p> <p><input type="checkbox"/> weiterlieferung zum vorzugspreis für studenten für monatlich: DM 3,15 im abholabonnement — DM 3,40 bei postzustellung — DM 3,80 durch träger *</p> <p><input type="checkbox"/> vorerst keine weiterlieferung (gewünschtes bitte im <input type="checkbox"/> mit einem x versehen)</p> <p>vor- und zuname: _____</p> <p>hochschule (kurzname), fakultät: _____</p> <p>wohnort, zustellpostamt: (            ) _____</p> <p>straße, hausnummer, zimmer: _____</p> <p>studienbestätigung (stempel): _____ datum _____</p> <p>(kann auch nachgereicht werden!) _____ unterschrift _____</p> <p>wir bitten Sie um vollständige und deutliche eintragungen. * (trägerzustellung ist nur in/um frankfurt möglich)</p>		

Buchhandlung für  
 Universitätswissenschaften  
 Bockenheimer Landstr. 133  
 Zentrale: Steinweg 3 · Ruf \* 28 76 41  
 Taschenbuchhandlung: Jügelstraße 1

# Peter Naacher

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit  
 Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

# Kampf zweier Linien

Am 6. 5. 1969 hatte die D„K“P in Düsseldorf einen Diskussionsabend über China angesetzt. Zwar hat es schon oft mehr oder weniger öffentliche Diskussionen zwischen Anhängern der alten KPD und der D„K“P und den als „Maoisten“ diffamierten Marxisten-Leninisten gegeben, auch gibt es seit dem 20. Parteitag der KPdSU eine Auseinandersetzung in Schriften und Flugblättern zwischen den Vertretern beider Linien.

Erstmalig aber wagte es die D„K“P auf einer öffentlich breit angekündigten Veranstaltung, die Politik der VRCH zu kritisieren. Offenbar sollte die Diskussion exemplarischen Charakter haben, in Düsseldorf befindet sich der D„K“P-Vorstand, Referent war ein Vorstandsmitglied.

Im Rhein-Ruhr-Gebiet wird sich für Westdeutschland entscheiden, wo sich die kommunistisch organisierbaren Arbeiter zusammenschließen werden.

Der Stein, den die Revisionisten erhoben, sollte offenbar die KPD/ML treffen, er fiel auf ihre eigenen Füße zurück.

## Der Veranstaltungsverlauf:

Anwesend waren D„K“P-Redner, schweigende Mitglieder der beiden revisionistischen Parteien, zwischenrufende und argumentierende KPD/ML-Mitglieder und Sympathisanten sowie tumultauslösende Antiautoritäre. Die D„K“P gab sich auffallend liberal und diskussionsbereit. Der Referent sprach bei gelegentlichen Unterbrechungen zu Ende, in der Diskussion konnte er in einigen „Fakten“-Fragen und auch in einigen grundsätzlichen Punkten widerlegt werden. Es gab hin und wieder leichte Tumulte, die den Wirt des Lokals veranlaßten, bereits zwei Stunden nach Beginn „Feierabend“ zu brüllen, was den Veranstalter offenbar sehr gelegen kam.

Auf der Straße ergaben sich dann Diskussionsgruppchen mit einfacheren Mitgliedern der beiden revisionistischen Parteien. Dabei zeigte sich bei den meisten Mitgliedern der Widerspruch zwischen der starken Gefühlsbindung an die illegale KPD und der immer deutlicheren Einsicht in deren revisionistische Politik.

Außerdem gibt es einen Widerspruch zwischen Mitgliedern, die tatsächlich den Imperialismus friedlich zerstören wollen, und solchen, die dies zwar für möglich halten, aber meinen, man dürfe dem Proletariat heute noch nicht sagen, daß nur die gewaltsame Revolution Erfolg haben kann. (Widerspruch zwischen Verträgen und Opportunisten.)

## Die Grundfrage

Es ist anzunehmen, daß diese Veranstaltung an anderen Orten wiederholt werden sollte, wäre sie für die D„K“P erfolgreich verlaufen. Selbst wenn die D„K“P sich jetzt vorläufig zurückhält, so geht der zähe Kampf an der ideologischen Front doch weiter und muß mit aller Energie geführt werden.

Grundsätzlich geht es dabei um die Frage, wo heute das Zentrum der Weltrevolution liegt, in der SU oder in der VRCH, ob die Weltrevolution unter der Führung der Parteien siegen kann, die sich in Worten auf Marx, Engels und Lenin berufen, aber in Taten allerorts mit den Imperialisten paktieren, oder von den Parteien, die die revolutionäre Linie von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-

tenzeit erkennbaren „großen Fähigkeiten“. Solche Schriften versuchen krampfhaft auf einem Huhn einen Adler zu machen. Würde je ein Marxist-Leninist irgendwo auf der Welt auf die Idee kommen, ein solches Buch über Vorsitzenden Mao zu schreiben? Natürlich nicht. Kein Marxist-Leninist interessiert sich für Mao Tse-tungs Privatleben. Nur kleinbürgerliche Journalisten versuchen Histörchen über Mao zu verzapfen.

Mao Tse-tung hat als Vorsitzender der KPCH und schon vorher als führendes Mitglied entscheidend zum Sieg der chinesischen Revolution beigetragen, das chinesische Volk verehrt ihn deshalb zu Recht. Mao Tse-tung ist mit Marx und Lenin in eine Reihe zu stellen, er konnte die revolutionären Erfahrungen des chinesischen Volkes, der Roten Armee und der KPCH zusammenfassen.

Es beschleunigt die Weltrevolution, wenn seine Lehren auf der ganzen Welt an alle fortschrittlichen Kräfte verbreitet werden. Darum werden seine Schriften auf dünnem, festem Papier gedruckt, mit billigem Einband und in kleinen Formaten verbreitet, so daß man sie überall lesen kann, in den Kampfpausen im Volkskrieg, in den Arbeitspausen im Betrieb, unter den Schulbänken, in der Straßenbahn, in Studienkollektiven, im Gefängnis, wo immer man sich befindet.

Immer mehr Kämpfer an allen Fronten der Weltrevolution erkennen dies, sie tragen das Bild von Mao Tse-tung als Zeichen für den unvermeidlichen Sieg der Weltrevolution.

Wo also wird Personenkult getrieben?

## Schwankende Politik der KPCH

Bei dieser Behauptung versuchen sich die Revisionisten in Geschichtsanalyse. Sie behaupten, der „große Sprung nach vorn“ sei ein Fehlschlag gewesen und wäre korrigiert worden. Sie kritisieren, daß der 9. Parteitag nicht 2 Jahre nach dem 8. Parteitag stattfand, wie es das Parteistatut vorsieht, sondern 13 Jahre. Sie behaupten, auch die große proletarische Kulturrevolution sei eine Korrektur einer zunächst richtigen Linie gewesen. Sie versuchen an Hand eines Zitats von Mao nachzuweisen, daß er schon vor 13 Jahren die Klassenkämpfe in China im wesentlichen als beendet ansah. Das vollständige Zitat heißt:

„Heute ist die Lage so: Der stürmische, umfassende Klassenkampf, wie er von den Massen geführt wurde, ist im wesentlichen abgeschlossen, doch der Klassenkampf ist noch nicht ganz beendet; die breiten Massen begrüßen einerseits das neue System, sind aber andererseits noch nicht an dieses gewöhnt.“ (Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke, Seite 27, Rede von Mao Tse-tung, 27. 2. 1957.)

Jetzt sollten plötzlich wieder Klassenkämpfe aufbrechen, wo die Bourgeoisie doch gar keine ökonomische Basis mehr hätte!

Dazu sagte Mao (ebendort, S. 25): „Aber das Vorhandensein bürgerlicher Ideologie, eines gewissen bürokratischen Arbeitsstils in unseren staatlichen Organen und von Unzulänglichkeiten in gewissen Kettengliedern unseres staatlichen Systems steht gleichfalls im Widerspruch zur sozialistischen ökonomischen Basis.“

Grundsätzlich widerspricht es nicht dem Marxismus-Leninismus, wenn eine Partei ihren Kurs korrigiert, es fragt sich, ob die Korrektur richtig oder falsch ist.

selbst viele Wasserstoffbomben der US oder SU seine Wirtschaft nicht zerstören können.

Die Kritik am Verstoß gegen das Parteistatut ist formale Kritikelei, schließlich hat es in der Zeit zwischen dem 8. und 9. Parteitag umfassende Kämpfe der Massen in China gegeben, ein langes Ringen um die richtige Linie in der Partei durch Kritik an vielen mittleren und hohen Funktionären, die schließlich zu einer völligen Änderung der Machtverhältnisse zu Gunsten der proletarischen Linie führten. Man kann sich vorstellen, wie hämisch alle Konterrevolutionäre und Revisionisten der ganzen Welt über einen chinesischen Parteitag der Zerrissenheit gegeistert hätten.

Lenin hat immer wieder darauf hingewiesen, daß nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats die bürgerlichen Kräfte noch Generationen lang kämpfen würden, mit den vielfältigsten Mitteln. In keinem Land können die Klassenkämpfe beendet sein, bevor nicht die Diktatur des Proletariats auf der ganzen Welt lange Zeit bestanden hat.

In der SU wurde diese Lehre in den Wind geschlagen, die bürgerlichen Kräfte konnten nach dem Tod Stalins wieder die Macht übernehmen. Mao Tse-tung entwickelte Lenins Lehren weiter zu der vollständigen Theorie von der Weiterführung der Revolution unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Das grundlegende Werk ist „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“ von 1957.

Natürlich muß ein Revisionist diese Lehren bekämpfen, er bekämpft damit Lenin.

Der 9. Parteitag fand zum Abschluß der Kulturrevolution statt, die KPCH ist geeint wie nie und konnte daher klare und eindeutige Antworten auf die Fragen geben, die alle Revolutionäre der Welt bewegen.

## Die Spalter

Wer die Frage beantworten will, wer die Kommunistische Internationale gespalten hat, die KPdSU oder die KPCH, der muß untersuchen, wer von der revolutionären Linie des Marxismus-Leninismus abgewichen ist, derjenige ist nämlich der Spalter.

Eine solche grundsätzliche Diskussion muß ein Revisionist natürlich vermeiden, würde er sich doch bei jedem Satz entlarven. An diesem Punkt sind die Revisionisten am stärksten darauf angewiesen, einfach grobe Lügen aufzutischen.

Standardlüge 1: die russischen Waffentransporte nach Vietnam würden in China behindert oder gar gestoppt. Die nordvietnamesische Regierung hat dies als ein bösesartiges Gerücht bezeichnet. (Die entsprechende Presseagenturmeldung wurde allerdings nur in „Le Monde“ veröffentlicht.)

Standardlüge 2: chinesische Truppen seien auf die russische Insel „Damanski“ eingedrungen, um die SU im Moment der „Berlin-Krise“ unter Druck zu setzen.

Da die liberale bürgerliche Presse hierzu weitgehend richtig berichtet hat, genügt es, auf folgendes hinzuweisen:

Tschen-Pao liegt auf der chinesischen Seite des Grenzflusses sowohl von der Fahrtrinne als auch von der Flußmitte. Nie hätte es Streit um diese Insel gegeben, wäre sie nicht von der SU aus zu einer Festung gegen die VRCH ausgebaut worden, von der aus Angriffe gegen das Festland geführt wurden. Jedermann weiß, daß es schon lange solche Kämpfe gibt und daß die SU sie jetzt gerade hochspielte, um ihre Niederlage in Berlin zu verdecken bzw. zu entschuldigen. Die Breschnew-Clique brauchte einen Sündenbock dafür, daß es ihr trotz Säbelgerassel nicht gelang, die Präsidentenwahl in West-Berlin zu verhindern. Die bürgerliche Presse ist immer besser in der Lage, die sowjetische Politik zu erklären, denn die wird immer bürgerlicher.

# Neuerscheinungen Juni 1969

**Stanley Moore**

## Zur Theorie politischer Taktik des Marxismus

Aus dem Englischen von Helmut Reinicke  
96 Seiten, Snolin-Broschur 9 DM

**Gajo Petrovic**

## Wider den autoritären Marxismus

Aus dem Amerikanischen von Meino Büning  
128 Seiten, kartoniert 12 DM

**Roger Garaudy**

## Die Aktualität des Marxschen Denkens

Aus dem Französischen von Gertrud Müller  
224 Seiten, kartoniert 18 DM  
Kritische Studien zur Philosophie

## Bildungspolitische Probleme in psychologischer Sicht

Herausgegeben und eingeleitet von Kurt Aurin  
212 Seiten, kartoniert 20 DM  
Politische Psychologie Band 7

**Werner Thönnessen**

## Frauenemanzipation

Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie  
zur Frauenbewegung 1863–1933  
192 Seiten, Snolin-Broschur 12 DM

**Karl Griewank**

## Der neuzeitliche Revolutionsbegriff

272 Seiten, kartoniert 15 DM, Leinen 22 DM  
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

## Politikwissenschaft

Eine Einführung in ihre Probleme  
Herausgegeben von Dieter Senghaas und Gisela Kress  
432 Seiten, kartoniert 23 DM, Leinen 32 DM  
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

**Dieter Senghaas**

## Abschreckung und Frieden

siegen kann, die sich in Worten auf Marx, Engels und Lenin berufen, aber in Taten allerorts mit den Imperialisten paktieren, oder von den Parteien, die die revolutionäre Linie von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung verfolgen.

Um diese Frage versuchen Revisionisten sich zu drücken, sie ist ihnen peinlich, denn hier zeigt sich besonders deutlich, daß sie die Linie des Marxismus-Leninismus revidiert haben. Um doch noch einen Erfolg bei kritischen Liberalen und revolutionär gesonnenen Antiautoritären zu erringen, versuchen sie nach Art bürgerlicher Presseberichte die Politik der VRCH zu diffamieren: durch voneinander isolierte richtige und falsche Informationen, vermischt mit Appellen an Vorurteile, gezielt eingesetzte Zitatbruchstücke und formale Kritikei, genau wie es der „Spiegel“ so elegant vormacht.

**Die Grundfrage nach der Weltrevolution wird durch Argumentationen umgangen, die sich im wesentlichen in drei Bereiche einteilen lassen: die Behauptung vom Personenkult, die Behauptung von der schwankenden Politik der KPCH und die Behauptung der kleinbürgerlich-nationalistischen Spaltung der Kommunistischen Internationale durch die KPCH.**

## Personenkult

Dies Argument richtet sich an alle, die auf die Anti-Stalin-Hetze hereingefallen sind, die der bürgerlichen Gleichsetzung von Hitler und Stalin keine klare historische Analyse entgegenzusetzen können, also vorwiegend an Liberale und Antiautoritäre. Stalins Name wurde hierbei freilich nicht erwähnt, denn viele alte Genossen erinnern sich nur ungern daran, wie die Chruschtschow-Clique die Fehler Stalins zu einer wütenden Hetzkampagne ausnutzte, um die unter der Führung Stalins im Prinzip noch richtige Politik der KPdSU um 180 Grad zu wenden und sich den Imperialisten anzubiedern

Der D„K“P-Redner tischte dazu folgende „Fakten“ auf: er habe selbst bei einem kürzlichen Chinabesuch gesehen, daß Marx, Engels und Lenin dort nicht mehr im Buchhandel erschienen.

Das kann nicht wahr sein, wie wäre dies damit zu vereinbaren, daß gerade Lin Biao bei seinem Bericht zum 9. Parteitag ausführlich Marx, Engels und Lenin zitiert? Dieser Bericht wurde in China und im Ausland rasch und umfassend verbreitet (Beilage zur Peking-Rundschau 17/69).

Weiter behauptete er, die Mao-Tse-tung-Ideen seien auf dem 9. Parteitag als allein richtungweisend erklärt worden. Ein kurzer Blick auf das Pressecommuniqué des 9. Parteitags vom 24. April zeigt, daß der Marxismus, Leninismus und die Mao-Tse-tung-Ideen als richtungweisend für die Weltrevolution erklärt werden (ebenfalls Beilage zur Peking-Rundschau 17/69).

Die Revisionisten sagten auch etwas von „Mao-Altären“ in jedem Schaufenster Pekings, verglichen das ständige Studium der Schriften des Genossen Mao mit dem christlichen Morgengebet und nannten das rote Buch eine Bibel.

Man muß hier unterscheiden zwischen Mao Tse-tung als Privatperson und als führendes Mitglied und Vorsitzendem der KPCH und Theoretiker der Weltrevolution.

Über Kiesinger, Ulbricht und andere imperialistische Hauptlinge gibt es Biographien. Sie werden kostbar gebunden, auf Feiern verschenkt, zieren bürgerliche Bücherschränke und werden außer von einigen Arschkriechern oder Satirikern nicht gelesen. Solche Lebensdarstellungen enthalten viel über die persönlichen Gefühle der Hauptlinge in „schicksalhaften Stunden“, über ihre besonderen Neigungen (Mozart, Sauerkraut, Mini-golf), ihre Krankheiten, Familienergebnisse und ihre schon in der Schüler- und Studen-

Basiss. Grundsätzlich widerspricht es nicht dem Marxismus-Leninismus, wenn eine Partei ihren Kurs korrigiert, es fragt sich, ob die Korrektur richtig oder falsch ist. In der Tat bedeuteten weder der große Sprung nach vorn noch sein Abschluß, noch die große proletarische Kulturrevolution, noch ihr Abschluß eine Korrektur der richtigen marxistisch-leninistischen Linie. Der „große Sprung“ entwickelte sich aus dem spontanen Wunsch der chinesischen Volksmassen, die Industrialisierung so rasch wie möglich voranzutreiben. An vielen kleineren Orten wurden „unrentable“ kleine Hochöfen gebaut. Wenn diese Hochöfen insgesamt zunächst auch weniger produzierten als ein zentrales „chinesisches Ruhrgebiet“ es hätte können, und später ein Teil dieser Volkshochöfen wieder stillgelegt wurde, so war es doch richtig, daß die KPCH diese Massenbewegung unterstützte: Der große Sprung bedeutete eine breite Ausdehnung technischen Wissens und Selbstvertrauens, die Grundlage für gewaltige wirtschaftliche Fortschritte war. Damit wurde auch vorbereitet, daß China sich heute in so viele kleine autonome Gebiete gliedert, daß

## Aufruf

Alle Beweisführungen und Argumente, die natürlich noch viel gründlicher entfaltet werden können, stoßen bei kleinbürgerlichen Demagogen und Häuptlingen in der D„K“P und „K“PD auf taube Ohren. Ihre revisionistische Unbelehrbarkeit hat eine ökonomische Basis: alle höheren Funktionäre sind direkt von den Unterstützungsgeldern aus der DDR abhängig, viele kleine Funktionäre verdanken der Partei wenigstens ein Pöstchen, z. B. als Vertrauensmann in einem Betrieb mit relativ starker kommunistischer Basis.

Aber wir dürfen nicht übersehen, daß es in der D„K“P und insbesondere der illegalen „K“PD noch viele gute Genossen gibt, die zwar von ihren Häuptlingen beeinflusst sind

und trotz einer starken Unzufriedenheit mit dem revisionistischen Kurs der beiden Parteien noch keine Organisation als Alternative finden können. Diese Genossen haben gute Aussichten zu erkennen, wer die Spalter sind und welche Bedeutung die Lehren Mao Tse-tungs für uns haben und die richtigen Folgerungen aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Andererseits gibt es unter den „Antiautoritären“ viele ernsthaft arbeitende Genossen, die zunächst aus einem allgemeinen politischen Interesse die Schriften Mao Tse-tungs lesen, ihre Bedeutung auch ungefähr einschätzen, aber noch nicht in der Lage sind, sie schöpferisch in der Praxis anzuwenden.

Jetzt gehen sie sogar so weit, daß sie den „Maoisten“ die Aktionseinheit anbieten. Darauf gibt es nur eine richtige Antwort: Aktionseinheit im Kampf gegen den Imperialismus: jederzeit und mit jedem, der diesen Kampf auch tatsächlich führt, auch in einzelnen Punkten. Jedes andere Bündnis mit den Revisionisten, daß schließlich auch Thyssen mit einbeziehen würde, da er mit Unterstützung der deutschen „Kommunisten“ ein langfristiges Projekt zur Ausbeutung russischer Arbeiter und Absatzmärkte entwickeln durfte, ist nicht drin.

**Organisiert das Studium des Marxismus, Leninismus und der Mao-Tse-tung-Ideen.**

**Unterstützt die KPD/ML in ihrem Kampf gegen den Revisionismus.**

Uwe Greiner

## AUTOMOBILISTEN-ABC



## AFFENZAHN

Jene präzise Maßeinheit, die Fußgänger grundsätzlich an motorisierte Verkehrsteilnehmer, Autofahrer jedoch nur an schnellere Standesgenossen anlegen. Unser Bild (links) zeigt einen Schimpansen-zahn. Lit.: W. Knubbel „Der Affenzahn als sozio-historisches Phänomen“, 1929.

## FAHRSCHULE POHL

6 Frankfurt a. M. • 1 Minute von der Uni • Bockenheimer Landstraße 113 • Tel.: 7791 40

## DIE FAHRSCHULE DER STUDENTEN

Dieter Senghaas

## Abschreckung und Frieden

Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit  
320 Seiten, kartoniert 18 DM, Leinen 26 DM  
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Walter Euchner

## Naturrecht und Politik bei John Locke

312 Seiten, kartoniert 22 DM, Leinen 30 DM  
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

## Die arabische Linke

Herausgegeben und eingeleitet von Bassam Tibi  
176 Seiten, kartoniert 12 DM  
dritte Welt

Renate Zahar

## Kolonialismus und Entfremdung

Zur Politischen Theorie Frantz Fanons  
96 Seiten, kartoniert 7 DM  
dritte Welt

Elmar Altvater

## Externe Effekte und zentrale Planung

192 Seiten, Snolin-Broschur 18 DM, Leinen 26 DM  
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

Eugen Varga

## Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen

Herausgegeben und eingeleitet von Elmar Altvater  
450 Seiten, Snolin-Broschur 25 DM, Leinen 35 DM  
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

Joseph M. Gillman

## Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate

Aus dem Amerikanischen von Horst Stenzel  
224 Seiten mit Tabellen und Schaubildern  
Snolin-Broschur 28 DM, Leinen 38 DM  
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

## Europäische Verlagsanstalt

Frankfurt am Main • Postfach 270

# Ingenieurstudenten: Teil der politischen Bewegung

Sind die Ingenieurstudenten in die gesellschaftskritisch und antiautoritäre Bewegung einzuordnen?

## Situationsschilderung: Wie kam der Streik zustande?

Bereits im Sommer letzten Jahres versuchten sich die Ingenieurstudenten im Streiken. Einige Wochen beschäftigten sie Abgeordnete, Regierung und Presse, um schließlich verdrängt zu werden! Diese Streikbewegung hatte natürlich eine erheblich anders geartete Motivation als die Unruhe auf den Hochschulen, wenn auch in ihren Ursachen ebenfalls gesellschaftspolitische Gründe lagen.

Der Streik in diesem Sommer läßt den gesellschaftspolitischen Aspekt jedoch von Anfang an erkennen.

Schon allein die Spontaneität, mit der der Streik begann, ist sehr bemerkenswert! Eine längere Tagung des Studentenverbandes Deutsche Ingenieur-Schulen in München (28.—30. März) war auslösendes Moment! Nicht Folge der Beratung, sondern Unmut der Basis!

Man hatte plötzlich die langsame Entwicklung und Diskussion satt und drängte nach politischem Kampf. Sehr schnell breitete sich der Streik in ganz Nordrhein-Westfalen aus, um sich schließlich über das ganze Bundesgebiet zu erstrecken. In den meisten Ingenieurschulen bildeten sich Streikräte, die in kürzester Zeit informativ und agitativ arbeiteten. Die Einheitlichkeit wurde und wird durch häufig angesezte Mitgliederversammlungen des SVI gewährleistet. Der Informationsaustausch geht einigermaßen gut vonstatten.

## Reaktion auf den Streik:

Die Industrie äußerte sich öffentlich zunächst überhaupt nicht (wahrscheinlich erhofften sie sich einen ähnlichen Ausgang wie letztes Jahr)! Die berufsständischen Verbände, bis auf den „Verband Deutscher Diplom-Ingenieure“, erklärten sich solidarisch und erarbeiteten z. T. sogar Alternativlösungen. Die Gewerkschaften erklärten sich ebenfalls solidarisch, insbesondere die IG Metall. Die Presse reagierte zunächst positiv, strich aber besonders die berufsständischen (EWG) Forderungen heraus. Die Parteien: DKP, AdF und „NPD“ solidarisierten sich als erste, wobei leider der Verdacht des Rahmschöpfens zu nahe liegt. Die Regierungen versuchten sich noch einmal in der Abwiegelungstaktik, wobei sie aber eher das Gegenteil erreichten. Der Unmut der Basis wurde unterschätzt. Nach dieser erfolglosen Taktik wurde die Reaktion verstärkt und Ultimaten wurden gestellt. Der Polarisierungs- und der Solidarisierungsprozeß wurden durch diese Haltung wesentlich beschleunigt. In Niedersachsen erschienen ganze 20 von 4500 und in NRW rund 100 von ca. 20 000 auf Grund des Ultimatums zur Vorlesung! Damit wurde der Semesterabbruch faktisch! Der Streik dehnte sich sehr schnell auf das ganze Bundesgebiet aus. Zum Teil gab und gibt es harte Auseinandersetzungen mit Schulleitung und studierwilligen Studenten (siehe Berlin). Es fanden diverse Gespräche mit Abgeordneten statt, die aber nicht den gewünschten Erfolg brachten. Demonstrationen ergaben eine Polarisierung der Studenten und führten zu ersten Polizeizusammenstößen. Eine zunehmende Radikalisierung machte sich bemerkbar. Diese Radikalisierung wird von Regierung und Establishment unterstützt, indem Industriestipendien, Poststipendien usw. ausgesetzt werden. Bundeswehreinziehungen von streikenden Ingenieurstudenten taten das übrige.

## Die gesellschaftspolitische Situation des Ingenieurstudenten

Zunächst ein Auszug aus der tabellarischen Auswertung der Fragebogen „Innere Ingenieurschulreform, Soll — Ist“ im Wintersemester 1967/68, durchgeführt vom SVI an den Ingenieurschulen in Nordrhein-Westfalen. Anzahl der befragten Studenten 9223 (von ca. 18 000):

Wehrdienst vor dem Studium . . .	25,2 %
Wehrpflicht nach dem Studium . . .	40,3 %
Fachschulreife und Lehre . . .	39,0 %
Realschule und gelenkt. Praktikum . .	8,5 %
Realschule und Lehre . . .	31,9 %
Obersekundareife u. gelenkt. Praktikum .	6,1 %
Obersekundareife u. Lehre . . .	12,1 %

gemessen. Erst ganz allmählich entsteht die Kritik an der zukünftigen Stellung als Betriebssoffizier!

**Das latente Unbehagen beruhigt sich in der Hoffnung auf schnelle Befreiung und sozialen Aufstieg. Allein durch Zerschlagung dieser Hoffnung läßt sich eine permanente Politisierung erreichen!**

## Gesellschaftspolitische Bewegung unter den Ingenieurstudenten

Der Streik im letzten Jahr sowie die Unruhe an den Hochschulen hatte zunächst das Ent-

**Ausgehend von einer Analyse des derzeitigen Gesellschaftssystems und des dazugehörenden Bildungswesens (A), das weitgehend durch fremde Interessen und nicht durch die Bedürfnisse der Betroffenen bestimmt ist, sollte über die Erarbeitung objektiver Interessen (B) eine Argumentationskette erarbeitet und die Aktionsformen (C) abgeleitet werden:**

A) Wirtschaft und Industrie sollten ein Mittel der Gesellschaft zur eigenen Weiterentwicklung und zur Emanzipation sein. Die Wirtschaft hat sich aber verselbständigt und wird gesteuert von einer kleinen radikalen Gruppe, von Kapitalisten, deren Ziele Kapitalakkumulation und Profitmaximierung sind. Die Industrie befriedigt also nicht die Bedürfnisse der Gesellschaft, sondern richtet sich teilweise gegen sie, um die Produktivität und die Gewinne so groß wie möglich zu halten. Beispiele dafür sind: die Verschleißsteuerung, die manipulative Werbung, die Rüstungsindustrie, Napalm etc.

Zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftssystems sind zudem subtile Herrschaftsformen und Regulative entwickelt worden, wie z. B. die hierarchische Betriebsstruktur, die Einordnung jedes einzelnen in eine vorbestimmte Qualifikationsstufe, Manipulation durch die Presse, bewußte Herstellung von Fachidioten (Spezialisten — wie man das nennt) usw.

Da aber die Industrie eine Eigengesetzlichkeit entwickelt hat, die zwecks Kapitalakkumulation maximaler Rationalität bedarf, muß auch das Bildungswesen dieser Eigengesetzlichkeit folgen und möglichst rationale Ausbildungsgänge schaffen, die lediglich Zulieferer für eng spezialisiertes Menschenmaterial ist, das als Produktionsfaktor kalkulierbar ist. Konsequenterweise wird diese hierarchische Betriebsstruktur dann auch im Bildungswesen vorbereitet. Wenn wir also das Bildungswesen angreifen, stellt sich die Frage nach diesen Hintergründen. Daraus ergeben sich dann auch die Streikziele. Es reicht nicht aus, partielle, reformistische Verbesserungen im Ausbildungssystem zu verlangen, die die Reproduktion eines brüchigen Gesellschaftssystems nur aufrechterhalten oder gar effizienter gestalten. Darum ist es notwendig, die gesellschaftlichen Bedürfnisse anzusprechen:

B) Zum objektiven Interesse der Gesellschaft müßte gehören, die Wirtschaft zum Mittel der Emanzipation zu machen. Das Bedürfnis nach freier Entfaltung der Persönlichkeit, Herabsetzung der Arbeitszeit, besserer Kapital- und Ertragsverteilung, besserer Sozialleistungen, Bestimmung über die Produktionsmittel etc. sollten in der hochtechnisierten, fortschrittlichen Gesellschaft an erster Stelle stehen. Das muß auch Auswirkungen auf das Bildungssystem haben, d. h., das Ausbildungssystem sollte sich den Interessen und den Neigungen der Auszubildenden anpassen und nicht nach einem festgelegten Programm ablaufen.

Es sollte genügend Freizeit lassen, privaten Interessen nachzugehen. Es sollte frei sein von repressiven Methoden wie Prüfungen nach einem vorgegebenen Zeitpunkt. Und es sollte kritische Reflexion der Gesellschaftssituation ermöglichen, um die permanente Weiterentwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten. Wesentlich für eine solche Entwicklung sind

stehen erster politischer Gruppierungen bewirkt. Die heutige Situation ist wesentlich fortgeschrittener! Neue politische Gruppierungen bildeten sich und die Basis ist durch das vergebliche „legale“ Bemühen ziemlich frustriert. Die objektiven Zusammenhänge unserer Gesellschaft werden durch den Informationsfluß klarer. Bereits engagierte Studenten versuchen diese Strömung weiter zu verstärken. In den Mitgliederversammlungen des SVI bemerkt man diese Verlagerung am deutlichsten. Ein Papier (Münzer/Reichelt), über das sich die Unternehmerverbände besonders erregten und das zu Beginn des Streiks erarbeitet wurde, zeigt vielleicht am deutlichsten den Trend:

Delegiertenratssitzung des SVI Schwelm, 18. bis 20. 4. 1969, Beschlußvorlage zur Themensetzung des Arbeitskreises I, Antragsteller: Reichelt und Münzer.

die Forderungen, die wir bereits im letzten Sommer aufgestellt haben, und die nach wie vor nicht erfüllt worden sind:

1. Integration in den Gesamthochschulbereich,
2. Anhebung und Neuordnung der Eingangsvoraussetzungen,
3. Zuerkennung umfangreicher Selbstverwaltungsrechte,
4. Schaffung dementsprechender Rechtsgrundlagen.

Die Tatsache, daß uns nun ein Ordnungsrecht speziell für Studenten vorgelegt wurde, ist ein weiterer eindeutiger Beweis dafür, daß die herrschenden Interessengruppen nicht gewillt sind, diese Forderungen zu erfüllen. Es ist notwendig, durch unsere kommenden Aktionen unsere Bereitschaft unter Beweis zu stellen, für diese Forderungen nach wie vor konsequent einzutreten.

C) 1. Deshalb werden wir uns durch den Semesterabbruch dem vorgegebenen Ausbildungsgang entziehen. Wir streiken, um uns dem fremdbestimmten Wirtschaftssystem zu verweigern, d. h. aber, daß wir — sofern wir in der Streikzeit eine Arbeit aufnehmen — die Unruhe auch in die Betriebe tragen, Herrschaftsstrukturen anzweifeln und die Produktion stören müssen. Hier erhält der Semesterabbruch politischen Stellenwert. Der kurzfristige Entzug von Ingenieuren wird von der Industrie aufgefangen werden. Aber die Herrschenden müssen befürchten, durch die wachsende Unruhe ihre Profitmaximierung nicht mehr ungestört fortsetzen zu können und ihren Herrschaftsanspruch über die lohnabhängige Bevölkerung nicht mehr aufrechterhalten zu können. Hier gehört auch die Mobilisierung der Öffentlichkeit, die es den Politikern erschweren wird, die Streikziele der Ingenieurstudenten zu diffamieren.

2. Zur Vorbereitung des Streiks schlagen wir deshalb zunächst verstärkte Basisarbeit im vorangegangenen Sinne vor. Es ist sinnlos, wieder wie im letzten Sommer emotionell und mit berufsständischen Argumenten (Gleichstellung mit den Hochschulen) auf die Straße zu gehen. Das ist blinder Aktivismus! Deshalb sollen während der Vorlesungszeit in den nächsten Wochen von den Studentenvertretern Vorlesungen über die vorliegende Problematik abgehalten werden. Daran anschließend soll innerhalb des Vorlesungsbetriebes die Diskussion hierüber mit den Dozenten erfolgen mit dem Ziel, eine qualifizierte Entscheidung über den Semesterabbruch herbeizuführen. Die Studenten sollten den Vorlesungsbetrieb so lange aussetzen, bis verbindliche Schritte zur Verwirklichung mindestens der vier Grundforderungen eingeleitet worden sind.

Weiterhin muß als Voraussetzung für die Erfüllung unserer Forderungen und die damit verbundene Wiederaufnahme des Studiums das Ordnungsrecht abgeschafft werden.

Schwelm, 20. April 1969

gen, daß unverzüglich ein Ad-hoc-Gespräch zwischen Mitgliedern der Kultusministerkonferenz und Vertretern der Spitzenverbände der Wirtschaft stattfindet, das der Klärung dieser Fragen dient und dessen Ergebnis dazu beitragen soll, die bestehenden Unsicherheiten für die Ingenieurschulstudenten zu beseitigen. Dadurch soll gleichzeitig versucht werden, die große Zahl der an der vernünftigen und sachlichen Durchführung der Ingenieurausbildung interessierten Studenten zu veranlassen, sich radikalen politischen Vorstellungen einiger weniger Studenten zu entziehen.

Ich glaube, daß eine derartige gemeinsame Klärung zwischen Wirtschaft und Kultusministerium geeignet sein könnte, die Wogen der Erregung zu glätten und in der Studentenschaft das Vertrauen zur Ingenieurschulpolitik der Kultusminister zu fördern.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mich wissen ließen, ob bereits in den nächsten Tagen die Möglichkeit für ein derartiges Gespräch gegeben ist, da in dieser Angelegenheit meines

1. Die Industrie mißt den Ingenieur im wesentlichen nur an seiner Verwertbarkeit im Produktionsprozeß und stellt den Menschen als unwichtig in den Hintergrund.
2. Die kleine radikale Gruppe der Besitzenden versucht mit ihrer Machtfülle und ihren Privilegien, ihr System zu erhalten, d. h., alle anderen sollen nur so weit als nötig an den Fortschritten der Wissenschaft und Technik teilhaben.

Für jeden kritisch denkenden Menschen dürfte eine Tolerierung dieser Ansichten eine Selbstaufgabe bedeuten!

# Trotzkistische „Arbeiterkontrolle“

Ernest Mandel hat in der trotzkistischen Monatszeitung „was tun“ (Jg. II, Nr. 6, 1969) versucht, der antikapitalistischen Bewegung das durch und durch revisionistische Programm der „Strukturereformen“, der „italienische Weg zum Sozialismus“, doch noch einzuschmuggeln. E. Mandel wärmt dazu die Parole von der „Arbeiterkontrolle“ wieder auf, die er als ein „mustergültiges Beispiel antikapitalistischer Strukturreform“ anpreist. „Arbeiterkontrolle“ würde bedeuten: „... in jedem Unternehmen ein Komitee zu wählen, das daran geht, Einsicht in die Bücher zu nehmen, selbst die Gettehungskosten zu kalkulieren und die Profitrate festzustellen; ein Einspruchsrecht bei Einstellung und Entlassung sowie bei jeglicher Änderung der Arbeitsorganisation; Ablösung des vom Unternehmer eingesetzten Abteilungsleiters oder Werkmeisters durch Arbeitskollegen (oder durch Mitglieder der Abteilung, die sich turnusmäßig in der Verantwortung ablösen).“

E. Mandel behauptet, daß seine „Arbeiterkontrolle“ etwas ganz anderes sei als die von den staatstragenden Gewerkschaften und der D„K„P vorgetragene „Mitbestimmung“. Es bleibt festzustellen, daß inhaltlich der Unterschied so groß nicht zu sein scheint. Der Hauptunterschied liegt darin, daß E. Mandel ein spezielles Komitee wählen lassen will, während sich im DGB-Programm Betriebsrat und Gewerkschaftsbeauftragte in die „Kontrolle“ teilen. Ansonsten ist es der gleiche Käse: die Arbeiter dürfen zwar in bestimmten technischen Fragen des Arbeitsprozesses „ein Wörtchen mitreden“, auch in Personalfragen ein „Einspruchsrecht“ haben; in den eigentlichen Fragen der Wirtschaftsführung aber sollen sie sich darauf beschränken, „Einsicht“ zu nehmen, „festzustellen“ und zu „kalkulieren“. Das ist noch weniger, als im „Mitbestimmungsprogramm“ der D„K„P vorgesehen ist, das auch von den Trotzkisten bisher noch stets als reformistisch bezeichnet wurde. Ohnehin weiß jeder auch nur etwas Klassenbewußte Arbeiter, daß der Kapitalist gar nicht daran denkt, seine Karten auf den Tisch zu legen, geschweige denn, sich in den Kram hineinreden zu lassen. Deshalb schreibt E. Mandel auch „daß sie“ (das ist die „Arbeiterkontrolle“), innerhalb eines normal funktionierenden kapitalistischen Systems nicht zu verwirklichen ist, daß sie dieses System sprengt, eine Situation der Doppelherrschaft herbeiführt und sehr rasch zu einer revolutionären Kraftprobe führt“. — Daran ist ebensoviel richtig wie falsch. Allerdings sprengen „Arbeiterkontrollen“ den Rahmen des Kapitalismus, das heißt aber, recht bedacht, sie führen die „Situation der Doppelherrschaft“ nicht erst herbei, sondern sind überhaupt erst praktikabel, wenn

Erachtens eine unverzügliche Lösung dringend notwendig ist. Ich darf mir erlauben, eine Abschrift dieses Briefes der Dringlichkeit halber allen Mitgliedern der KMK zuzuschicken.

Mit verbindlicher Empfehlung gez.: Balke“

Außerdem soll laut Protokoll eines Gespräches Herr Kamp, Diplompolitologe und Hochschuldezernent des Arbeitgeberverbandes, geäußert haben, es stehe fest, daß Volksschüler aus Arbeiterkreisen schlechter sind als solche aus intellektuellen Kreisen. Dies sei wohl auf Vererbung der Intelligenz zurückzuführen. Dumme Eltern könnten nur dumme Kinder zeugen, das sei eine natürliche Auslese. Wenn die Ingenieurstudenten, die zur Ingenieurschule gegangen seien, weil sie zu dumm waren, das Abitur zu machen, nun in den Hochschulbereich kommen wollten, sei dies ein Widerspruch in sich.

Diese Äußerungen und Briefe von seiten der Unternehmer dürften deutlich genug ihr Bestreben dokumentieren.

Der Tenor ist klar: Hier kann nur noch aktiv gekämpft werden! Klaus-J. Glaeser, Staatliche Ingenieurschule Jülich

dieser Punkt erreicht, an dem die Machtfrage konkret gestellt ist. In diesem Moment die Arbeiter noch mit solchen Mätzchen wie „Arbeiterkontrolle“ hinhalten zu wollen, die die Wiederingangsetzung des kapitalistischen Produktionsprozesses zur Voraussetzung haben, das ist nicht nur reformistisch, sondern schon regelrecht konterrevolutionär. Warum sollten wir die Arbeiter dazu „erziehen“, halbe Lösungen anzustreben, sich mit dem Kapitalismus irgendwie zu arrangieren, wenn die Arbeiter doch zum selben Einsatz das Ganze, den Sozialismus, erkämpfen können? Und so gar erkämpfen müssen, denn die Konterrevolution erlaubt ihnen gar nicht, auf halbem Wege stehenzubleiben!

Wir wissen, daß es so etwas wie „Arbeiterkontrolle“ unter dem Kapitalismus ohne revolutionäre Klassenauseinandersetzung nicht zu erreichen ist; sind die Arbeiter aber erst bewußtseinsmäßig und vom Kräfteverhältnis her in der Lage, eine Arbeiterkontrolle erzwingen zu können, so sind sie schon so fortgeschritten, daß es unsinnig wäre, bei dieser Forderung stehenzubleiben. „Arbeiterkontrollen“ sind also entweder irreal oder Flickwerk.

E. Mandel scheint das auch zu wissen, denn er schreibt, daß die „Arbeiterkontrolle“ eine „Übergangsforderung“ sei, „und sehr rasch zu einer revolutionären Kraftprobe führt.“ Irgendeine praktische Bedeutung hat sie also sicher nicht. Aber vielleicht eine propagandistische? Eben das wird behauptet: „Die Forderung nach Arbeiterkontrolle (die die kapitalistische Macht auf allen Ebenen in Frage stellt und die dahin tendiert, erst in den Betrieben, dann im ganzen Land eine sich entwickelnde Arbeitermacht hervorzubringen, die sich der Macht des Kapitals entgegenstellt) ist die beste Brücke zwischen den unmittelbaren Tageskämpfen und dem Kampf um die Macht.“ E. Mandel kritisiert die Marxisten-Leninisten („sektiererische Vertreter der „reinen Lehre“), weil sie zwar um Löhnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen u. a. kämpfen, nicht aber für so etwas wie „Arbeiterkontrolle“. Mandel behauptet, wir stellen uns nicht die Frage, wie die Revolution „praktisch in Gang“ komme. Dazu brauchte man eine sogenannte Brücke. Gerade das französische Beispiel zeigt aber, daß sehr wohl, ausgehend von den Alltagsforderungen, ein revolutionärer Prozeß in Gang kommen kann. Es wäre ja abern, wenn wir zwar für uns beanspruchten, „die Avantgarde der Arbeiterklasse“ und weiß der Teufel was noch zu sein, aber nicht einmal bereit wären, anhand der Tageskämpfe der Arbeiter die rückständigeren Teile der Arbeiterklasse zu politisieren. Wir stellen aber nur



## Die gesellschaftspolitische Situation des Ingenieurstudenten

Zunächst ein Auszug aus der tabellarischen Auswertung der Fragebogen „Innere Ingenieurschulreform, Soll — Ist“ im Wintersemester 1967/68, durchgeführt vom SVI an den Ingenieurschulen in Nordrhein-Westfalen. Anzahl der befragten Studenten 9223 (von ca. 18 000):

Wehrdienst vor dem Studium . . .	25,2 %
Wehrpflicht nach dem Studium . . .	40,3 %
Fachschulreife und Lehre . . .	39,0 %
Realschule und gelenkt. Praktikum . . .	6,5 %
Realschule und Lehre . . .	31,9 %
Obersekundareife u. gelenkt. Praktikum . . .	6,1 %
Obersekundareife u. Lehre . . .	12,1 %
Abitur und gelenkt. Praktikum . . .	3,6 %
Abitur und Lehre . . .	0,8 %

Schon aus dieser Aufschlüsselung sieht man, daß fast die Hälfte der Studenten den Zweiten Bildungsweg durchlaufen haben. Ein weiteres Fünftel rekrutiert sich aus ehemaligen Gymnasialen und nur knapp 40% sind von einem geraden Bildungsweg zur Ingenieurschule gekommen.

Daraus ergibt sich ein ganz spezielles soziales Denken der Studenten, das besonders den sozialen Aufstieg im Auge hat. Der einzelne Student fühlt sich in der Gesellschaft unterprivilegiert und erhofft sich durch Erleiden verschiedener Repressalien eine schließlich „erkämpfte“ Befreiung. „Wer was werden will, muß auch Lasten tragen können.“ Daß diese, seine Situation kein natürlicher Zustand, sondern ein systembedingtes Symptom ist, wird ihm nicht bewußt! Das straffe, über sechs Semester klassenartig laufende Studium trägt das übrige dazu bei. Der Leistungsdruck erfordert ein starkes Engagement für die Fachrichtung, und es bleibt dem Studenten nicht viel Zeit, kritischen Abstand zu nehmen, geschweige dann systemsprengend zu denken. Die Freiheit des Studiums ist psychologisch ebenfalls nicht gegeben, da der Student, der ein Semester wiederholt, als Repetent, wie auf der Schule, gilt.

Rund 40% der Studenten rekrutieren sich aus den unteren und mittleren sozialen Schichten. Die Ursache dürfte hier die „Drei-Klassen-Schule“ sein, die den 2. Bildungsweg erst notwendig macht. Kinder, die aus den oberen Sozialschichten kommen, erreichen eher ein angestrebtes Bildungsziel, als Kinder der unteren Sozialschichten (W. Schultze: Forschungsbericht der Max-Traeger-Stiftung, Frankfurt 1964). Ein verhältnismäßig kleiner Anteil der Kinder unterer Sozialschichten geht und bleibt auf Gymnasien. Sie werden noch viel weniger in ihrem Bemühen gefördert, ein Bildungsziel zu erreichen, als die bereits durch häusliche Umstände vorher privilegierten Altersgenossen. Die meist absolvierte Lehre (ca. 90%) gewöhnt sie, bzw. erzieht sie in ein hierarchisches System hinein und programmiert sie schon im Entwicklungsalter auf die Erfordernisse einer fremdbestimmten Wirtschaft.

Nach der Befreiung von Zwängen, u. a. auch Bundeswehr, ordnet sich der Student erleichtert in eine neue Phase ein und verspürt zunächst nicht die neuen Repressalien, denen er ausgeliefert wird. Die künftige soziale Stellung als Ingenieur erscheint ihm als durchaus an-

nehmend. Das Ausbildungssystem sollte sich den Interessen und den Neigungen der Auszubildenden anpassen und nicht nach einem festgelegten Programm ablaufen.

Es sollte genügend Freizeit lassen, privaten Interessen nachzugehen. Es sollte frei sein von repressiven Methoden wie Prüfungen nach einem vorgegebenen Zeitpunkt. Und es sollte kritische Reflexion der Gesellschaftssituation ermöglichen, um die permanente Weiterentwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten. Wesentlich für eine solche Entwicklung sind

Dieses Papier wurde heiß diskutiert und schließlich voll akzeptiert. Die Erarbeitung der Problemkreise, die mit der Fachhochschule zusammenhängen, bewirken schließlich eine ganz natürliche Entwicklung eines kritischen Bewußtseins. Allein die Frage, wieso die Zustände (Bildungspolitik) in der Bundesrepublik in bestimmte Richtung laufen (Kriterium: Verwertbarkeit), fordern den Widerstand heraus. Die Stellungnahme der Reaktion beantwortet die Fragen von selbst!

Erste Ansätze des Dialogs zwischen Ingenieurstudenten und Hochschulgruppen sind inzwischen erfolgt. Leider ist zu beobachten, daß das elitäre Bewußtsein der Hochschulstudenten erheblich eine Zusammenarbeit behindert. Der Ansatz der Gesellschaftskritik liegt in erster Linie bei der Bildungspolitik. Man erfährt sehr schnell die Abklassifizierung bestimmter Gesellschaftsschichten und die Privilegien erhaltende Politik der Bevorzugten. Die mögliche Isolierung der gesellschaftskritischen Bewegung unter den Ingenieurstudenten sollte von Seiten der Hochschulen verhindert werden. Die Organisationsphase der Bewegung ist noch lange nicht abgeschlossen und durch den totalen Vorlesungsboykott mit Semesterabbruch in diesem Semester kaum organisierbar. Der Streik offenbarte jedoch der Masse der Studenten, daß nur solidarisches Handeln letztlich Erfolg haben kann. Die Aufgabe der Aktiven ist es, nun diese latente Bereitschaft weiterzutreiben, d. h., Informations- und Basisarbeit hat jetzt eine gute Chance, weite Teile der Studentenschaft zu mobilisieren.

### Ist der Streik der Ingenieurstudenten ein politischer Kampf?

Für den Betrachter will es nicht so erscheinen! Er sieht die Transparente, hört die Argumentation und analysiert: Rein ständisches Interesse!

Was hat es damit auf sich? Dieses Gefühl unterprivilegiert zu sein, in der sozialen Stufenleiter des Systems in eine Sackgasse zu geraten, ist doch allzu verständlich. Dieser Protest ist auch in keiner Weise abzuqualifizieren. Es ist in jedem Fall ein sozialer Protest! Allein die grundsätzliche Infragestellung des Bildungssystems beinhaltet die Kritik an der Gesellschaft. Die darauffolgende Auseinandersetzung mit den Parteien hat gezeigt, daß es sich um eine Kraftprobe zwischen Regierung und anderen Interessengruppen und der Studentenschaft handelt. Es geht den Ingenieurstudenten nicht nur um ihre Gleichstellung, sondern auch um das entsprechende System. Die Hintergründe dafür,

daß sich die Parteien weigern, auf die Forderungen der Ingenieurstudenten einzugehen, scheinen eindeutig in der Industrie zu liegen! Prof. Dr.-Ing. S. Balke, Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, an den Präsident der Konferenz der KM, Herrn Senator Carl-Heinz Evers:

„Soweit die Unruhe unter den Ingenieurstudenten über das Problem der EWG-Anerkennung hinausgeht, ist ebenfalls unsererseits eine ungenügende Information der Dozenten und Studenten an Ingenieurschulen über das von den Ministerpräsidenten beschlossene Reformprogramm zur Umwandlung der Ingenieurschulen in Fachhochschulen zu vermuten. Die Umwandlung der Ingenieurschulen in Fachhochschulen und die Vertiefung der hierzu benötigten Vorbildung in einer eigenen zweijährigen Fachhochschule entspricht den ausdrücklichen Forderungen der Ingenieurstudenten im vergangenen Jahr. Die Wirtschaft hat diese Reformpläne der Ministerpräsidenten als richtungsweisend akzeptiert und ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten gern bereit, dieses Reformprogramm möglichst umgehend verwirklichen zu helfen.“

Der Beschluß der Kultusminister vom Februar dieses Jahres zur Einführung der zweijährigen Fachhochschule bereits im Herbst dieses Jahres stellt — wegen der Durchführung des ersten Schuljahres der Fachhochschule in den Betrieben — Schulverwaltungen und Betriebe allerdings vor außerordentlich schwierige Fragen, die sich nur in einer unmittlerbaren Koordinierung zwischen Wirtschaft und Kultusministern lösen lassen. Andernfalls sind für den Herbst dieses Jahres erhebliche Schwierigkeiten in diesem Bereich zu erwarten, die zu erneuter Unruhe führen könnten. Die Wirtschaft ist ferner in Sorge, daß die Studenten an Ingenieurschulen die Bedeutung der praktischen Vorbildung zugunsten der theoretischen Grundlagen unterschätzen. Die Erfahrung der Wirtschaft zeigt aber, daß die Absolventen der Ingenieurschulen sich gerade wegen der Orientiertheit dieser Schulen an der betrieblichen Praxis so gut bewährt haben. Die Qualifikation der graduierten Ingenieure wird also in entscheidendem Maße von ihren praktischen Erfahrungen getragen. Eine zu weit gehende Zurückdrängung dieser praktischen Kenntnisse würde dann allerdings die Einsatzfähigkeit der graduierten Ingenieure beeinträchtigen.

Ich darf mir daher erlauben, im Einvernehmen mit Herrn Wolff von Amerongen vorzuschla-

Schwelm, 20. April 1969

weil sie zwar um Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen u. a. kämpfen, nicht aber für so etwas wie „Arbeiterkontrolle“. Mandel behauptet, wir stellten uns nicht die Frage, wie die Revolution „praktisch in Gang“ komme. Dazu brauchte man eine sogenannte Brücke. Gerade das französische Beispiel zeigt aber, daß sehr wohl, ausgehend von den Alltagsforderungen, ein revolutionärer Prozeß in Gang kommen kann. Es wäre ja albern, wenn wir zwar für uns beanspruchten, „die Avantgarde der Arbeiterklasse“ und weiß der Teufel was noch zu sein, aber nicht einmal bereit wären, anhand der Tageskämpfe der Arbeiter die rückständigeren Teile der Arbeiterklasse zu politisieren. Wir stellen aber nur solche Forderungen auf, die die Arbeiter unter Berücksichtigung der jeweils vorhandenen Kampfbereitschaft und Solidarität auch realisieren können. Wir halten gar nichts davon, scheinradikale Forderungen wie zum Beispiel die „Arbeiterkontrolle“ vorzubringen, von denen wir wissen, daß sie im Kapitalismus nicht realisierbar und nach dessen Überwindung ein reiner Anachronismus sind. Jede Forderung soll sinnvoll sein. Wir blasen den Arbeitern kein Programm ein, an das wir selbst nicht glauben.

Mandel geht davon aus, daß die Arbeiter sich die „Übergangsforderung“ nach „Arbeiterkontrollen“ eher anzueignen bereit sind als die weitergehende Forderung nach Enteignung der Kapitalisten und Übernahme der Betriebe. Geschichtlich gibt es keinerlei Anhaltspunkte, die diese Behauptung beweisen könnten. Es besteht von dieser Seite aus gar kein Grund, die „Arbeiterkontrollen“ als „Übergangsforderung“ besonders herauszustellen. Selbst wenn es anders wäre, so erschiene es doch opportunistisch, eine „Übergangsforderung“ aufzustellen, deren Irrealität uns klar ist, nur weil diese im Augenblick „besser ankommt“. Die Aufstellung von „Übergangsforderungen“, die in Wirklichkeit überhaupt nicht praktikabel sind, leistet nur der Verwirrung Vorschub. Zum System des Kapitalismus gibt es keine andere Alternative als die sozialistische Revolution, die sich im Moment des entscheidenden Klassenzusammenstoßes nicht bei Halbheiten aufhält. Wer in diesem grundsätzlichen Punkt Verwirrung stiftet, ist nichts weniger als ein Reformist, auch wenn er sich, wie es Mandel fälschlicherweise tut, auf die Autorität Lenins beruft.

Abdruck aus „Rebell“ Organ der rev. Jugend [ML], Rainer Strähle, 68 Mannheim, Zellerstraße 43

Wenn eine Situation wie in Frankreich während des Mai/Juni 68 entsteht, wo einerseits Millionen Arbeiter streiken, die Betriebe besetzt halten usw., während andererseits die Konterrevolution die Armee und ihre faschistischen Hilfstruppen mobilisiert, so ist eben

## Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen  
 Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:  
 Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77  
 Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Kollegbedarf  
 Füllhalter  
 Feinpapiere  
 Geschenke  
 Büro-,  
 Zeichen-,  
 Schulartikel

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung. Erscheint zweimal vierteljährlich. Herausgeber: David H. Wittenberg, Andreas Schröder, Lothar Wolfstetter. Redaktion: Rotraud de Clerck, Uwe Greiner, Hermann Lohaus, Rainer Roth, Clara Schmidt, Monika Steffen, József Wieszt. Verlagsleiter: Heinz Schmehle, Anzeigen: Werner Dömming. Vertrieb: Uwe Greiner, Klaus von Büren. Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main 1, Mertonstraße 26-28, Telefon (06 11) 7 98 31 88. Konten der Zeitung: Commerzbank Ffm. 6420020, Postcheckamt Ffm. 187588. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Erlaubnis der Redaktion. Leserbriefe haben keinen Anspruch auf vollständige Wiedergabe. Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 1969. Abonnementsbestellungen inkl. Sonderausgaben zum Preis von DM 10,— jährlich nimmt jedes Postamt entgegen. Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen. Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH. Gerichtsstand: Frankfurt/M. Einzelpreis f. Studenten 0,50, f. Erwachsene 1,—, ab 10 Expl. 0,30 DM.